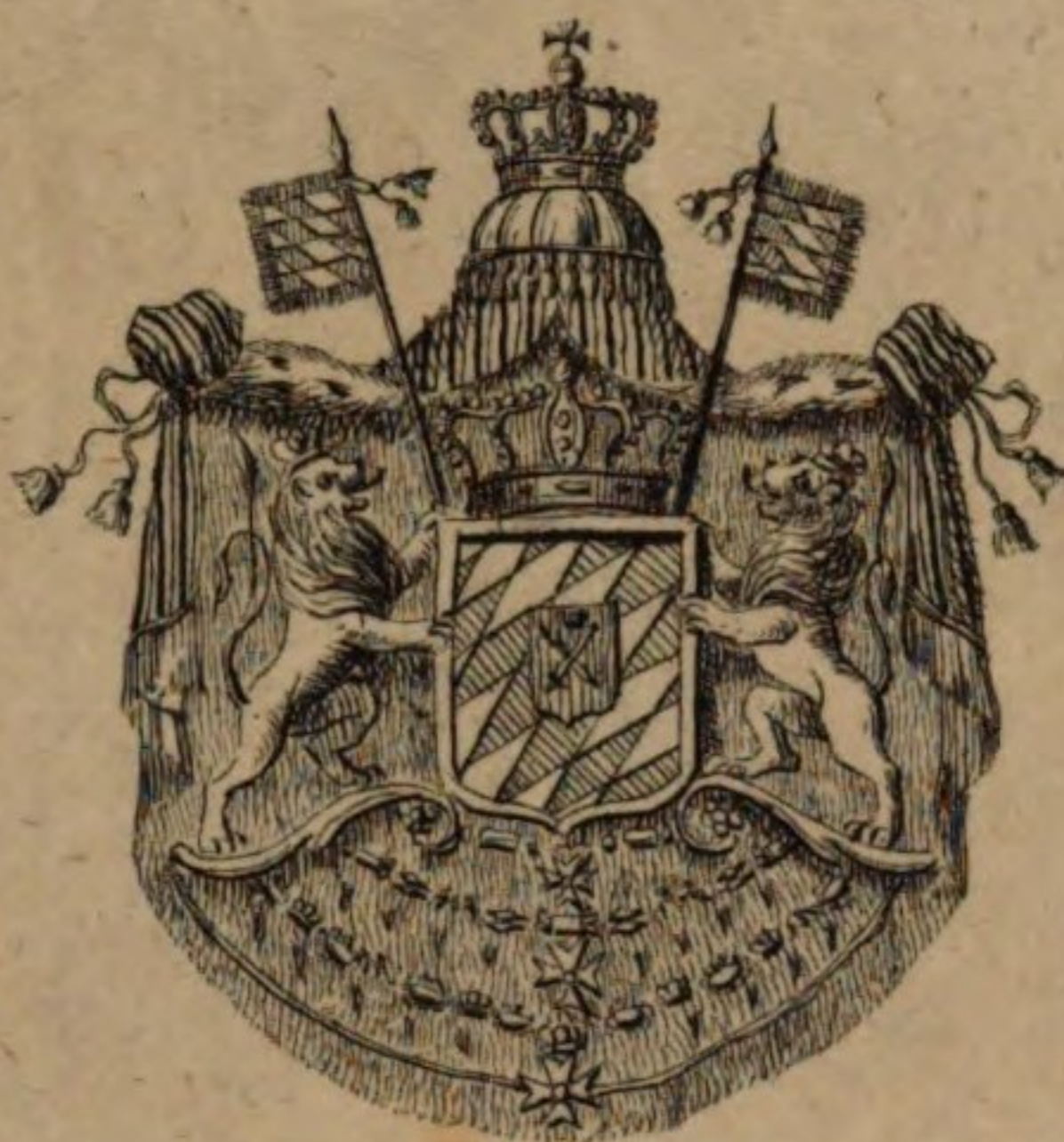


J. germ. 187 Sti

Schwarz



**BIBLIOTHECA
REGIA
MÜNACENSIS.**



J. Germ. 181 Sti

Re

Schwarz

D a s

Institut der Reallasten

auf deutschen Bauergütern,

nach

seinen Hauptmomenten dargestellt.

Ein germanistischer Versuch

von

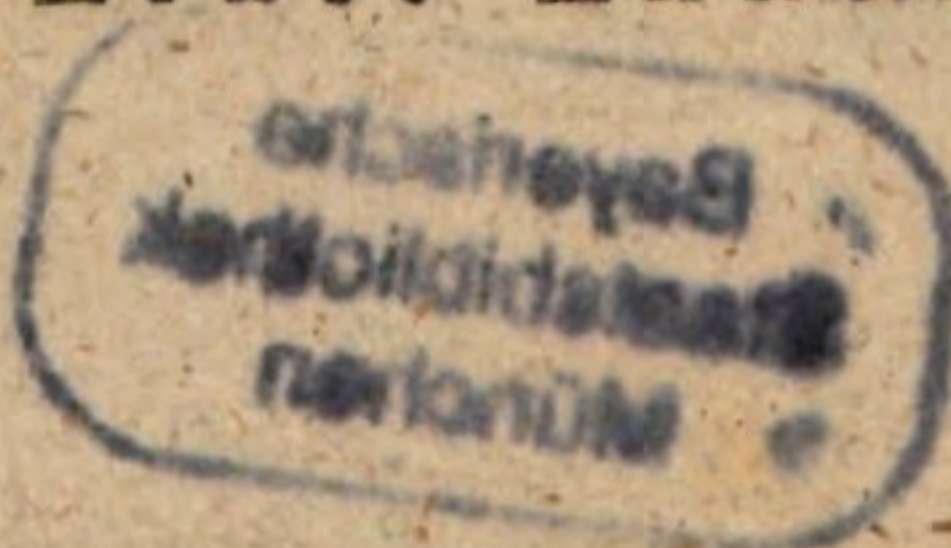
Ignaz Christian Schwarz

Juris utriusque et Philosophiae Doctor AA. LL. Mag.

E r l ä n g e n 1 8 2 7

bei J. J. Palm und Ernst Enke.

26 C



Institut der Realisten

auf lehrerlichen Bausteinen

von

seinen Hauptmomenten dargestellt

Ein germanistischer Versuch

von

Johann Christian Schwanke

Lehrer an der philosophischen Hochschule zu Bonn, Dr. phil. Mag.

Erstausgabe 1837

bei J. J. Palm und Ernst Fricke

Bayerische
Staatsbibliothek
München

M o t t o.

Was ich gewollt, ist löblich, wenn das Ziel
Auch meinen Kräften unerreichbar blieb.
An Fleiß und Mühe hat es nicht gefehlt.

Göthe.

Was ich gewollt, ist blieben, wenn das Ziel
auch nur ein wenig weiter entfernt war.
Am Ende ist es nicht mehr da.

Göttingen



V o r w o r t.

Gegenwärtige Abhandlung, war als juristische Inauguralschrift in ihrer ersten Gestalt lateinisch abgefaßt und erscheint nun vor dem Publikum in einer größeren deutschen Umarbeitung. Ohne den Werth der lateinischen Sprache zu verkennen, noch zu überschätzen und dem Beispiele ausgezeichneten Gelehrten auf unseren Hochschulen folgend hielt ich es für schicklich, einen Gegenstand des Nationalrechts auch in der Muttersprache zu bearbeiten. Denn mag auch bei einer Materie des römischen Rechts die lateinische Sprache geeignet seyn, so wird doch für deutsches Recht die deutsche Sprache sicher den Vorzug verdienen. Auch soll sich der deutsche Gelehrte nicht der Muttersprache schämen,

da sie es ja ist, wie Stollberg in seinem Leben Alfreds, Königs von England trefflich bemerkt, die auf eigener tief in die Natur eindringenden Wurzel steht, deren starker und hoher Stamm sich in Aesten und Zweigen weit verbreitet, aus welchem edle Sänger des Hains ihren freien Gesang anstimmen.

Uebrigens bitte ich dieß unvollkommene Geistesprodukt mit jener schonenden Nachsicht aufzunehmen, welche der Einsichtsvolle dem ersten literarischen Versuche eines jungen Schriftstellers nie versagen wird.

Geschrieben im May 1827.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Einleitung über die Verhältnisse der deutschen Bauern überhaupt.

- A) Historische Einleitung §. 1 - 10.
- B) Begriff von Bauer und Bauergut §. 10.
- C) Eintheilung der Bauergüter §. 11.
- D) Rechtsverhältnisse der Bauern §. 12.

Zweiter Abschnitt.

Von den Reallasten insbesondere.

- A) Begriff und Natur der Reallasten §. 13.
- B) Rechtsverhältnisse, ohne Rücksicht auf die einzelnen Gattungen von Reallasten §. 14.
- C) Begründung der Reallasten §. 15.
- D) Uebertragung schon konstituierter Reallasten §. 16.
- E) Aufhebung der Reallasten §. 17.
- F) Einzelne Arten der Reallasten
 - I) Allgemeine historische Einleitung §. 18.

II) Aufzählung der einzelnen Arten und ihre historische Entwicklung	§. 19.
a) Mortuarium	§. 20.
b) Zins	§. 21.
c) Zehnt	§. 22.
d) Leibzucht	§. 23.
e) Laudemium	§. 24.
f) Frohnden	§. 25.
g) Bannrechte	§. 26.

Zusätze und Verbesserungen.

1) Unter den Zitaten dieser Abhandlung wird das treffliche Lehrbuch des deutschen Privatrechts von Hr. Geh. Hofrath Mittermaier noch nach der zweiten Ausgabe citirt, weil die dritte Auflage mir erst nach schon vollendeter und dem Drucke übergebener Arbeit zugekommen ist. Doch fand ich, so viel ich bei flüchtigem Durchblicke wahrgenommen, über die Hauptgrundsätze dieser Materie keine bedeutenden Abweichungen in dem klassischen Werke unseres ausgezeichneten Germanisten.

2) Vor dem Lesen dieser Schrift bitte ich folgende sinnstörende Druckfehler zu verbessern:

Auf Seite 19	Zeile 23 v. o.	lies statt sie — diese
— — 37	— 13 v. u.	l. st. Rontiniers — Routiniers
— — 45	— 17 v. o.	l. st. wirkliche — vollkommene
— — 63	— 1 v. u.	l. st. . 17 — l. 17.
— — 68	— 6 v. o.	l. st. Vermuthung — Vermiethung
— — 132	— 5 v. o.	l. st. Besitzer — Besitze
— — 134	— 4 v. u.	l. st. Billen — Willen

Erster Abschnitt.

Allgemeine Einleitung über die Verhältnisse der deutschen Bauern überhaupt.

A) Historische Einleitung.

§. 1.

Mit dem Uebergange zur bürgerlichen Gesellschaft bildeten sich unter den Teutschen drei Klassen von Menschen, die den Körper der Nation ausmachten. Urkundliche Nachrichten über diese drei Klassen gibt uns der römische Schriftsteller Tacitus in Cap. 25, welcher dieselben in seiner Sprache als Nobiles, ingenuos et servos bezeichnet. Diese drei Klassen bestanden nun in edlen Hofbesitzern, freien Hofbesitzern und den zu beiden Klassen gehörigen Leuten oder beider Hausgesinde.

Der erste Hof war immer Stammhof aller übrigen Höfe und hieß daher der Adel- oder Althof (Ober- oder Frohnhof) und dessen Besitzer war der Stammvater aller übrigen Hofbesitzer und wurde deshalb der Adel- oder Altemann, Edel-

mann genannt. Die dem Stammhofs sich anschliessenden übrigen Hofbesitzer bezeichnete man mit dem Namen gemeine Männer, weil durch sie allmählig eine Gemeinde (Mannie, Menie, Mene, Mannschaft, herimannia, marcomannia) emporgestiegen war. Die Kinder der Hofbesitzer hießen die Hausgenossen; aus ihnen gingen die Gefolgsleute, die Knechte oder Mägde hervor, welche kein Grundeigenthum besaßen.

Dieser alte Gemeinde-Verband, welcher ein ehrwürdiges Bild patriarchalischer Verfassung darbietet, hatte sich aus allmählicher Ansiedlung naturgemäss entwickelt und gestaltet *).

§. 2.

Als Karl der Grosse auftrat, war noch alles im alten Zustande und nur die berührten drei Klassen

*) Verschiedene Gegensätze unter den einzelnen Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft (als mächtige Eigenthümer und von ihnen abhängige) finden schon im Anfange bei allen Völkern sich vor und sind durch die Natur selbst bedingt. Der historische Grund dieses Verhältnisses bei unsern Vorältern liegt besonders in den ältern Eroberungen der Germanen, welche die Provincialen auf verschiedene Weise sich zinsbar machten.

Meyer esprit origine et progrès des institutions. I. p. 275.

Leg. Burgund. T. 54. §. 3. T. 84. §. 1. (Walter corp. juris germ. T. I. p. 332. 342.

L. Wisigoth L. X. T. 1. (Walter eod. p. 616.).

Savigny Geschichte des R. R. I. B. p. 254. ff.

Luden Gesch. des deutschen Volks. I. B. p. 488.

von Einwohnern waren in Teutschland, wenigstens bei den alten Sassen. Die Belege hiezu können uns die Volksgesetze der salischen Franken, der Sachsen, der Angelsachsen und Weriner, der Ripuarier, auf jedem Blatte liefern.

Walter Corp. jur. I. p. 2. ff. p. 383. ff. p. 376. ff. p. 166. ff.

Auch die Geschichtschreiber Eginhart († zwischen 848 und 856) in vita Caroli M. und Annales (bei Du Chesne historiae Franc. scriptores coaetanei aliquot. Tom. 2.); Nithardus († 858) de diffensionibus filiorum Ludovici pii (bei Du Chesne T. 2.); Poëta Saxo (zu Ende des 9. Sec.) in Annales Caroli M. (bei Du Chesne Tom. 2.) und die Capit. der fränkischen Könige. (Walter Corp. jur. II.) bestätigen es. Besonders Nithard macht uns auch mit den teutschen Namen dieser Klassen bekannt: Nobiles, Edeling, Ingenuos, Friling und Serviles, Lassen, Laten, Leute.

Zu den letzren wurden alle diejenigen gezählt, welche keine Höfe besaßen, mithin die Kinder sowohl der edlen, als der freien Männer, alle Knechte, Mägde und Freigelassene.

Liberti non multum supra servos. bei Tacitus Germ.

Cap. 25.

Alle diese Leute hießen auch Hörige, weil sie entweder unmittelbar zu einem Hofe oder Hause gehörten, wie die Kinder, oder doch von einem Hofe in der Bauerschaft oder von einem Hause im Dorfe abstammten, wie die Knechte und Mägde. (Römische Suität und teutsche Hörigkeit).

Möser patr. Phantas. B.I. stellt eine sehr scharfsinnige Vergleichung darüber an.

Unter der fränkischen Monarchie sind aber noch mehrere Arten von Hörigen entstanden, welche meistens aus den Hausgenossen hervorgingen. Hieher gehören die Dienstleute (ministeriales) und die ungesessenen Schutzleute, die häufig auch Wachszinsige (cerocensuales) hießen. Letztere erscheinen nur als Klosterhörige, erstere aber bei den Klöstern, bei den königlichen und andern Höfen. Die Ursache ihrer Entstehung ist besonders darin zu suchen: daß die fränkischen Könige auf ihren Höfen in Teutschland dieselbe Wirthschaft einführten, welche auf ihren Höfen in Franken schon bestand. Diesem Beispiele folgten die geistlichen Stifter und Klöster.

Gefsner, die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse Teutschlands. Berlin 1819. p. 13.

§. 3.

Es war und blieb immer ein wichtiger Unterschied zwischen den Hofbesitzern und den hörigen Leuten. Die Hofbesitzer waren die wahren Eigenthümer ihrer Höfe oder Hufen; sie waren selbstständige, d. h. gesessene Leute, welche mit ihrem Hof oder Dorf-richter eine Hof- oder Dorfgemeinde bildeten, somit unmittelbare Glieder derselben, stimm- und schöpfbare Leute; sie lebten nach ihren eigenen Willkühren;

Rogge Gerichtswesen der Germanen. §. 1.

sie waren keinem mit Abgaben und Diensten verpflichtet, ausser was sie selbst, ihrer Gemeinde zu Besten

verabredet und festgesetzt hatten. Ganz anders verhielt es sich mit den Hörigen. Während jene ein *pars reipublicae* waren, waren diese nur ein *pars domus*; Glieder einer Hausfamilie, keine Gemeinde, ohne Mannsstimme. Sie sprachen nur vermittelt eines Hofbesitzers oder Hausmannes, der zugleich ihr Vormund und Vertreter bei den Versammlungen und vor Gerichte war, und gehörten nur durch ihn und mit ihm zur Hof- und Dorfgemeinde. Ihre Verbindlichkeiten zu dem Hofbesitzer, ihrem Vertreter, rührten von ihrer Pflicht als Kind oder als Knecht her, oder von dem Schutze, den sie frei gewählt. Als Kinder oder Knechte waren sie nebst dem Gehorsam

1) zu den Haus- und Feldarbeiten das ganze Jahr hindurch gegen Kost, Kleidung und Lohn verpflichtet. Bei den Schutzhörigen beschränkte sich diese Verbindlichkeit nur auf eine gewisse Zeit im Jahre.

Die Knechte und Schutzhörigen mußten

2) bei ihrer Heirath für die Erlaubniß eine Erkenntlichkeit (Bedemund) entrichten; wählten sie aber eine andre Hörigkeit oder einen andern Schutz, so war ein Loos oder Freischein nothwendig. In Betreff der eignen Kinder des Haus- oder Hofmanns geschah die Entlassung aus der Haushörigkeit durch Emancipation, wenn sie nicht in eine andre Gemeinde übertraten; denn im letzteren Falle mußten sie, wie die Knechte ihren Freischein lösen.

3) Starb eines der Kinder oder ein Knecht oder ein Schutzhöriger, so zog der Vater, der Hofbesitzer

und Vertreter ihren ganzen Nachlaß; hinterließen sie aber Erben, so suchte er sich die beste Habe aus.

Ein Beispiel, welches die Schutzhörigen betrifft, führt an

Schannat vindemiae literariae in dipl. N. 11. de anno 1120.

— — — post mortem autem singulorum ab Homine accipiantur optimum pecus vel Gladius et a muliere optimum indumentum quicumque haec Instituta dissipaverit, cum Dathan et Abiron mergatur in profundum Abyssi.

Das vorzüglichste Recht der Hörigen war die Folge in ein Hofgut, wenn ein solches in der Gemeinde, zu der sie gehörten, erledigte; sie hatten ferner das Recht zu heirathen, das Recht zu ihrem Unterhalt bei eintretendem Alter, das Recht ihre Entlassung aus der Haus- und Gemeinدهörigkeit zu fordern. Der Entlassene war zwar ledig und los (entbunden von der Hörigkeit) persönlich frei (libertus), aber noch kein Selbstständiger (ingenuus) oder freier Bürger, weil dazu der Besitz eines Guts, als die echte Bürgschaft eines Gemeinde- oder Staatsgliedes, erfordert wurde. Als Freigelassener war er zwar Herr seines Ichs, aber doch noch fremder Obhut bedürftig. (Des Schutzes der Hofgemeinde und der Vorsteher derselben etc.)

Diese Leute hießen besonders in Westphalen einläufige Leute (homines solivagi), konnten gehen, stehen und auch in andern Ländern wohnen, wo sie wollten, nur mußten sie ihre Hörigkeit bei dem jähr-

lichen Hof-, Dorf- oder gemeinem Landgerichte (auch ungeboden Ding) erkennen. In den übrigen Theilen Deutschlands nannte man sie mit ihrem echten Namen: unwehrige oder ungewehrte Leute (*homines qui terram non habent*) im Gegensatze der gewehrten Männer oder der echten Grundbesitzer und Landeigenthümer.

Urkunde bei Kindlinger N. 89. a) p. 417. Item requisitus, qui homines eynlufftig ibidem dicuntur, dicit, quod omnes hii, qui ungewert Lüte ibidem dicuntur, id est, qui non habent, nec tenent agriculturam in campis etc.

§. 4.

Die Hörigkeit, deren Grundzüge hier, so weit es der Raum gestattete, entworfen worden, war also das Band, das in jenen ältesten Zeiten alle zusammenknüpfte und ist ein wesentliches Merkmal der allmählichen Entwicklung deutscher Einrichtungen. Einen Riss und dadurch den Uebergang zu einer neuen Gestaltung bekam diese ehrwürdige Verfassung durch die Entstehung der Sonderleute (*homines singulares*). Man bezeichnete unter diesem Namen jene Leute, welche in keinem Hofverbande mehr standen, keine hofhörigen Leute mehr waren, sondern sich von den Gemeinden abgesondert haben, von denen sie abstammten und zu denen sie vermittels ihres Vaters oder Hausmannes gehört hatten, gleichviel, ob sie einen Hof, eine Hufe oder Theile davon besaßen oder nicht. (vereinzelte Leute, vom Hofverbande aufgelöste, ge-

trennte Leute). Diese Entstehung der Sonderleute geschah nicht auf einmal, sondern allmählig. In frühern Zeiten war zwar schon mancher Schritt geschehen, welcher zur Vereinzelung der Hofgüter und der zu denselben gehörigen Leute führte und nicht wenig trugen die Verpfändungen, Verkäufe und Austauschungen einzelner Hofgüter dazu bei. Besonders aber förderlich für die Entstehung und Ausbreitung der Sonderleute war die bei den Franken eingeführte Gütertheilung oder die Theilung des väterlichen Erbes unter die Kinder, wodurch die Hufen zerstückelt wurden, die Güterbesitzer hingegen und mit ihnen die Haushörigen sich vermehrten, und viele der Letztren, da sie für die Zukunft keine frohen Aussichten hatten, sich theils bei Lebzeiten ihrer Eltern schon von ihrer Dorfgemeinde trennten und einem Sonderherrn sich unterwarfen, theils erst nach der Theilung ihre Erbstücke an der väterlichen Hufe verkauften und so entweder als Hintersassen von ihren jetzt gewordenen Sondergütern erscheinen oder ganz ausgeschieden, als vereinzelte Leute anderswo ihr Unterkommen suchten und da, wo sie es fanden, in eine neue Hörigkeit übergingen. Diese Art vereinzelter oder sonderhöriger Leute pflegte man nun auch **eigenhörige*)** Leute zu nennen.

*) Mit einer gewissen Naivität drückt sich über die Entstehung dieser Eigenhörigkeit (Eigenschaft) das Sächsische Weichbild aus. Art. II.

— — Etlich sagen, das eigenschafft kommen sey von

Urkunde bei Kindlinger a. 1405. N. 149. p. 519.
 — und ergeben mich yn ummer und ewiglich, als
 lange ich geleben, zu rechter Eygenschaft, daz ich wie
 recht eygen, angehörich arme Mann soll seyn — —

den geiseln oder Kriegsbürgen, das ist auch nicht, Denn
 wie wol das ein Volk dem andern geiseil setzte für dienst
 oder für gelübt, oder für Pfennige zu gelden, die doch nicht
 gegolden würden, Die geisel waren darumb nicht schul-
 dig an diesen Dingen. Nu höret auch, was etlich an-
 der leut sagen, das sich auch eigenschaft erhaben hab
 von ersten an Cain, der seinen Bruder Abel erschlug,
 das ist auch nit. Denn Cains geschlecht ward vertilget,
 da die Welt von der Wasserflut verging, Nu sagen auch
 etlich leut, daß eigenschaft kommen sey von Cham,
 (Noes son) umb die Schand seines vaters, des auch
 nicht ist, als die Schrifft das beweist. Denn von Chams
 Geschlecht manch König und edel Fürst komen ist, mehr
 denn von den andern zweien sönen (an welchen Fürsten
 denn kein eigenschaft ist). So sagen auch etlich Leut
 eigenschaft sey komen von Esau, das ist auch nicht.
 Denn Jakob empfieng wohl seinen Segen von seinem
 Vater, Esau den verflucht er aber darumb nicht. Man
 find auch geschrieben in den alten Rechtbüchern, das
 der erst König (Nemroth) von Babylonien, die leut aller
 erst begunde zu fahen und zwingen, zu dienstrecht, das
 was von keinem recht, sondern von böser Gewohnheit,
 und unrechter Gewalt. Denn von rechter Wahrheit ha-
 ben wir des Urkund, das eigenschaft hat beginn
 von gezwang und von gefengnis, das die Fürsten und
 Freiherrn von alter Zeit in ein unrechte gewohnheit ge-
 bracht haben etc.

So nannte man auch die vereinzelt, aus dem Hofverbande gekommenen Güter in den Saal- und Lagerbüchern und Urkunden: einlücken, vereinzelt und eigene Güter, Sondergüter.

Kösters diplomat. prakt. Beiträge zu dem deutschen Lehenrechte. II. Thl. p. 1. ff.

Dieser Ausdruck Eigenhörig wurde aber gerade im entgegengesetzten Sinne in der früheren Zeit Karls des Grossen gebraucht von solchen Leuten, welche noch nicht aus der Hof- und Dorfgemeinde getreten waren.

Capitul. de caus. eccles. ad Theot. villam dat. an. V. Imperatoris.

— — ut non supra modum (proprii servi et ancillae) in monasteria sumantur, ne desertentur villae.

Dasselbe sagt noch später das Stockheimer Hofrecht vom Jahre 1497 nach Urkunde bei Kindlinger Gesch. der deutschen Hörigkeit N. 124. a.

Der (Kinder) en sal men nicht vorwesseln odder vorkopen, up dat dat Amptgud nicht werde geblotet.

Der Ausdruck eigenhörig in jener zuerst erwähnten Bedeutung verwandelte sich später in leibeigen.

Kindlinger c. l. §. 43. nota b. führt ein Fragment von einer Urkunde aus dem Jahre 1494 an:

Me han ich (Bertram von Nesselrode) auch mit disem Zusatze beyde Teill gütlich verdragen und die Clage der von Lympurg, das von der Gravesschafts Herren Leibesbede von etzelichen

yren Bürgern gefodert ist, also, das dy Gravesschafts Herren Lybeseigen zu Lympurg gesessen etc.

Urkunde bei Kindlinger c. l. N. 135. p. 620.

— — und syner Gnaden angehörung Leybeygenen zu Meyterstadt, was dy sinen Gnaden an Leybbede oder Dinst gethan haben, das sollen dy gemelten Jungfrawen auch forter an nykt irenn oder andersten zu verhindern.

Andere Beispiele enthalten die Urkunden eod. N. 196. 198. 199. 206. a. b.

Aus allen diesen Belegen ersieht man, das man unter den Leibeigenen nichts anders verstand, als den frühern Eigenhörigen und das man diesem Ausdrucke nur das Wort: Leib voransetzte.

In der Mitte des 17ten Jahrhunderts verschwanden aber die früheren Benennungen und nur die Ausdrücke: Leibeigen und Leibeigenschaft wurden sowohl in Urkunden, als im Sprachgebrauche beibehalten.

Das in der Folge der Zeit die Lage dieser eigenhörigen oder Leibeigenen drückend und lästig ward, ist zu bekannt, als das es eines Beweises bedarf. Denn die Sonderherrn erlaubten sich allmählig nach Willkühr die Eigenhörigen an andere zu überlassen, auszuwechseln und zu verkaufen.

Urkunde bei Kindlinger N. 20. Art. 5.
p. 258.

Item pro commutatione facienda villicus habebit II. solidos et advocatus duos, ut Commutatos etc.

Andre Urkunden eod. N. 165. p. 566.

- N. 168. p. 569.

- N. 187. p. 624.

- N. 130. p. 484.

Ein Gemälde von den drückenden und höchst beschwerlichen Verhältnissen dieser Klasse zu entwerfen, erlaubt der Raum dieser Blätter nicht; auch ist es nicht nöthig, da nur schon allgemein Bekanntes wiederholt werden müßte. So viel soll nur bemerkt werden, daß dieser Zustand keineswegs so grausam war, als der Druck der römischen Slaven,

Hugo R. Rechtsgesch. p. 64. (9te Ausgabe.)

und die Befreiung aus diesen Fesseln war nicht Sache eines revolutionären Augenblicks, sondern das Werk eines langsamen, allmählichen Zusammenflusses verschiedener Umstände.

§. 5.

Eine allgemeine gemeinschaftliche Aufhebungsart des Verhältnisses der Unfreiheit überhaupt und also auch der Leibeigenschaft war die Freilassung, wovon schon Beispiele in der ältesten Zeit vorkommen. Tacitus erwähnt der liberti und die ältesten Volksgesetze sprechen auch davon.

Leg. Rip. Cap. 57. 58. 61. (Walter Corp. juris. I. p. 179. 183. 184.)

Besonders häufig waren diese Freilassungen in den spätern Zeiten. Sie geschahen meistens durch den Willen des Herrn selbst, worüber dann eigene Frei-

briefe ausgestellt wurden. Beispiele solcher Freibriefe enthalten zahlreich die Formelnbücher.

Marculfi formulae. Append. VIII. (Walter c. l. III. p. 347.)

Formulae Alsaticae. Cap. IV. (Walter III. p. 528.)

Formulae Longobardicae. Cap. XV. (Walter III. p. 553.)

Besonders häufig finden sich Beispiele, wo den Freilassungen eine religiöse Absicht zu Grunde liegt.

Append. ad Marculfi Form. Cap. XIII. (Walter III. p. 351.)

Itaque ego ille in Dei nomine pro animae meae remedium, vel pro meis peccatis minuendis, ut in futurum Dominus veniam mihi praestare dignetur etc.

Form. Arvernenses. (Walter c. l. III. p. 490. 491.)

Form. Bignonianae. Cap. I. (Walter c. l. III. p. 400.)

Form. Sinmondicae. Cap. XII. (Walter III. p. 380.)

Auch eigenhörige Leute, mancipia, wurden an irgend eine Kirche oder einen Altar gegeben und so von der Eigenhörigkeit befreit und Altarhörige, tributarii.

Wenk Hess. Landesgeschichte. III. Urk. N. 31.

Urkunde bei Kindlinger c. l. N. 6. p. 228.

— — Accidit tempore jam dicti Archiepiscopi, quod Canonicus quidam Trideslariensis ecclesiae, nomine Merbodo ancillam suam Mazzecham una cum sex filiis suis — — — ad altare beate Petri hoc tributario jure contraderet.

Urkunde eod. N. 228. p. 727.

— — Damit aber doch euch willfahrt undt er Peter

an seiner Wohlfahrt nicht gehindert, so hab ich heut dato auf Sr. Churf. Gn. Ratification ihnen der Leibeigenschaft gegen Herausgebung 3 fl. per 26 Albus und des gebürlichen Tax zu erlassen vertröstet.

Auch Fälle kommen vor, in welchen die Gesetze sich um die Leibeigenen annahmen und die Herren zur Freilassung nöthigten.

Capit. Carol. Magni Lib. VI. Cap. XIV. (Walter c. l. II. p. 598.)

Si percusserit quispiam oculum servi sui aut ancillae, et luscus eos fecerit, dimittat eos liberos pro oculo, quem eruit. Dentem vero si excusserit servo vel ancillae suae, simili sententiae subiacebit.

Eod. VI. c. 286. (Walter c. l. II. p. 739.)

Cap. a. 816. cap. VI. (Walter c. l. II. p. 302.)

Schwabenspiegel cap. 61. 410.

Als eine allgemeine Gewohnheit darf es betrachtet werden, daß Grausamkeit von Seite des Herrn dem Leibeigenen das Recht geben, Freilassung zu fordern.

Mevius vom Zustande der Bauern. p. 72.

Kreitmaier Anmkg. z. Cod. civ. I. p. 631.

§. 6.

Allein jede Freilassung konnte die vollkommene Freiheit schon darum nicht geben, weil sie den Freigelassenen nicht zum Mitgliede einer Volksgemeinde machte. Um in den Besitz solcher Rechte zu gelangen, die er in einer Volksgemeinde erwerben, verfolgen oder vertheidigen wollte, bedurfte er daher immer eines Schutzes und einer Person, welche ihm

diesen Schutz gewährte. (Schutzherr, Vogt, advocatus). Schutzherr konnte aber nur eine solche Person seyn, welche die Immunitätsrechte hatte; nur eine solche Person konnte Schutz gewähren und hatte sonach das Recht, den Freigelassenen vor Gericht zu vertreten, dessen Wehrgeld zu fordern und ihn, zwar nicht vor der Descendenz, aber bis zur dritten Generation vor den Seitenverwandten zu beerben.

Eichhorn R. Gesch. T. I. p. 148.

Auch andere Rechte konnte sich der Schutzherr bei der Freilassung vorbehalten und dahin gehörte wohl immer ein Schutzzins, und die ihn entrichteten, nannte man Zinspflichtige (censuales). Besonders gehörten hieher die Wachszinsige (cerarii, cerocensuales). Denn den Schutz der Kirche wählte man am liebsten und entrichtete gerne eine Quantität Wachs, als Zins dem Altare des Schutzheiligen.

Wer nun durch Erklärung des Herrn (gewöhnlich in einem Freibriefe) frei gelassen wurde, ohne daß dabei der Schutzherr schon bestimmt war (chartularius) durfte seinen Vogt selbst wählen, und wenn er dieß unterließ, stand er unter dem Vogte des Königs.

Capitul. Bajuvariorum a. 788. cap. 7. (Walter c. I. II. p. 65.

Qui vero per chartam ingenuitatis dimissi sunt liberi, ubi nullum patrocinium et defensionem non elegerint, similiter Regi componantur quadraginta solidis.

Alle, die nun auf diese Weise sich nach ihrer Freilassung dem Schutze eines Schutzherrn unterwar-

fen, nannte man Schutzhörige. Es gab aber auch noch zwei andere Formen der Freilassung, welche das Verhältniß des Freigelassenen noch mehr der Freiheit näherten:

- 1) Die Freilassung vor dem Könige oder dem Volksgerichte. Sie versetzte den Freigelassenen, welcher von der dabei gebräuchlichen Form homo denarialis hieß, immer unter königlichen Schutz; er galt für einen ingenuus, bekam mit dem vollkommenen Freien einerlei Wehrgeld und im Ganzen gleiches Recht etc.

Lex Rip. T. 57. Cap. 1. Cap. 2. (Walter I. p. 179.)

C. 1. Siquis libertum suum, per manum propriam seu per alienam in praesentia Regis secundum legem Ripuariam ingenuum demiserit per denarium, et ejusdem rei chartam acceperit, nullatenus eum permittimus in servitium inclinare, sed sicut reliqui Ripuarii liber permaneat.

C. 2. Sed siquis ei post modum contrarius extiterit, quod eum quis inlicito ordine ingenuum dimisset, et ipse cum gladio suo hoc studeat defensare.

Marculfi Form. I. 22. (Walter c. l. III. p. 300.)

- 2) Die Freilassung in der Kirche. Zu ihrer Form gehörte, daß der Unfreie in der Kirche für frei erklärt und darüber eine Urkunde ausgefertigt wurde, von welcher er ein tabularius hieß.

L. Rip. T. 58. Cap. 1. (Walter c. l. I. p. 180.)

Der Tabularius, der dem Bischoffe übergeben wurde, stand unter dem Schutze der Kirche; der, bei welchem

welchem die vorgeschriebene Form nicht beobachtet wurde unter dem Schutze des Königs.

Eichhorn Priv. Recht. § 50. p. 147.

Den Tabularius und Denarialis bezeichnet man mit dem Ausdrucke: Schutzpflichtig, im Gegensatze zu den Schutzhörigen. Von der Schutzhörigkeit und Schutzpflicht konnte man sich loskaufen.

L. Burgund. T. 57. (Walter c. l. I. p. 333.)

Burgundionis libertus, qui domino suo solidos XII non dederit, ut habeat licentiam, sicut est consuetudinis, quo voluerit discedendi, nec tertiam a Romanis consecutus est, necesse est ut in domini familia censeatur.

und so blieb jedem unvollkommenen Freien ein Weg eröffnet, die vollkommene Freiheit zu erlangen.

Diese Schutzherrschaft, welche der geistliche und weltliche Adel über gewisse Personen, welche auf seinem gefreiten Eigenthume (immunitas) wohnten, besaß, bezog sich nur auf die dieses Verhältniß betreffenden Gegenstände, und begriff keineswegs Rechte der öffentlichen Gewalt in sich. Vielmehr waren alle unter einer Schutzherrschaft stehende Personen wegen öffentlicher Verbrechen oder in Rechtssachen, welche sie gegen Andere, als ihre Genossen verfolgt hatten, dem Gerichtszwange der königlichen Beamten, welche in den Volksgemeinden richteten (judices fiscales, publici, judiciaria potestas), unterworfen.

§. 7.

Nebst dieser freiwilligen und oft gezwungenen

Freilassung von Seite der Grundherrschaften blieben aber auch noch andre Umstände nicht ohne Einfluß auf den Zustand der Unfreien. Dahin gehören besonders die Kreuzzüge zu Ende des 11ten und der folgenden Jahrhunderte.

Heeren von den Folgen der Kreuzzüge p. 268.
in s. kl. Schriften. 3ter Theil.

Auf den Befehl des Papstes mußte jedem Knechte, welcher das Kreuz nahm, um mit in das gelobte Land zu ziehen, von seinem Herrn die Freiheit gegeben werden und Tausende von ihnen zogen aus und wurden frei.

Gesenius Meierrecht I. p. 321.

Dodechinus in Append. ad Marian. Scotum
ad A. 1069. p. 462. sagt:

Non solum rustici, sed etiam Reges, Duces, ceteraeque mundi potestates, episcopi, monachi etc. ad iter movebantur.

Die sonst nicht Schild und Helm führen durften, zogen in den heiligen Krieg und manche Höfe wurden leer. Die Herren mußten sie andern freien Leuten übergeben oder, wenn sie ihre Leute behalten wollten, ihnen bessere Bedingungen verwilligen. Ausser diesen Schritten der Noth schenkte oft der Herr, ehe er selbst den Kreuzzug antrat, aus Frömmigkeit seinen Leibeigenen die Freiheit.

„Dank sey es, sagt

Spittler in s. Geschichte des Fürstenthums
Kalenberg I. Thl. p. 106.

„dem Fegfeuer und der Laien Furcht vor dem Feg-

„feuer, daß Schenkung von Bauern und Vieh, von
 „Höfen und Apertinenzen mit unermüdeter Verschwen-
 „dung durchs eilfte und zwölfte Jahrhundert fortging,
 „daß endlich die wiederholten Beispiele einer allmäh-
 „ligen Befreiung der Leibeigenen eines Klosters oder
 „einer Kirche den Anfang eines neuen Zustandes
 „machten, der aber selbst noch in der Mitte des
 „zwölften Jahrhunderts mehr nur die Hoffnung einer
 „allgemein besseren Zukunft enthielte, als daß er
 „schon wirklich ein Anfang derselben gewesen wäre.“

Auch die Einführung des Römischen und Canonischen Rechts kam den Eigenhörigen in diesen Stücken sehr zu Statten, weil sie als monarchische Gesetze der Willkühr ihres Herrn Schranken setzten, besonders in Ansehung der Befugniss zu strafen; was früher von demselben ohne Umstände abgethan wurde, mußte wenigstens dem Scheine nach, nach Gesetzen behandelt werden. Die Begriffe von Recht und Gericht bildeten sich nach diesen fremden Gesetzbüchern mehr aus und kamen in Teutschland überall in Gang; die Leibherrschaft lernten sie ebenfalls kennen, wandten sie oft gegen ihre Bauern an, wodurch sie in einen Rechtszustand traten, den sie in der Folge auch gegen ihren Herrn anzuwenden lernten.

Noch mehr trug das Aufkommen glücklicher und zahlreicher Städte zur Verbesserung des Zustandes der Bauern bei. Der Anblick von Freiheit und Wohlhabenheit in den benachbarten Städten, die Leichtigkeit sich einem harten, unerbitt-

lichen Herrn durch die Flucht in eine Stadt zu entziehen, machte die Bauern kühn und Freiheitsliebend und die immer zunehmende Macht der Städte wurde eine Hauptstütze des emporkommenden Bauernstandes. Viele zogen in dieselben oder begaben sich in ihren Schutz, und wenn ihr Herr sie zurückforderte, hatte er es mit einer mächtigen Stadt, oft mit dem ganzen Bund zu thun, wozu sie gehörte, und die härtesten Leiherrn sahen sich genöthigt, wenn sie nicht zu ihrem größten Schaden ihre Leute verlieren wollten, sie gelinder zu behandeln, ihnen Vortheile zuzugestehen, die ihren Zustand erträglicher machten. Andere Gutsherren merkten in Zeiten den Verlust, der ihre Güter auf diese Art bedrohte und stellten die drückendsten Gewohnheiten ab. War einmal in einer Gegend der Anfang gemacht, so drang die Nothwendigkeit von Nachbar zu Nachbar.

Auch die Prinzipien, von welchen die Reformation ausging, erzeugten Folgen, welche dem drückenden Verhältnisse der Bauern abhelfen mußten. Denn da die bestehenden kirchlichen Verhältnisse mit Verwerfung der Autorität des Hergebrachten bloß nach dem Evangelio beurtheilt werden sollten und die eigene Erkenntniß eines Jeden zum Richter über dessen richtige Erklärung gemacht wurde, untergrub man nothwendig auch die Achtung vor dem Hergebrachten überhaupt und es war schon darum sehr natürlich, daß sich das Volk, sofern es sich durch dieses in seinen bürgerlichen Verhältnissen gedrückt fühlte, sich nach einem höhern Erkenntniß-

gründe für dessen Rechtmäßigkeit umsah. Da es diesen nun nicht finden konnte, so war Befreiung davon eine unabwendbare Folge. Dazu trat noch das Beispiel der freigewordenen Schweizer und fachte daher in den Herzen der mißvergnügten und gedrückten Bauern Muth an, das Joch abzuschütteln, unter dem sie lange genug geseufzet. So entstanden vom Jahre 1491 an einzelne Unruhen und Bauernaufstände, welche im Jahre 1525 in eine allgemeine Empörung ausbrachen, die sich mit unglaublicher Schnelligkeit verbreitete und schon damals Teutschland umzukehren drohte.

Gnodalius, der beste gleichzeitige Schriftsteller, nennt sie *seditio repentina vulgi praecipue rusticorum anno 1525 tempore verno per universam fere Germaniam exorta* und

Sartorius Gesch. des Bauernkriegs. Vorw. p. 12. „eine Empörung, die mit der Schnelle eines Wetterstrahls vom Fusse der Alpen bis an Harz, in Schwaben, in Franken, in Böhmen und Bayern, in Tyrol, am Rhein, im Elsass und Lothringen, in Hessen und Thüringen alles in furchtbare Bewegung setzte.“ —

Deutlich erkennt man die Ursachen ihres Aufstands aus den bekannten zwölf Artikeln

Sartorius c. l. p. 380. ff. „sie wollten nicht mehr für eygen Leut gehalten seyn, welches zum erbarmen ist, unser hart Beschwerung der Dienste halber, welche von Tag zu Tag gemehrt werden, und täglich zunehmen, begehren wir, daß man ein ziemlich einsehn darin thue, und uns der-

mafsen nicht so hart beschweren, sondern uns gnädig hierin ansehe, wie unsre Eltern gedient haben, der Herr soll den Bawer nicht weiter dringen, noch zwingen mehr Dienst noch anderst von ihm umbsonst zu begehren, damit der Bawer solches gut ohne Beschwerde also ruhicklich brauchen und niessen möge, ob aber des Herrn Dienste von Nothen wären, soll ihm der Bawer willig und gehorsam für andern seyn, doch zur Stunde und Zeit, das dem Bawer nicht zum Nachtheil diene und ihm umm einen ziemlichen Pfennig denn thun.“

Die guten Schwerdter der Fürsten und des Adels unterdrückten zwar diese Empörung der Bauern, aber die Mittel waren hart und grausam und kamen den Siegern so theuer zu stehen, wie den Besiegten.

Ob nun gleich der gröfste Theil der Gutsherren seine Bauern, nach wie vor, und zum Theil noch härter zu behandeln fortfuhr, so darf man doch auch sicher annehmen, dafs viele unter ihnen edler dachten und der Ermahnung des Kurfürsten von der Pfalz an seine Ritterschaft Gehör gaben: „die Streitigkeiten gütlich beizulegen, die grossen Abgaben zu vermindern, ihr Aufkommen und ihren Wohlstand zu fördern; es sey besser, solchen innern Unruhen zuvorzukommen und ihren Ausbruch abwenden, als sie zu unterdrücken.“

Sartorius c. l. p. 294.

§. 8.

Was aber alle diese Umstände einzeln oder vereint

zu bewirken nicht vermochten, das brachte endlich das seit dem 13ten bis 15ten Jahrhundert gebildete Landeshoheits- und Territorialsystem völlig zu Stande.

Mit ihm erwachte das Bedürfnis zu geworbenen Leuten und zu Steuern. Die Lehnsv Verbindung bestand zwar noch; so oft der Lehnsherr zu Felde zog mußte der Vasall aufsitzen und mit seinen Reisigen folgen. Allein das Beispiel der Schweizer und Böhmen brachte das Bedürfnis einer zu Fuß dienenden Miliz auf, die nicht anders als geworben werden konnte und daher besoldet werden mußte, welches ungeheures Geld kostete.

Der Anfang des stehenden Militärs waren die sogenannten Lanzenknechte, ihre Vermehrung und die ungeheure Umwandlung derselben verursachte neue große und bleibende Ausgaben, welche die Fürsten nicht anders als durch neue große Auflagen aufbringen konnten.

Die Fürsten wandten sich anfangs nur Bittweise (Beden, Steuern) an die Landeigner ihres Gebiets, an den Adel und die Geistlichkeit, die allein im Besitze des Grund und Bodens der Ländereien waren. Der Adel verwilligte die Steuern unter der Bedingung, daß sie von ihren Bauern erhoben werden dürften, sie selbst aber für ihre Hof und Stammgüter die Freiheit von aller Besteuerung ungekränkt behielten. So klug anfangs die Gutsherrn für sich gehandelt zu haben glaubten, daß sie die Steuern ihren Bauern aufgeladen hatten, so wenig berechneten sie die Folgen,

die sich in kurzem äusserten. Die Bauern bekamen dadurch direkten Antheil an den Staatslasten. Die Fürsten sahen bald ein, daß bei der zunehmenden Bevölkerung die Bauern den Kern der Nation ausmachten und wieder Volk im alten Sinne geworden; daß der Adel mit seinen Reisigen allein nicht mehr hinreichte, den Fürsten und den Staat zu schützen und auf den Bauern die Steuern viel sicherer ruhten. Sie nahmen darum die Anweisung an und führten aus demselben Grunde bald nachher auch die Conscription ein. Durch diese beiden Veränderungen wurden alle Bauern gleichsam emanzipirt, aus vormals eignen und eigenhörigen Leuten Unterthanen der Fürsten, Mitglieder des Staats; ihre Güter wurden katastrirt, ihre Personen konscribirt und zum Wehrstand einrollirt. Von dieser Zeit an übernahm und vertrat sie der Fürst, als seine Unterthanen, hörte ihre Klagen gegen ihre Gutsherrn, schützte sie gegen Bedrückungen, beschränkte die gutsherrliche Gerichtsbarkeit, zog die Gutsherrn selbst mit sammt ihren Leuten vor seine Gerichte, richtete sie nach allgemeinen Gesetzen und die in der Autonomie gebornen Gutsherrn erstaunten, sich und ihre Hintersassen, wie sie nun im Verhältniß zu ihnen hießen, den Fürsten und einerlei Gesetzen unterworfen zu sehen, was sie zu verwilligen, nicht gemeint gewesen waren.

§. 9.

Diese durch die Einführung der Steuern und der Conscription schon früher erzeugten Grundsätze, hat

nachher der rheinische Bund und die Mediatisirung vollends ausgebildet, somit die letzte und größte Veränderung in dem Zustande der Bauern vollendet.

B) Begriff von Bauer und Bauerngut.

§. 10.

Unter Bauern versteht man diejenigen auf dem platten Lande wohnenden Personen, welche den Ackerbau gegen Entrichtung von Zins und Diensten an die Gutsherrschaft treiben. Die Veränderungen, welche in Teutschland nach und nach mit dem persönlichen Zustande der Bauern vorgegangen sind (wie oben gezeigt worden) haben auch den unverkennbarsten Einfluß auf die von ihnen kultivirten Besitzungen gehabt. Denn mit der allmählig sich ausbildenden persönlichen Freiheit der Bauern wurde denselben, wenn gleich kein volles Grundeigenthum, doch wenigstens der erbliche nutzbare Besitz der zu kultivirenden Höfe überlassen. Ist nun gleich nach der neuern Verfassung und Gesetzgebung fast aller deutschen Länder den Bauern ein erbliches Benutzungsrecht an den Höfen in dem Maasse beigelegt, daß die Gutsherrn sie weder willkührlich entsetzen, noch ihre herkömmlichen Abgaben und Dienste erhöhen und verändern dürfen; so ist letzteren in der Regel dennoch hiedurch, wie sich von selbst versteht, das Grundeigenthum der, ehemals ganz ihrer Willkühr unterworfen gewesenen, Höfe keineswegs genommen und

entzogen; vielmehr finden sich sowohl davon, als über die Kennzeichen der vormaligen Leibeigenschaft vieler Gutsleute noch fortwährend die unverkennbarsten Beweise.

Heutzutage versteht man nun unter einem Bauerngute ein jedes, zum Ackerbau und der Viehzucht bestimmtes Landgut, welches nicht nur den gemeinen und gewöhnlichen Landessteuern und Hoheitsdiensten unterworfen, sondern auch insonderheit zu gutsherrlichen Abgaben und Diensten verpflichtet ist.

C) Eintheilung der Bauerngüter.

§. 11.

So sehr fast alle Bauergüter, in Hinsicht der Hauptzüge ihres rechtlichen Verhältnisses, einander gleichen, so verschieden, abweichend und mannichfach ist jedoch ihre Natur und Beschaffenheit, wenn man sie einzeln genauer betrachtet. Nicht einmal in allen Dörfern und Aemtern, am wenigsten aber in allen Provinzen eines größern Landes, hat die allmähliche Veränderung des Zustandes der Bauern und der von ihnen cultivirten Höfe einen gleichen Gang genommen. Die späteren Gesetzgebungen mußten sich hierbei meistens nach dem vorhandnen Herkommen und dem eingeführten verfassungsmäßigen Gebrauche mehr oder weniger richten; viele Gegenstände blieben gänzlich unbestimmt und der Observanz überlassen, oder man sah dabei auch wohl zu ängstlich und streng auf das, sich unaufhaltsam ausgebreitete, römische

Recht. Es haben sich daher so viele verschiedene Arten und Klassen von Bauergütern, mit eigenthümlichen Namen und Rechten, nach und nach gebildet, daß ihre vollständige juristische Nomenklatur, wie Spittler in seiner Calenberg. Geschichte sehr treffend bemerkt, fast in Linne'sche Mannichfaltigkeit ausgeartet ist.

Es sollen daher die vorzüglichsten Arten der Bauergüter unter folgenden zwei Hauptabtheilungen dargestellt werden.

Es sind die Bauergüter

1) entweder solche, an welchen der Besitzer ein volles Eigenthum hat. Dahin gehören die Güter der Freibauern oder Freisassen, welche es von jeher, wenn gleich nur ausnahmsweise in Teutschland gab. Sie müssen Steuern bezahlen und können onera publica für Kirche und Staat auf dem Gehöfte haben, aber keine gutsherrlichen.

Ferner gehören dazu die Zinsbauern in Teutschland, deren es in Obersachsen viele giebt. Nach der sächs. Const. P. II. 39. wurden die Zinsbauern in Sachsen von ihrem bisherigen gutsherrlichen Verbands befreit, und ihnen ein dom. plenum an ihrem Grundstücke gegeben. Die gutsherrlichen Lasten blieben onera realia mit gleicher Eigenschaft und Vorzügen, als Hypothek, wie die onera publica.

In Ermanglung solcher partikularrechtlicher Bestimmungen sind Güter, bei welchen die Vererbung auf Seitenverwandte erweislich und weder bestimmte Fälle der Caduzität, noch Leihebriefe hergebracht

sind, für volles Eigenthum zu halten, welchen Namen sie auch führen und welche Pflichten sie auch auf sich haben mögen. Selbst der Ausdruck: Erbzinsgut weist an und für sich nicht auf unvollkommene Gewehre hin. Dahin gehören: die Holländereien und flämmischen Güter in verschiedenen Gegenden des nördlichen Teuschlands; die Wetterfreien im Osnabrückischen, die Freilansten im Holsteinischen.

Dreyer Abhandlungen Th. I. p. 405.

2) Güter, an welchen ein Dritter die Proprietät hat.

Einleitung.

Durch die Glossatoren bildete sich eine Theorie von Ober- und Untereigenthum (Nutzeigenthum) (dominium directum und utile). Sobald bei dieser Terminologie die Proprietät als jus infinitum getheilt gedacht wird, widerspricht freilich diese Vorstellungsart dem Wesen des Eigenthums und verleitet zu Irrthümern. Allein faßt man dieß Verhältniß im Sinne der deutschen Rechtsbildung auf, so ist es nicht zu läugnen, und die Ausdrücke sind ganz passend, und in Ermanglung eines andern technischen Wortes sogar unentbehrlich. In neuerer Zeit erkannte man diese falsche Eintheilung für das römische Recht. Allein zu weit ausgedehnt wäre dieß auf die deutschen Institute der vollkommenen und unvollkommenen Gewehre, für welche der Begriff von Ober- und Untereigenthum allerdings passend ist.

Eichhorn Priv. R. §. 159. 160.

Unter diese Klasse gehören:

a) Leihen nach gemeinem Recht. Dahin rechnet man:

aa) alle Güter, welche in den Lehenbriefen zu rechten Mannlehen verliehen oder nach Landesge-
wohnheit für wahre Lehen gelten. Ueberhaupt
alle Lehen, auf welche kein Ritterdienst haftet
gehören in diese Klasse. (Bauerlehn, feudum
rusticum)

bb) Emphyteutgüter nach römischem und kanoni-
ischem Rechte. Jetzt sehr selten; im Mittelalter
kamen sie besonders bei der Kirche vor.

b) Teutsche Arten der Leihe. Zu diesen gehören:

aa) Erbleih - Erbmeier - Erbzinsgüter, wo der Be-
sitzer ein dingliches Recht an der Sache selbst
hat, welches auch auf seine Deszendenten über-
geht. Diefes ist die häufigste Art unserer Bauer-
güter. Doch sind die Grundsätze der römischen
Emphyteuse sehr vorsichtig hierauf anzuwenden,

bb) nicht erbliche Leihen und zwar

1) Zeitpacht, wo die Bauern auf bestimmte
Jahre im Gehöfte sitzen;

2) oder es ist ihnen die Dauer auf Lebenszeit
des Grundherrn oder auf Lebenszeit des
Bauern gegeben. (In Baiern heifst erstres
Leibrecht, letzteres Neustift);

3) oder der Bauer sitzt blos precario, wobei es
von der Willkühr des Guts Herrn abhängt,
wie lange der Bauer auf dem Gute bleiben
darf (Herrengunst).

Uebrigens herrscht noch eine grofse Mannichfal-
tigkeit der Namen, unter welchen die Bauergüter,
besonders in einzelnen Gegenden von Deutschland vor-

kommen. Allein diese Namensverschiedenheit bezeichnet keineswegs gerade verschiedenartige Verhältnisse in Rücksicht des Eigenthumsrechts.

D) Rechtsverhältnisse der Bauern.

§. 12.

- a) Rechte. Die Bauern sind im Verhältnisse zum Staate in ihren Geschäften freie Staatsbürger; im Verhältnisse zum Dorfe erscheinen sie als Mitglieder der Gemeinde und haben sonach Anspruch auf alle Gemeinderechte. Ausserdem haben sie auch noch eigenthümliche Privatrechte, welche sich auf den Besitz ihrer Güter beziehen, z. B. Successions-Rechte, Interimswirthschaft.
 - b) Nebst diesen Rechten haben sie aber auch gewisse Lasten, die ihre erste Quelle zwar in einem grundherrlichen obligatorischen Nexus haben, aber nach den jetzigen Verhältnissen auf die Güter derselben gelegt, und von den Besitzern eines jedesmaligen Guts geleistet werden (Reallasten).
-

Zweiter Abschnitt.

Von den Reallasten insbesondere.

A) Begriff und Natur der Reallasten.

§. 13.

Auch im römischen Rechte kommen Fälle vor, wo die Verpflichtung zum Thun oder Geben als eine Last auf den Grundstücken liegt.

L. un. § 3. D. de via publica (43, 10)

Construat autem vias publicas unus quisque secundum propriam domum et aquae ductus purget, qui sub dio sunt (id est, coelo libero) et construat ita, ut non prohibeatur vehiculum transire.

L. 7. p. 1. D. de publicanis (39, 4.)

Imperatores Antoninus et Verus, rescripserunt, in vectigalibus ipsa praedia, non personas conveniri: et ideo possessores etiam praeteriti temporis vectigal solvere (debere) eoque exemplo actionem, si ignoraverint, habituros.

Allein diese Leistungen erscheinen mehr als Ausflüsse der Staatspolizeigewalt, als dafs sie durch Privathandlungen entstanden sind. Auch sind dieselben im Rechtssysteme keineswegs unter eine gewisse Kategorie gebracht und auch in andren Stellen des Ju-

stinianeischen Gesetzkörpers ist wenig von solchen Leistungen enthalten.

Im Mittelalter nun waren mit dem Eigenthume eines Guts zugleich verschiedene Vorrechte in Beziehung auf Gemeinde und Staat (Steuerfreiheit der Rittergüter) verknüpft, und dieß gab auch Veranlassung zur Entstehung der Rechtsansicht, nach welcher wegen eines gewissen Nexus gewisse Leistungen und Lasten auf ein Gut dergestalt unzertrennlich geknüpft waren, daß der jedesmalige Besitzer des Guts als solcher auf ewige Zeiten diese Leistungen übernahm. Die Verpflichtungsgründe zu diesen Leistungen waren nun verschieden. Kirchlicher Verband des Guts, Gemeindenexus, Schutz- und Vogteiverhältnisse etc. Diese einzelnen Leistungen waren selbst unter sich wieder höchst verschieden und an eine umfassende Theorie wurde in jener Zeit nicht nur nicht gedacht, sondern nach dem Geiste der damaligen Verfassung war sie auch entbehrlich. Die Einführung des römischen Rechts erweckte erst den Geist einer wissenschaftlichen Behandlung des Rechts und die Mode, alles in römische Formen zu zwängen, blieb auch auf das teutsche Institut nicht ohne Einfluß. Besonders war es die Analogie der römischen Servituten, mit welcher man dieß rein teutsche Institut, wenn gleich wider seine Natur und Willen, vermählen wollte. Das Institut der römischen Servituten hat aber mit dem Institute der Reallasten höchstens nur eine entfernte Aehnlichkeit und ein Schluß von jenem auf dieses ist nur höchst vorsichtig zu machen.

1) Im

I. Im römischen Institute der Servituten stehen besonders drei Punkte an der Spitze, die nicht so unbedingt mit dem Wesen des deutschen Instituts übereinstimmen.

- 1) Die Sache ist hier der Willkühr eines Andern unterworfen, nicht eine Person (*res servit*). Allein im deutschen Institute ist dieser Gegensatz nicht so schroff vorhanden, sondern vielmehr nach dem historischen Wesen desselben ausgeglichen und vereinigt, indem auf der dienenden Seite mehr ein subjectivdingliches Rechtsverhältniß vorhanden ist. (siehe weiter unten). Denn die Person macht die Leistung; aber nur insofern sie im Besitze der Sache ist. Durch den Besitz der Sache also wird die Person zum Subjecte der Verbindlichkeit bestimmt.
- 2) Die unterworfenene Sache (*quae servit*) ist in dem Eigenthum eines Andern (*res aliena*). Allein nicht die Sache ist es eigentlich, welche dient (oben 1.) und überdies ist das erforderliche Eigenthum, wenigstens als ein volles und unbeschränktes, wie es der Geist des römischen Rechts erfordert, dem ein *dom. directum* und *utile* durchaus unbekannt ist, in dem deutschen Institute in den meisten Fällen gar nicht vorhanden. Denn die Reallasten sind hauptsächlich bäuerliche Lasten und das Eigenthum der Bauergüter ist nur ausnahmsweise ein volles; in der Regel aber ist die Proprietät in den Händen eines Dritten. Daher gerade das Gegentheil des römischen Grundsatzes: *res propria*

nemini servit dem Geiste des teutschen Instituts angemessen wäre, wenn überhaupt von einer dienenden Sache im eigentlichen Sinne die Rede seyn könnte.

- 3) Die Servitut muß in einem, vom Eigenthume losgetrennten Bestandtheile, bestehen. Sie ist daher eine Beschränkung des Nutzungs- und Gebrauchsrechts des Eigenthums, ein *jus in re*. *Servitus in faciendo consistere nequit, sed modo in non faciendo aut in patiendo*. Eine offenbare Ausnahme des römischen Rechts enthält schon

1. 6. §. 2. D. si servitus (8, 5.)

Etiam de servitute, quae oneris ferendi causa imposita erit, actio nobis competit, ut et onera ferat, et aedificia reficiat ad eum modum, qui servitute imposita comprehensus est.

Diese Ausnahme wird nun im teutschen Rechte noch mehr ausgedehnt, ohne dafs man dadurch unregelmäßige Servituten, welche im Thun bestehen, anzunehmen berechtigt ist. Eine Ansicht, welche unter den älteren Juristen die herrschende war. Nach dem Geiste des teutschen Instituts ist daher der Besitzer des Guts wegen des ihm zustehenden Nutzungs- und Gebrauchsrechts zu einer bestimmten Leistung verpflichtet (*ad faciendum*), ein Fall, welcher der römischen Regel zuwider ist. Nur eine Art der Reallasten nähert ihrer Natur nach sich den Servituten des römischen Rechts am meisten, nämlich die Bannrechte, indem sie, ohne zu einer durch Gesetz oder Vertrag festgesetzten bestimmten Leistung

verpflichten, die natürliche Freiheit einer Person vermöge eines den römischen Servituten analogen Verhältnisses beschränken, also in non faciendo bestehen, z. B. die Verpflichtung, nicht wo man will, mahlen zu lassen, sondern gerade auf der Mühle des Gutsherrn.

Pfeiffer vermischte Aufsätze. Nro. 4.

II. Die Eintheilung des römischen Systems in Personal- und Realservituten erschwert es noch mehr, eine Aehnlichkeit des deutschen Instituts mit den römischen Servituten zu finden. Denn mit den Personalservituten, welche im römischen Rechte in einer bestimmten, nicht zu vermehrenden Anzahl abgeschlossen sind (usus fructus, usus, habitatio, operae) hat das deutsche Institut der Reallasten im Allgemeinen nur insofern eine Aehnlichkeit, als der Berechtigte hier eine Person ist. Insbesondere aber hat die Leibzucht und das Wittum mit Innehabung der dazu bestimmten Güter mit dem Ususfructus einige Aehnlichkeit.

Das Hauptmerkmal der römischen Realservituten ist die Existenz zweier Grundstücke; eines praedium dominans und serviens. Allein das praedium dominans ist bei dem deutschen Institute der Reallasten nur in einem Falle vorhanden (z. B. beim Mühlenzwang, wenn die herrschende Mühle ein gewisses Gebiet zwingt, auf ihr mahlen zu lassen.). Sonst ist der Berechtigte, zu dessen Vorthail die Last entrichtet wird, wohl immer eine Person und nicht ein Grundstück. Mit dem Mangel dieser Haupterfordernisse liegt aber

auch klar am Tage, daß eine Analogie der teutschen Reallasten mit den römischen Realservituten höchst beschränkt und nur insofern angestellt werden kann, als die Rede von Klagbarkeit oder quasi possessio ist. (siehe unten)

Ueber die eigenthümlich-teutsche Natur dieser Institute sind nun die Meinungen sehr verschieden.

Eichhorn Einleitung §. 161 ff. setzt im Systeme dieselben unter Rechte an Sachen und hält ihrer Natur nach, sie für subjectivdingliche Rechte, eine Meinung, die früher schon Runde in seiner Theorie von der Leibzucht §. 26 aufgestellt hat.

Mittermaier teutsches Priv. R. Erste Ausg. mit Zus. §. 229

hat diesem Institute im Systeme einen Platz unter und nach den persönlichen Forderungen angewiesen und zählt diese Lasten, nicht wie Eichhorn, zu den Rechten an Sachen, sondern überhaupt zu den Forderungen (dingliche Obligationen). In der neusten Ausgabe 1826 §. 153 wurde aber diese Ansicht zurückgenommen aus dem Grunde, weil weder Praxis, noch Gesetzgebung dieselbe sanktionirt hätten. In dieser Ausgabe vertheidigt nun auch der Verfasser die Ansicht von Realberechtigungen und den Namen: Reallasten und läßt, jedoch nur eine beschränkte Analogie, mit den römischen Servituten zu *).

*) Unter den Rechtssystemen habe ich mich absichtlich nur auf diese beiden neuen klassischen Erscheinungen der Literatur beschränkt, weil durch sie erst die Wissen-

In neuster Zeit trat Vollgraff (Prof. in Marburg) auf im Beilagehefte zum Archive für die zivil.

schaft des teutschen Rechts begründet wurde und frühere Erscheinungen Runde's und seines wässrigen Commentators Danz als trübe Nebelwolken vor der Sonne dieser beiden grossen Germanisten verschwinden müssen. Zwar werden die Grundsätze der beiden letzteren aus bequemer Anhänglichkeit am alten Schlendrian und Faulheit in den Geist der Neueren zu dringen, leider noch von vielen Praktikern, die als Grabesgestalten einer verschwundenen Zeit herumwandeln, in Schutz genommen und selbst in oberrichterlichen Erkenntnissen als Autoritäten angeführt. Daher ist es die grosse und schöne Aufgabe der jetzigen Generation eine bessere Zukunft herbeizuführen und durch den Geist einer neuen wissenschaftlichen Rechtsbildung, wozu auf jeder guten teutschen Universität der Grund gelegt wird, das alte ausgelebte Beamtenheer zu verdrängen und statt handwerksmäßige Rontiniers und todte Formsclaven zu seyn, den aufgeregten Sinn für Rechtswissenschaft auch in die Praxis überzutragen und noch mehr auszubilden und auf diese Weise durch wissenschaftliche Zauberei die alte ergraute Mutter Praxis, welche kaum auf ihren schwachen Knochen sich noch zu halten vermag, in eine neuerjüngte, lebenswerthe Jungfrau zu gestalten. Die gewöhnliche Einwendung, dass im Geschäftsleben von Arbeiten überhäuft keine Zeit zu weiterer wissenschaftlicher Ausbildung übrig bleibt, ist höchst ungereimt und wird durch die tägliche Erfahrung widerlegt. Wie viele Stunden und Zeiten sind auch dem Geschäftsmanne freigegeben und zu besseren Beschäftigungen überlassen,

Praxis IX. Band (Revision verschiedener deutsch-rechtlicher Theorien etc.). So viel Gründliches und Treffliches auch diese Abhandlung enthält, so mag doch die Ansicht über Reallasten eben nicht die richtige seyn. Er verwirft alle bis jetzt aufgestellten Theorien über Reallasten. Bloß die Deichlast allein erkennt er als solche; alle andern bis jetzt dahin gerechneten Leistungen (Zinsen, Zehnten, Frohnen etc.) hält er für rein persönliche Rechte. Allein ein rein persönliches Verhältniß anzunehmen, ist schon darum ungegründet und unpassend, weil immer der Besitz eines Guts, als wesentliches Merkmal bei diesem Institute vorkommt und hauptsächlich dieser Besitz es ist, wodurch ein Subject als zu einer bestimmten Leistung verbunden, bezeichnet wird. Eine ausführliche Kritik über diese neue Ansicht zu fällen, erlaubt aber der Raum nicht in diesen Blättern und wird überhaupt durch die gegründete Autorität der oben erwähnten beiden Gegner schon an und für sich überflüssig. Nur so viel mag hier genügen, daß das Sprichwort: *in verbis simus faciles*, dessen Anwendung bei dem Namen: Reallasten der Verfasser den Gegnern der von ihm aufgestellten Theorie so sehr verargt, richtig verstanden und angewendet, allerdings entscheidenden

als es gewöhnlich geschieht. Ich meine, was *Quintilian* sagt, jene *tempora, quae spectaculis, campo, tesseris, otiosis denique sermonibus, ne dicam somno et convivorum mora, aliisque ineruditis voluptatibus alii conterunt!*

und vortheilhaften Einfluß auf die Wissenschaft und das Leben hat und nicht so geradewegs zu verwerfen ist, wie es der Verfasser beabsichtigt. Denn nicht immer bezeichnet jeder Ausdruck in der Sprache ganz genau das Wesen und die Natur des bezeichneten Gegenstands, und die tiefsten Denker haben sich von jeher darüber beklagt, daß auch die beste Sprache nicht alle Gedanken des menschlichen Geistes ihrem innersten Wesen nach auszudrücken vermöge und selbst die beste Darstellung nur ein Schattenbild des Gedachten sey. Hat man aber für irgend einen Gegenstand (und dieß gilt besonders in der Wissenschaft) einen terminus technicus gefunden, der das Wesen des bezeichneten Gegenstands, wenn gleich nicht ganz erschöpfend darstellt, doch wenigstens demselben nicht zuwiderläuft oder Verwirrung erzeugt und sich überdies Jahrhunderte hindurch behauptet und ganz mit dem Leben verwebt hat, so ist es mehr nachtheilig, als förderlich für die Wissenschaft und das Leben, so tiefe Wurzeln herauszureißen und an ihre Stelle willkürlich junge Sprößlinge zu setzen.

Was nun die wahre Natur des Instituts selbst anbelangt, so ist es bei so verschiedenen Meinungen eine schwierige Aufgabe, die richtige herauszufinden, und noch schwieriger ist es, ja schier unmöglich, bei so vielen und gründlichen Ansichten der ausgezeichnetesten Gelehrten einen selbstständigen Gang einzuschlagen. Es bleibt daher nichts übrig, als unter den vielen Meinungen derjenigen heizupflichten, welche die gehaltvollste und auch der Natur der Sache und dem

Leben am angemessensten ist. Dieß ist nun die Ansicht der größten Germanisten unserer Zeit, (Mittermaiers und Eichhorns) welche, um jede Verwirrung zu vermeiden, den Namen Reallasten beibehalten, welcher Name auch der Natur der Sache angemessener ist, als er es beim ersten oberflächlichen Anblick scheinen mag. Die innere Natur des Instituts betreffend, so ist wohl am richtigsten die von Eichhorn ausgeführte Ansicht, welcher diese Rechte als subjectivdingliche erkennt.

Das Institut nämlich hat geschichtlich sich gebildet :

- a) aus der aufgehobenen Leibeigenschaft
- b) als Vergeltung der Verleihung von Grundstücken zu Baurecht und Eigenthum,
- c) aus der Vogtei und Gerichtsherrschaft,
- d) aus der Anmassung der Geistlichkeit (Zehnt) etc.

Wenn gleich die Verhältnisse, aus und in welchen es sich bildete, theils verändert, theils ganz verschwunden sind, so hat es sich doch selbst grosentheils erhalten und Leistungen, welche ursprünglich aus der Gewalt über die Person entstanden, haften nun auf den Grundstücken, ohne gerade die Natur eines dinglichen Verhältnisses allein anzunehmen. Das dem Institute zu Grunde liegende Verhältniß ist daher wohl ein persönliches; aber freilich ein solches, welches schon zu den *in rem scriptis* gerechnet werden kann. Das Institut fusst sich auf ein Obligationsverhältniß, dessen Gegenstand ein Geben oder Thun ist, auf ein Obligationsverhältniß, welches aber die besondere Eigenthümlich-

keit hat, daß immer der Besitz einer Sache wesentlich dabei vorkommt und mit diesem Besitze die Befugniß verbunden ist zur Ausübung gewisser Rechte (z. B. Bannrechte) oder gewisser Verpflichtungen, welche diese Sache selbst nicht zum Gegenstande haben, aber dem Besitzer der Sache obliegen. Das factum obligatorium ist daher lediglich der Besitz der fraglichen Sache, das Subjekt eines gewissen Rechts oder das Subjekt einer gewissen Verbindlichkeit wird lediglich durch den Besitz der Sache bestimmt und die Art eines solchen Rechts ist daher passend mit dem generischen Begriff: subjektiv-dingliche Rechte, d. h. aus Obligations- und dinglichem Rechte zusammengesetzte Rechtsverhältnisse, bezeichnet.

Reallasten sind daher, dem Obigen gemäß permanente Leistungen, welche dem Besitzer eines Guts, als solchen obliegen.

Wesentliche Merkmale sind:

- 1) eine positive Leistung — Geben oder Thun.
- 2) Verbindlichkeit dazu aus dem Besitze eines Guts.
- 3) Permanenz (wiederkehrende Leistung).

In der neuesten Zeit hat man die Reallasten sowohl aus Rücksichten der Volks- und Staatswirthschaft, als der Humanität bekämpft und sie als verwerflich dargestellt, und deswegen ist in den meisten Partikulargesetzen die Ablösbarkeit derselben festgesetzt. Allein im Allgemeinen steht die rechtliche Natur des Instituts, wornach dasselbe unzertrennlich an ein Grundstück geknüpft ist, doch aufrecht und die partikulären Veränderungen sind immer nur, als durch Bedürfnisse

des Verkehrs oder durch physische Nothwendigkeit herbeigeführt, anzusehen und die allgemeine rechtliche Natur muß selbst jenen Veränderungen zur Grundlage dienen.

B) Rechtsverhältnisse daraus ohne Rücksicht auf die einzelnen Gattungen von Reallasten.

§. 14.

Das Institut der Reallasten zerspaltet sich zwar in verschiedene einzelne Institute, von denen jedes seine eigenthümliche Ausbildung hat und nach den besondern Entscheidungsnormen zu beurtheilen ist. Allein demohngeachtet können gewisse gemeinschaftliche Merkmale hervorgehoben werden, ohne daß man nöthig hat, mit Vollgraff c. l. p. 168. dieselben mit dem Namen der rechtsphilosophischen zu taufen.

I. Die Ansicht der alten Juristen legte den Gütern, worauf diese Lasten ruhen, willkührlich den Charakter einer juridischen Person bei. Allein diese Ansicht ist der Natur der Reallasten zuwider, indem nicht das Grundstück die Lasten entrichtet, sondern die Person, welche jedesmal durch den Besitz des Guts dazu bestimmt wird. Eben so ist auch die Ansicht zu verwerfen (die selbst der Redakteur des bairischen Landrechts theilt) wornach die Reallasten für unregelmäßige Dienstbarkeiten gehalten werden. (siehe oben §. 13.)

II. Das Recht auf die ganze Reallast ist von dem

Rechte auf die einzelnen Leistungen zu unterscheiden. Erstes wird zu den Immobilien gerechnet und auch als solches, besonders bei der Erwerbung betrachtet, nach

Cap. 1. post med. Clement. de verb. Signif. (5, 11.)
Cumque annui redditus inter immobilia censeantur a jure etc.

Nov. 7. praef.

— — aut civiles annonae (nam et haec inter immobilia sunt numeranda) quae competunt etc. Das Recht auf die einzelnen Leistungen wird zu den mobilibus gezählt, weil die Leistungen den jedesmaligen Besitzer, als eine bestimmte Person, treffen.

III. Im Gegensatze der corporis possessio kennt das römische Recht eine juris quasi possessio bei den Servituten und der Superficies. Im neueren Rechte geschah überhaupt eine analoge Ausdehnung des römischen Besitzverhältnisses auf Rechtsverhältnisse, die das römische Recht nicht kannte. Dahin gehöret nun unter andern auch das Institut der deutschen Reallasten.

Savigny Recht des Besitzes p. 477.

Es findet daher analog der quasi possessio bei Dienstbarkeiten auch ein Besitz des Rechts auf Reallasten statt.

Der materielle römische Begriff dieser quasi possessio ist:

- a) die faktische Ausübung des Rechts,
- b) der animus possidendi, als animus sibi habendi.

Derselbe Begriff paßt auch auf die quasi posses-

sio des teutschen Instituts und ist auch in den teutschen Reichsgesetzen sanktionirt.

R. A. 1548. §. 59. (Schmaufs corp. j. publ. p. 127.)

— — Hätte (ein ausgezogener Stand) dem heiligen Reich gesteuert und also das Reich in quasi possessione wäre, der soll nachmals ungeweigert steuern. eod. §. 63. (Schmaufs c. l. p. 127.)

I. P. O. art. V. §. 46. (Schmaufs c. l. p. 819.)

Illi vero redditus, census, decimae, pensiones, quae — statibus Augustanae confessionis — — debentur, quorumque in possessione vel quasi — fuerunt etc.

Der Besitz wird demnach erworben durch Hervorbringung der Erfodernisse des Besitzes in einer Person: factum und animus muß in einer Person vereinigt seyn. Die Apprehension bei der juris quasi poss: ist im Allgemeinen die Möglichkeit der Ausübung des Rechts; animus ist hier das Bewußtseyn mein eigenes Recht auszuüben.

Diese Grundsätze auf den Besitz des Rechts auf Reallasten angewendet, so wird der Besitz erworben bei derjenigen Gattung von Reallasten, welche den persönlichen Servituten (dem Usus fructus) ähnlich ist, (Leibzucht und Wittum mit Innehabung der dazu bestimmten Güter) gerade auf dieselbe Weise, wie die körperliche possessio. Bei denjenigen Rechten auf Reallasten, deren Ausübung in einer Beschränkung der natürlichen Freiheit besteht, (in non faciendo) kann derjenige, der in den Besitz des Rechts kommen soll, wornach der Eigenthümer eines Guts etwas nicht thun

soll, seinen Zweck durch die bloße bestimmte Erklärung des letztern, daß er das nicht thun werde, was er nicht soll, erreichen. Je fester und erkennbarer aber diese Erklärung ist, z. B. durch besondere Cautionsleistung, durch Eintragung in öffentliche Bücher, desto anschaulicher wird auch die Besitzerwerbung. Am anschaulichsten ist sie, wenn der Verpflichtete thun wollte, was er nicht thun soll und der Berechtigte durch seinen Einspruch jenen abhält; hier führt die Abhaltung wieder auf eine sinnlich wahrnehmbare *patientia*. Bei denjenigen Rechten, welche sich auf ein Thun des Besitzers der dienenden Sache gründen, (und dieß ist die grössere Zahl) wird der Besitz dadurch erworben, daß der Forderung, welche den Gegenstand des Rechts ausmacht, nachgegeben ist. Unter diesem Nachgeben kann man aber weder eine bloße Anerkennung der Schuldigkeit, noch eine wirkliche Erfüllung derselben verstehen. Es kann nämlich hier, wo das Wesen des Rechts in einem Thun besteht, weder mit einem bloßen Thun wollen, wodurch die Schuldigkeit anerkannt werden soll, abgethan seyn, noch weniger aber die wahre und vollkommene Erfüllung der Forderung gemeint seyn, weil die vollkommene Erfüllung von einer bestimmten Person gar nicht geschehen kann, vielmehr unabhängig von Individuen nur dadurch bewirkt wird, daß jeder Eigenthümer eines bestimmten Objekts die Leistung machen muß. Es muß also eine Handlung vorgefallen seyn, in welcher der Verpflichtete dasjenige wirklich thut, was den Gegenstand des Rechts ausmacht. Wenn

nun der Besitzer eines solchen Objekts oder mit dessen Vorwissen ein anderer Inhaber die Leistung macht, so ist der Besitz erworben. Es kommt aber natürlich auch darauf an, in welcher Gesinnung die Leistung geschieht. Es gehört hieher dasjenige, was der Jurist Paulus über die Natur der Forderungen sagt in

L. 3. D. de O. et A. (44, 7.)

Obligationum substantia in eo consistit, ut alium nobis obstringat ad dandum aliquid vel faciendum vel praestandum. Non satis autem est, dantis esse nummos et fieri accipientis, ut obligatio nascatur, sed etiam hoc animo dari et accipi, ut obligatio constituatur.

Die Handlung muß also auch vorgenommen werden in der Gesinnung, einem Rechte zu entsprechen. Es ist hier dasselbe, als wenn bei der Erwerbung des Servitutenbesitzes gefodert wird, daß der Erwerbende die treffende Handlung in der Gesinnung vornahm, das bestimmte Recht auszuüben. Nur ist zu bemerken, daß hier der Gegenstand des Rechts in einem Thun von der einen Seite und in einem Entgegenkommen von der andern nach der Natur der Obligationen besteht und also deshalb auch die Gesinnung in zweien Personen sich äußern muß.

Fortgesetzt wird der Besitz so lange, als die Verbindung des animus und facti in dem Besitzer dauert, also in concreto so lange, als der Zustand der patientia dauert oder der Verpflichtete sich nicht weigert oder doch der Berechtigte der Weigerung nicht nachgibt.

Verloren geht daher der Besitz dieses Rechts, sobald der Verpflichtete sich weigert und der Berechtigte sich dabei beruhigt.

Eine Folge dieses analogen Besitzverhältnisses ist, daß auch die possessorischen Rechtsmittel bei diesem Institute Anwendung finden. Denn bei allen Arten von Reallasten begründet deren Ausübung die Rechte des juristischen Besitzes. Jede Weigerung von Seite des Verpflichteten ist eine Besitzstörung und begründet das interd. uti possidetis. Ist aber eine gegen den Berechtigten gebrauchte Gewalt und damit verbundene Beschädigung auch in der bloßen Störung vorhanden, so ist nicht zu zweifeln, daß das remedium spolii statt findet, das sich ja auch besonders praktisch in der Exzeptionsform äußert.

IV) Realservituten sind zwar untheilbar, nicht aber die Reallasten. Bei ihnen ist eine Theilung möglich, und es haften daher auch mehrere Besitzer des verpflichteten Guts nur pro rata.

Cap. 6. X. de relig. domibus (3, 36)

wo von einer Theilung des mortuariums gehandelt wird.

V) Controvers ist es, ob der Besitzer für den Rückstand seines Vorgängers haftet? Die alten Juristen, welche das Grundstück für persona obligata ansehen, bejahen diese Frage.

Franzke var. res. I. res. 3. N. 12

Man beruft sich auf

l. 7. de publicanis (34, 9) (siehe oben §. 13.)

l. 36. de jure fisci. (49, 14.)

Praediis a fisco distractis, praeteriti temporis tributum eorundem praediorum (onus) emptorem spectare placuit.

Allein letzteres ist ein spezielles privilegium fisci und überdies haben wir im römischen Rechte eine Analogie für das Gegentheil im canone emphyteutico.

l. 7. pr. C. de censibus (11, 57)

Apud eum possessio firma permaneat, cui eam a peraequatore semel traditam fuisse constiterit: reliqua vero temporis anteacti a novo domino fiscum postulare non patimur, ne alterius culpa alter incipiat subiacere dispendio.

l. 2. C. de fundis rei privatae (11, 65.)

— — — certumque habeant, quod unaquaeque villa cum eo onere, vel forma, cui nunc habetur obnoxia, ad novi domini jura migrabit. Si quis autem in annis singulis non solverit debitum ex re ipsius, — (et si eum) postea minus idoneum factum esse constet, — ad alium idoneum — transferentur: nec tamen decoc-toris cujusque reliquis, qui novus accedit, onerabitur.

Als Resultat geht daher die richtige Meinung dahin, daß jeder Besitzer des verpflichteten Guts nur für jene Prästationen haftet, welche während seines Besitzes fällig werden.

Unbestreitbar ist dies bei solchen Leistungen, welche nur auf vorgängiges Ansuchen des Berechtigten gefodert werden können (z. B. bei Frohnen). Der Universalsuccessor haftet aber stets für alle Prästationen, also auch für die rückständigen; ausnahmsweise haftet aber der Singularsuccessor wohl nur dann, wenn
der

der Berechtigte nach Partikulargesetzen eine gesetzliche Hypothek wegen der Reallasten hat oder wenn die Rückstände in das Hypothekenbuch eingetragen sind.

Eichhorn Priv. R. p. 426 (2 Ausg.)

VI. Ein Pfandrecht wegen dieser Lasten steht dem Berechtigten nicht zu. Zwar nimmt man solches an, sich fußend auf

l. 15. qui potiores etc. (20, 4.)

Etiam superficies in alieno solo posita, pignori dari potest: ita tamen, ut prior causa sit domini soli, si non solvatur ei solarium.

Allein diese Stelle sagt nur, daß der Superficiar seine Superficies zwar verpfänden könne, daß aber das Pfandrecht nicht gegen den dominus, der wegen nicht bezahlten Solariums die Superficies zurücknimmt, geltend gemacht werden könne; dieß ergibt sich aus der Regel: *resoluto jure dantis, resolvitur jus accipientis*. — Auch ein Vorrecht im Conkurse kann nur da, wo Landesgesetze dieß aussprechen, angenommen werden.

Eichhorn Priv. R. §. 166.

VII. Bei allen liegt dem Foderungsrechte eine *actio in rem scripta* zu Grunde gegen jeden Besitzer auf die fällige Leistung. Insbesondere werden die Klagen aus dem römischen Servitutensysteme hergenommen.

l. 2. pr. si servitus (8, 5.)

a) *actio confessoria*. Sie ist begründet, sofern der Verpflichtete die Leistungen verweigert und da-

durch entweder das Recht des Berechtigten gänzlich verletzt oder nur theilweise, nach der Analogie der Servituten.

Kläger ist der Berechtigte d. h. dasjenige Subjekt, an welchem die Leistungen zu entrichten sind, wie bei den Servituten.

l. 2. §. 1. si servitus. (8, 5)

Beklagter ist der Besitzer des verpflichteten Guts, welcher die Leistung verweigert. Kläger und Beklagter heißen petitor und possessor nach Analogie der Servituten.

l. 6. §. 1. D. si servitus.

Gegenstand der Klage ist die zu geschehende Leistung und dadurch zu bewirkende Aufhebung der Rechtsverletzung. Eine Mehrentrichtung oder Ersatz des Schadens, wie bei den römischen Servituten kann aber nicht verlangt werden. (Der sogenannte Rutscherszins ist nur eine partikulärrechtliche Ausnahme).

l. 5. §. 3. si ususfr. pet. (7, 6.)

l. 4. §. 2. l. 6. §. 6. si servit.

l. 5. C. de servitutb. (3. 34.)

Den Beweis anbelangend, so muß Kläger sein Recht beweisen, wenn es Beklagter läugnet.

Alte Lager- Flur- und Gerichtsbücher, deren genaue Fertigung nicht hergestellt ist, geben blos eine erhebliche Unterstützung; neue einen vollen Beweis, wenn sie von Commissären mit Zuziehung der Interessenten gefertigt sind. Heberegister sind in der Regel Privatannotationen der Verwalter, sind sie aber von beeidigten Gerichtspersonen gefertigt und geführt

dann beweisen sie das Herkommen und also leicht auch das Recht.

Bülow und Hagemanns prakt. Erört. I. N. 14.

b) Die *actio negatoria* kommt nicht leicht anders vor, als zur Bestreitung des ganzen Rechts. Der Kläger beweist hier die Freiheit von der Reallast. Der Beklagte muß aber sein Recht beweisen und nach dem besser geführten Beweise des einen oder des andern Theils richtet sich dann die richterliche Entscheidung *).

c) *actio publiciana*. Sie findet Statt als *confessoria* bei dem *Usucapionsbesitz* der *Servituten* **) und

*) Dieselben Grundsätze gelten auch beim Beweise der *Realservituten*. Denn die *actio negatoria* ist dort nichts anders, als *Eigenthumsklage*. Manche hielten dieß für eine *praesumptio libertatis*. Allein der wahre Grund des Beweises liegt darin, daß das *Eigenthum* den Grund der *Klage* ausmacht.

**) Nach älterem römischem Rechte war diese *Usucapion* ausgeschlossen; doch war schon damals die *publiciana* auf den Fall ausgedehnt, wenn nämlich eine *traditio* oder *quasi traditio* vorkommt bei der Bestellung der *Servituten* z. B. von einem *non dominus*,

l. 11. §. 1. D. de public. (5, 2.)

l. 1. pr. D. quib. mod. ususfr. (7, 4)

In diesem Falle hatte der Berechtigte eine *actio publiciana confessoria*. Nach Justinianischen Rechte giebt es eine *Usucapion* der *Servituten*, also auch einen *Usucapionsbesitz* derselben mit der daraus entspringenden *Klage*.

da eine Ersitzung auch bei diesem teutschen Institute vorkommt, so kann auch ein Usucapions-Besitz und die darauf sich gründende Klage nicht geläugnet werden. Sie findet auch Statt bei der römischen Servitut als negatoria und auch bei dem teutschen Institute d. h. der Besitzer des Grundstücks kann das Recht auf Reallast, welches ein anderer haben will, läugnen und vielmehr den Besitz der Freiheit von Reallasten darthun. (Usucapio libertatis) (Siehe unten §. 17. N. 4.)

VIII. Wenn im Prozesse über diese Rechte, als solche und nicht über irgend eine verfallene bestimmte Leistung geklagt wird, so kommt der Betrag der jährlichen Leistungen nicht in Anschlag; es werden vielmehr diese Rechte für ewig gehalten und, um den allenfallsig geringfügigen Werth derselben zu bestimmen, wird keineswegs eine Schätzung vorgenommen. Denn an sich ist schon das reell sehr gesicherte, eine ewige Abgabe begründende Recht höchst wichtig für den Kläger.

Mittermaier im Archiv f. d. ziv. Praxis. VIII. p. 121.

C) Begründung der Reallasten.

§. 15.

Reallasten können entstehen:

- 1) durch gesetzliche Vorschrift, wornach auf manche

Güter diese Lasten gelegt oder die Personen der Güter halber zur Leistung verpflichtet sind.
Sachsenspiegel II. 56.

Welche Dörffer mit ihrem Lande bei Wasser liegen, und ein Damm haben, der sie vor der Fluth bewahret, jegliches Dorff soll seinen Theil befestigen für der Fluth. Kompt aber die Fluth, und zerbricht den Damm, und heischt man mit Geruffte dazu alle, die bei dem Damm gesessen seynd, welcher da nicht hilfft bauen den Damm, der hat verwirkt alles sein Erbe, das er um den Damm hat.

Preuss. L. R. II. 7. §. 13.

Der Bauerstand ist dem Staate zu Hand- und Spanndiensten besonders verpflichtet.

2) Durch Herkommen und Gewohnheit, welches am häufigsten der Fall ist. Ist zur Gewissheit hergestellt, dafs diese oder jene Leistung, welche als Reallast anerkannt ist, herkömmlich von dem Gutsbesitzer geleistet wurde, so geht dieselbe auch auf jeden Besitzer und selbst dem Successor singularis über.

3) Durch Vertrag nach Analogie der Servituten, ohne dafs eine Traditio oder quasi traditio hinzuzutreten braucht *). Das Recht wird daher, wie nach

*) Die herrschende Theorie bis jetzt war: Servituten entstehen durch Vertrag und Tradition.

Glück P. C. 9 B. p. 65 ff.

Man bezieht sich auf:

l. 3. pr. D. de O. et A.

der richtigen Meinung bei Servituten, allerdings schon durch bloßen Vertrag erworben; etwas anders ist es

Allein gegen diese unhaltbare Theorie ging eine neue und richtige aus der Savignyschen Schule hervor, welche schon Savigny in seiner Lehre vom Besitz 4. Ausg. p. 447. 454. berührte und Schmidlein (Prof. in München) in seiner Inauguraldissertation: *de servitutis per pactum constituendis*. Göttingen 1823. 8. ausführte und neuerdings im Archiv für ziv. Praxis VIII. p. 145. gegen vorgebrachte Angriffe vertheidigte. Diese Theorie geht nun dahin, daß Servituten durch bloßen Vertrag schon konstituiert werden. Sie wurde durch historische Forschungen gewonnen, deren Hauptresultat folgendes ist:

Nach altem Rechte

Gaji Inst. II. B. §. 28 — 32.

war es Regel: daß eine Servitut erworben wurde durch *in jure cessio*. *Servitutes rusticae* konnten auch durch Mancipation übertragen werden.

Fragm. Vaticana. §. 47.

Bei Provinzial-Grundstücken war durch bloßen Vertrag die Servitut schon bestellt. (*Pactionibus et stipulationibus*). Dadurch war die Tradition ausgeschlossen.

I. 35. de servitb. praed. urb. (8, 2.)

Nur beim *Ususfructus* war eine Ausnahme gemacht nach

Fragm. vaticana. §. 47.

Nach Justinianischem Rechte ist aber jene Eigenthümlichkeit aufgehoben und alles wird nach Provinzialgrundstücken beurtheilt. Die Entstehung der Servituten geschieht also durch bloßen Vertrag.

I. 3. pr. D. de usufr. (7, 1.)

§. 4. I. de serv. (2, 3.)

§. 1. I. de usufr. (2, 4.)

mit dem Besitze, welcher Tradition erfordert. Diese Entstehungsart ist die häufigste und der Vertrag ist bald ein Kaufcontract oder *contractus innominatus*, *do ut facias*. Letztres am häufigsten. Der Umfang der Berechtigung ist in dem Vertrage enthalten. Eine solche durch Vertrag begründete Reallast verpflichtet aber nur den Paziszenten und seine Erben, die sich im Besitze befinden.

Am augenscheinlichsten zeigt sich dieß in dem am häufigsten vorkommenden Falle, wo der echte Eigenthümer eine unvollkommene Gewehre an unbeweglichen Sachen einem Andern überträgt und sich dabei gewisse Leistungen ausbedingt. Diese sind dann Reallasten, die auch auf die Erben übergehen, weil es für jeden folgenden Erwerber keine andre Erwerbungsart giebt, als erblichen Uebergang der Sache nach den Bedingungen des Contrakts oder Verleihung des echten Eigenthümers, welche die Erneuerung des Contrakts in sich schließt.

Schwäbisch. Lehn. 28. 1.

Nyeman mag mit recht gewer haben an einem lehen, dem es versekzet wird on des Herren Hand.

Ein dritter *Successor singularis* wird aber da-

Das Recht wird demnach ohne Tradition erworben; etwas ganz anders ist der Besitz, welcher allerdings Tradition erfordert.

l. 11. §. 1. D. de publicanis. (6, 2.)

l. 1. pr. D. quib. mod. ususfr. (7, 4.)

durch nicht verpflichtet, wenn er die Last nicht freiwillig übernommen hat.

Die Analogie der Servituten, welche auch auf jeden dritten Besitzer nach geschehener Tradition übergehen, mag bei den durch Vertrag entstandenen Reallasten nicht so geradwegs angewendet werden. Das pactum des jetzigen kann den künftigen Besitzer nicht binden nach dem Grundsatz: pactum non nocet tertio

l. 81. §. 1. D. de E. et V.

entscheidet den Fall sogar in terminis. Diese Vorschrift ist noch nicht aufgehoben, wie viele behaupten, aber nicht beweisen.

Nach neueren Gesetzen binden gerichtlich confirmirte und ingrossirte Reallasten auch dritte Besitzer, was zwar nur eine partikularrechtliche Ausnahme, aber sehr passend ist und viel zur Sicherheit beiträgt.

4) Durch testamentarische Verfügung, was zwar selten vorkommt, doch rechtlich zulässig ist. Wenn der Testator die Reallast auf sein praedium legt und sie legirt, so erhält der Legatar ein Pfandrecht und kann die Reallast oder das Grundstück vom dritten Besitzer fordern; legt er sie aber auf ein fremdes, so verbindet seine Verfügung nur den Besitzer und seine Erben, nicht Dritte.

5) Durch Usucapion (Ersitzung), sogenannte erwerbende Verjährung*). Nur fragt es sich, welche

*) Es hat sich unter den Neuern eine Theorie der erwerbenden Verjährung im Gegensatze der erlöschenden Verjährung gebildet, die aber keineswegs im römischen Rechte

Usucapion hier statt finden kann? Die Justinianeische von 10 — 20 Jahren bei unbeweglichen

gegründet ist, sondern nur in den Köpfen der Rechtsgelehrten ihren Sitz hat. Diese falsche Theorie setzt die Regel an die Spitze: daß Rechte binnen einer gewissen Zeit erlöschen können; nur eine Ausnahme seyen die *res merae facultatis*. Hierauf stellt man den Begriff von Verjährung im allgemeinen auf, als Veränderung der Rechte durch Nichtgebrauch. Auf diese Art entstand nun:

1) eine erwerbende Verjährung (*praescriptio adquisitiva*) wenn jemand durch Verjährung ein Recht erwarb. Allein der wahren, in den Quellen gegründeten und richtig verstandenen Bedeutung nach ist dieß Institut nichts anders, als Erwerbung des Eigenthums durch fortgesetzten Besitz (Ersitzung), in den Quellen *Usucapio* genannt.

Usus heist hier soviel als Besitz. Erfordernisse des Instituts sind:

- a) *justa possessio*, d. h. ein objektiver Erwerbsgrund (*justus titulus vel justa causa*) und ein subjektiver (*bona fides*) als das Bewußtseyn der *justa causa*,
- b) *res non vitiosa*.

Das Institut zerfällt in eine ordentliche Ersitzung 10 — 20 Jahre für unbewegliche Sachen, drei Jahre für bewegliche. Als Supplement der ordentlichen ist eine ausserordentliche eingeführt, bei welcher 30 Jahre die Regel ausmachen.

2) Eine erlöschende Verjährung (*praescriptio extinctiva*), wo jemand ein Recht durch Verjährung verlor. Allein nach dem wahren Geiste der Quellen ist dieß nichts anders, als Erlöschung des Klagerechts nach

Bei dieser Ersitzung, als ausserordentliche, ist justus titulus überhaupt, also auch hier nicht erforderlich.

Cap. 1. eod. in 6to (2, 13) erwähnt zwar des Titels, allein dieß bezieht sich nur auf den besonderen Fall bei Kirchenzehnt in einer fremden Diözesse. Bona fides ist aber allerdings erforderlich. Bei Bannrechten muß noch überdieß bewiesen werden, daß ein Theil das Recht gefodert, der andere Theil ohne zu widersprechen das Bannrecht durch die That anerkannt hat. —

Mit dem bisher aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen abgeleiteten, stimmen auch Praxis und Partikulargesetze meistens überein; wenige enthalten genaue Bestimmung über die Zeitfrist. In Sachsen werden 31 Jahre, 6 Wochen, 3 Tage erfordert.

Haubold Lehrbuch p. 547.

Andere gestatten auch 10 oder 20 Jahre, weil sie die Reallasten mit rein dinglichen Rechten zusammenwerfen. So muß es auch in Preussen behauptet werden, wo die Reallasten dinglich sind.

D) Uebertragung schon konstituierter Reallasten.

§. 16.

So wie Forderungen überhaupt an andre zedirt werden können, so muß der Regel nach die Uebertragung der Berechtigung bei Reallasten an andere

für statthaft gehalten werden. Diese Uebertragung erlaubt ausdrücklich das Can. Recht bei Zehnten.

Cap. 6. X. de rer. permut. (3, 9.)

(De ecclesiarum possessionibus) poterit contractus permutationis iniri.

Cap. 2. X. de transactibus. (1, 36.)

Si super decimis — compositio facta fuerit, rata et inconcessa persistat.

Diese Uebertragung ist meistens einer gerichtlichen Handlung unterworfen.

Keiner Uebertragung sind fähig:

- a) alle diejenigen Lasten, welche nur einer bestimmten Person zustehen können z. B. Leibzucht.
- b) Auch findet keine Uebertragung in dem Falle statt, wenn die Last durch Abtretung vergrößert wird und zwar ist die Uebertragung in so weit nicht zugelassen, als diese Vergrößerung eintritt.

Eichhorn Priv. R. p. 454.

E) Aufhebung der Reallasten.

§. 17.

I) Eigentliche Aufhebung.

Diese kann erfolgen:

- 1) durch gesetzliche Vorschrift. Diefß geschah besonders in der neusten Zeit, wo man diese Lasten aus Rücksicht der verbesserten Volks- und Staatswirthschaft und als Hindernisse der fortschreitenden Cultur entweder ganz und zwar ohne alle

Entschädigung aufhob (z. B. Bannrechte *) oder sie doch für ablösbar erklärte.

2) durch liberatorische Verträge. Diese kommen auch dem künftigen Besitzer zu Gute.

l. 17. §. 5. D. de pactis.

Pactum conventum cum venditore factum, si in rem constituatur, secundum plurimum sententiam et emptori prodest.

An die Stelle des Vertrags kann auch ein legatum liberationis praedii proprii vel alieni treten.

3) durch Consolidation d. h. wenn der Berechtigte wieder in den Besitz des verpflichteten Guts kommt nach Analogie der Servituten.

4) durch non usus des Berechtigten. Wenn der Berechtigte sich innerhalb einer bestimmten Zeit seines Rechts nicht bedient (non usus) so hat dieß eine vortheilhafte Wirkung für den Verpflichteten, nämlich Ersitzung der Freiheit von der Reallast (usucapio libertatis). Die Analogie des römischen non usus, wornach Servituten erlöschen, kann daher wohl auch in unsrem deutschen Institute der Reallasten Anwendung finden; nur in Ansehung der dort erforderlichen kurzen Zeit von

*) Bair. Ges. v. 20. Dezbr. 1799.

Bair. Ges. v. 28. July 1807.

Bair. Ges. v. 4. August 1809.

Preufs. Edikt. v. 29. März 1808.

Preufs. Edikt. v. 28. Octbr. 1810.

zehn oder zwanzig Jahren muß eine Abweichung eintreten *).

l. 13. C. de serv. (3, 34.)

*) Bei der Theorie des non usus, als Erlöschungsmittel der Servituten kann man von einem doppelten Standpunkte ausgehen:

1) von Seite des Berechtigten. Diesen Standpunkt ergriffen die Neuern und haben daher zu keiner passenden und richtigen Theorie gelangen können. Vergleiche die Ansichten in

Glück P. C. B. 9. §. 641.

2) der wahre Standpunkt der neuesten Savignyschen Theorie geht aber aus von der Wirkung des non usus des Servitutberechtigten auf den Eigenthümer, welcher dadurch sein freies Eigenthum wieder erhält.

Die Gründe, auf welche sich diese Theorie stützt, sind kürzlich folgende: das Eigenthum einer Sache im Ganzen wird erworben durch Tradition, Usucapion etc.; die jura in re gehen ebenfalls auf den Erwerber mit über. Es fragt sich nun, kann der

Eigenthümer diese getrennten Bestandtheile zurück-erwerben? Diefs kann er allerdings, sobald das jus in re untergeht. Dieser Untergang des jus in re d. h. des vom Eigenthume losgetrennten Bestandtheils kann durch Usucapion bewirkt werden oder mit andern Worten, das R. R. kennt eine Rückusucapion.

Diese Rückusucapion entstand auf folgende Weise. An sich ist Usucapion Erwerbung des Eigenthums im Ganzen und die jura in re bleiben und gehen nicht unter durch Usucapion.

. 17. §. 2. de usufr. (7, 1.)

Es kann daher im allgemeinen angenommen werden:

- 1) durch Nichtgebrauch binnen 30 Jahren geht das Recht diese Leistung zu fordern verloren und der

Ver-

Die Ausdehnung der Usucapion auf die einzelnen Theile ist im R. R. geschehen und darauf bezieht sich die Usucapio libertatis, wo der Eigenthümer Bestandtheile des Eigenthums zurückerwirbt. (jura in re) Diese Rückusucapion ist also die theilweise Usucapion auf Seite des Eigenthümers und der non usus auf Seite des Berechtigten; denn so lange der Berechtigte die Servitut ausübt, kann sie jener nicht usucapiren. Durch diese Usucapio wird also die Beschränkung des Eigenthums aufgehoben und dieß geschieht verschieden bei den verschiedenen Servituten:

- 1) bei affirmativen Servituten, bei denen die Beschränkung des Eigenthums in einem pati besteht, wird diese Beschränkung dadurch aufgehoben, daß sich der Berechtigte seines Rechts nicht bedient und auf diese Weise partielle Usucapion auf Seite des dienenden eintreten läßt.

- 2) bei negativen Servituten, bei denen die Beschränkung in einem non faciendo des dienenden besteht, wird diese Beschränkung dadurch aufgehoben, daß der dienende, das thut, was er eigentlich nicht thun dürfte. Dieß ist der Fall, den die römischen Juristen usucapio libertatis nennen.

l. 6. D. de serv. praed. urb. (8, 2.)

— si vicinus simul libertatem usucapiat

- 3) bei positiven Servituten, die auf einer Anstalt beruhen, muß diese Anstalt gänzlich entfernt seyn,

Verpflichtete hat die Freiheit von den Lasten erworben. Eine Usucapio libertatis im römischen Sinne (s. oben p. 64. nota* Nro. 2.) zeigt sich am deutlichsten bei den Bannrechten, welche als Servituten in non faciendo betrachtet werden können, wenn nämlich hier der Verpflichtete das thut, was er nicht thun sollte z. B. auf einer andern Mühle und nicht auf der des Gutsherrn mahlen läßt. Es muß aber freilich dieß Thun in einem solchen Falle eingetreten seyn, wo es nicht an der Möglichkeit gefehlt hat, sich der Zwangsanstalt zu bedienen.

H a g e m a n n Landwirthschaftsrecht. p. 283.

Ueberhaupt müssen immer einzelne Fälle, in welchen das Recht hätte ausgeübt werden können, vorgekommen seyn.

l. 14 pr. C. de servit. et aqua (3, 34.)

2) Am leichtesten ist diese Freiheit einzusehen bei denjenigen Leistungen, welche der Besitzer nur

wenn der non usus von Wirkung seyn soll und dazu ist auch eine Handlung des neuen Eigenthümers oder des Berechtigten nöthig: nämlich die gänzliche Verwischung der Spur. Es nehmen auch hier die römischen Juristen usucapio libertatis an, wie das Ende der l. cit. beweist:

Item si tigni immissi aedes tuae servitutem debent, et ego exemero tignum, ita demum amitto jus meum, si tu foramen unde exemptum est tignum, obturaveris et per constitutum tempus ita habueris: alioquin, si nihil novi feceris, integrum jus suum permanet.

auf Anfodern schuldig ist. Denn durch Unterlassung dieser Foderung oder durch beharrliche Verweigerung des Dienstpflichtigen nach geschehener Anfoderung wird die Spur irgend einer Reallast gänzlich verwischt und die Analogie mit

l. 6. de serv. praed. urb. (8, 2.)

ist auch hier unverkennbar. (s. oben p. 64. nota* Nro. 3.)

Diese Foderung, wo sie vorgeschrieben ist, kann nicht willkürlich unterlassen werden, indem das Foderungsrecht keineswegs eine res merae facultatis ist, wie ältere Juristen geglaubt haben. Die Widerlegung dieser älteren Meinung ist ausgeführt in

Posse Abhandlgen etc. Heft 2. p. 56.

3) Diese Regeln können aber nicht auf solche Lasten angewendet werden, welche bei Uebertragung des Besitzes vorbehalten sind. (z. B. census reservativus)

Eichhorn Pr. R. p. 439.

Denn diese kontraktmäßigen Leistungen sind wahre annui redditus, bei denen dann jede einzelne Leistung besonders verjährt werden muß.

l. 7. §. 6. C. de praescript. 30 vel 40 ann.

Daher gibt hier nur ein unvordenklicher Nichtgebrauch des Rechts praesumption einer rechtlichen Aufhebung.

II) Verwandlung der Reallasten.

Diese Prästationen sind in der Regel in natura zu leisten. Sie beruhen größtentheils auf einem Leihkontrakt und hängen daher nicht von der Willkür

des einen oder des andern ab. Eine Veränderung derselben muß daher mit beiderseitiger Bewilligung geschehen und eine eigenwillige Umsetzung der Naturalleistungen in Geld von Seite des Verpflichteten oder des Berechtigten darf nicht statt finden.

Dies ist auch deutlich in Partikularrechten ausgedrückt:

Preuss. G. S. v. 1820 §. 33.

„Alle auf bäuerlichen Grundstücken haftende Leistungen sollen auf Verlangen der Partheien (in Geldrenten) verwandelt oder abgelöst werden können.“ —

Da auf diese Weise sowohl auf Seite des Berechtigten, als der Verpflichteten gleiche Rechte und Verbindlichkeiten obwalten, so können die letzteren, wenn sie auch viele Jahre die Naturalleistungen mit Gelde bezahlt haben, ebensowohl für die Zukunft das bisherige Dienstgeld verweigern und sich wieder zur Leistung der Naturalleistungen erbiethen, als der Berechtigte sie anhalten kann, statt des bisherigen Geldsurrogats, wiederum den Dienst in natura zu verrichten. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die Leistung in Geld oder Naturalien nur alternativ vorkommt oder nur precario von Seite des Berechtigten in einzelnen Fällen angenommen wurde.

Mittermaiers Priv. R. §. 177.

Eine Verwandlung kann daher bloß durch beiderseitige Einwilligung geschehen und zwar können:

α) einzelne Termine reluiert werden. Man behauptet:

Der Berechtigte dürfe bei Frohnen ein Surrogat

verlangen, wenn die Præstation in natura ihm unnütz wäre. Dieß fodre Billigkeit und die

l. 25. pr. §. 1. §. 2. D. de operis libert. (38, 1.)

Allein Billigkeit ist kein Grund vom Rechte abzuweichen und den Casus auf andere zu wälzen. Die zitierte Gesetzstelle spricht nur von Vermuthung, nicht von Abkaufen und überdieß läßt sich von römischen libertis durchaus kein Schluß auf das teutsche Institut machen.

β) Es kann die ganze Reallast verwandelt werden.

a) dieß geschieht durch gesetzliche Bestimmung, wobei besonders Zehnten und Zinsen in ständige Geldabgabe verwandelt werden.

Baier. Edikt v. 28. July 1808.

Badische Verhdlgn der II. Kammer. I. Heft p. 123. IV. Heft p. 157. V. Heft p. 126.

Badische Verhandlgn der I. Kammer III. Heft p. 428.

Die Leistung der Frohnen ist gewöhnlich nicht nur für den Gutsherrn und die Dienstleute, sondern auch fast immer für den Staat selbst mit Verlust verknüpft. Die Ausübung derselben ist sonderlich dann überaus drückend, wenn der Dienstmann kein eigenes Schaarwerk und Gesinde auf den Hofdienst halten kann, sondern Herrendienst und eigene Wirthschaft mit demselben Zugviehe und Dienstbothen oder in eigener Person verrichten muß. Durch diese Gründe bewogen, hat man in vielen Ländern unter Einwilligung beider Theile und mit dem glücklichsten Erfolge die Naturaldienste abgestellt und in ein Dienst-

geld oder jährliches Getreideprästandum, welches der Regel nach das beste Ausgleichungsmittel ist, verwandelt. Beispiele solcher Verwandlungen finden sich schon in ältern Zeiten.

Buri von Bauergütern p. 746.

In der neuesten Zeit gieng diese Verwandlung schier in alle Landesgesetze über.

Bair. Edikt über die gutsherrlichen R. (Beil. VI. zur Verf. Urk.)

Württemberg vom 18. Nov. 1817.

Preuss. Edikt vom 25. Sept. 1820.

Weimar. Gesetz vom 11. Mai 1821.

b) auch geschieht eine solche Verwandlung durch bloßen Vertrag der Partheien. Der Berechtigte muß hier freier Eigenthümer, nicht bloß temporärer Nutznießer seyn. Denn eine solche Verwandlung ist als eine Disposition über die Substanz anzusehen, und daher sind Lehns- oder Stammgutsinhaber dazu nicht geeigenschaftet.

c) Auch durch Verjährung kann eine Verwandlung eintreten. Aeltere Juristen erklärten diesen Fall für rechtlich unmöglich, selbst wenn eine unvordenkliche Zeit hinzugekommen ist. Sie stützten diese Behauptung auf den Grund: die Leistung eines Surrogats sey ein Pachtkontrakt und dieser kein *titulus ad praescriptionem habilis*; daher wenn die Leistung auch noch so lange geschehen sey, doch aufgekündet werden könne. Allein dieß ist eine lächerliche Erfindung ältrer Juristen, welche eine Verpachtung für das einzige Mittel

ansahen, die Reallast zu verwandeln. Es kann demnach schon eine dreisigjährige Praescription diese Verwandlung begründen, d. h. wenn die Verpflichteten ihrem Gutsherrn, da er die Leistungen oder Abgaben in natura wieder foderte, dieselben unter dem Vorwande verweigert haben, daß sie dazu nicht schuldig wären und der Gutsherr dazu 30 oder 40 Jahre stille geschwiegen hat. In einem solchen Falle hat der Gutsherr das Recht, Naturalleistung zu fodern, durch Verjährung verloren.

Auch durch Leistung binnen unvordenklicher Zeit kann diese Verwandlung eintreten, d. h. wenn seit undenklichen Jahren stäts Geld statt der Naturalleistung dergestalt gegeben wurde, daß Niemand weiß, ob jemals Dienste oder Abgaben in natura entrichtet worden sind; denn in diesem Falle tritt die stringente Vermuthung ein, daß die Leistungen und Abgaben ursprünglich oder doch in der Folge unwiderruflich zu Gelde gesetzt worden sind.

Leyser spec. 419. m. 5.

— — 665. m. 30.

F) Einzelne Arten der Reallasten.

I. Allgemeine historische Einleitung.

§. 18.

Die einzelnen Arten des Instituts haben sich nicht alle auf einmal gestaltet, sondern sind vielmehr, obwohl einem gemeinschaftlichen Vorbilde folgend, all-

mählig und nach einander, jede wieder ihren eigenthümlichen Charakter tragend, entstanden. Als die älteste Art des Instituts sind jene Leistungen anzusehen, welche zwar aus einer über die Person zustehenden Gewalt entspringen, aber doch nach Aufhebung dieser persönlichen Gewalt auf die Grundstücke gelegt sind. Dahin gehören die hofrechtlichen Lasten, Zehnten, Abgaben und Dienste, als Folge der Vogtey, Landeshoheit und Polizeigewalt. Analog mit den hofrechtlichen Einrichtungen bildete sich später eine unvollkommene Gewehre nach Volksrecht und zwar zuerst am Lehn.

Eichhorn Priv. R. §. 150. N. II.

Diesem Verhältnisse sind andere Arten einer Erbleihe nachgebildet worden, wobei vertragsmässig der ächte Eigenthümer vom Besitzer der nur mit unvollkommener Gewehre geliehenen Grundstücke gewisse Foderungen und Rechte sich vorbehalten hatte. Die Gewehre konnte (wenigstens ursprünglich) bei einem solchen Verhältnisse der Besitzer immer nur aus den Händen des rechten Eigenthümers erhalten. Daher auch fast allgemein ein Laudemium hier verabreicht wurde. Große Aehnlichkeit mit einem solchen, durch Verleihung entstandenem Verhältnisse hatte ursprünglich das Recht eines Gläubigers, dem ein Eigenthümer Renten an einen bestimmten Grundstücke verkauft hatte (Rentenkauf), indem hier die Uebergaben des echten Eigenthums, um es unter hofrechtlichen Bedingungen zum Recht der unvollkommenen Gewehre zurück zu erhalten, zum Muster gedient zu haben

scheinen, wenn gleich später die Analogie des Pfandrechts angewendet wurde. Noch neuer scheinen die Bannrechte zu seyn, wodurch jemand in dem Gebrauche der natürlichen Freiheit zu handeln beschränkt und ihm insbesondere die Anschaffung oder Zubereitung eines Bedürfnisses bei einem Andern, als dem Berechtigten, untersagt wird. Nachdem sich einmal das Institut so weit ausgebildet hatte, haben sich auch noch einzelne Formen an dasselbe angeschlossen, die mehr oder weniger mit den bis jetzt angegebenen Hauptarten übereinstimmen, z. B. die Leibzucht der Bauergüter, Wittum etc.

II. Aufzählung der einzelnen Arten und ihre historische Entwicklung *).

§. 19.

Der leichteste Ueberblick der hieher gehörigen Reallasten läßt sich geben, wenn man die Ausübung derselben ins Auge faßt. Diese, nämlich das Thun, äußert sich in Beziehung auf etwas, das verschafft werden soll oder in Beziehung auf Dienste, die geleistet werden sollen. Daher ist entweder von einem Geben oder Dienstleisten die Rede und darnach lassen sich auch zwei Klassen dieser Reallasten anführen.

*) Es werden dem Zwecke der Abhandlung gemäß, nur jene Arten aufgezählt, welche aufs Privatrecht Bezug haben, und daher die Lasten des öffentlichen Rechts (z. B. Steuern) übergangen.

Gegeben wird:

- 1) das mortuarium,
- 2) der Census,
- 3) der Zehnt.
- 4) Die Abgabe an Einzelne, die dem Ususfructus ähnlich ist: Leibzucht.
- 5) Abgabe bei einer Gutsverleihung. (Handlohn)

Die Dienstleistungen finden statt:

- a) als Frohnen verschiedener Art.
- b) als Zwangs- oder Bannrechte.

§. 20.

a) Mortuarium.

Mortuarium (Sterbfall, Hauptrecht, Besthaupt, Kurmede) ist eine Abgabe, die beim Tode des Gutsinhabers an den Gutsherrn entrichtet werden muß. Der Name ist theils vom Todesfalle (z. B. Versterb-Todeszoll, todte Hand), theils vom Gegenstande desselben (Gewandfall, Bettgewand, Kurmede) hergenommen.

Runde Priv. R. §. 549.

Die Entstehung des Sterbefalls ist sehr alt und in der Gemeindehörigkeit zu suchen. Die Hofgemeinde war, wenn keine Blutsverwandten vorhanden waren, die berufene Erbin aller ihrer Glieder. Denn alles, was die Hof- oder Dorfhörigen besaßen, wurde für Familieneigenthum des Hofes oder Dorfes gehalten. Eine Folge war es, daß, wenn kein Erbe vorhanden war, die Nachlassenschaft der Dorfgemeinde oder dem Dorfe, später dem Besitzer des Oberhofs anheimfiel.

Diese Einrichtung bemerkte schon Tacitus bei den Teutschen, daher keine Testamente; auch die alten, auf uns gekommenen teutschen Gesetze erhärten es sowohl von den gesessenen, als nicht gesessenen hörigen Leuten.

Leg. Rip. T. 57. §. 4. T. 58. §. 1. 4. (Walter c. 1. I. p. 180 ff.)

Si homo denarialis — libertus — tributarius — absque liberis decesserit, non alium, nisi Ecclesiam — fiscum — dominum suum haeredem habeat.

Auch Urkunden späterer Zeiten bestätigen dasselbe. In einer Urkunde der Münsterschen Beiträge von Kindlinger III. Bd. Nr. 102. heisst es:

— et habet Goswinus hanc curtem (in Elfedehusen cum sedecim mansis) cum omni emolumento hominum et haereditatum.

Ueber den Heimfall der ganzen Nachlassenschaft an die Besitzer der Oberhöfe, welchen meistens jure Schulteti oder Amtsweise die Verwaltung übertragen war, wurde aber auch oft vertragsweise etwas bestimmt.

Urkunde bei Kindlinger Gesch. der teutschen Hörigkeit. p. 514. u. 530.

art. 5. Ouch en sal Grunterve, dar des Hoves Lüde vom Hokarde ynne besterven, nicht an my vallen, noch an my Erven ind dar mede sal ich myn Vrowe van Essinde latin begaen.

Diese Verwalter misbrauchten oft das Schultenamt, besonders, wo dieses Amt ihnen erblich überlassen war oder wo sie Erbvögte über die, einem Kloster zugehörigen, Oberhöfe waren.

Urkde bei Kindlger c. l. N.7. §. 1.

Urkde eod. N. 14. p. 244.

— — quod eadem curia a tot militibus administraretur, quia hoc genus hominum raro suis contentum est, sed semper plus sibi commissis usurpare solet etc. —

Urkunde eod. N. 15. p. 248.

Urkunde eod. N. 53. p. 339.

Dieser Misbrauch führte daher genauere Bestimmungen, welche das mortuarium betrafen, herbei.

Urkunde eod. N. 44. Art. 1.

— — Item quando quis hominum in aliquo mansorum manentium morietur, totam haereditatem defuncti hominis sine contradictione cujuslibet integraliter, sicut est mos accipi, recipiet is conventus: si vero mulier morietur ibidem, exuvie sue cedent tantum conventui memorato eo jure per omnia, quo mulierum exuvie accipi consueverant, nisi quod nulla omnino animalia, pecora, pecudes vel jumenta pro exuviis exsolvantur.

Urkunde eod. N. 192. Art. 6.

Urkunde eod. N. 193. Art. 8.

Unde wanner dersulven hofhorigen Lüde welk verstervet, so sall de Erffraget nemen dat beste Perth edder Koe ofte eyn ander Clenode van den Besten etc.

Bisher wurde dargethan, wann die Hofgemeinde oder der Gerichtsherr die Nachlassenschaft erhielt. Allein ausser diesem so eben erörterten Falle, hatten, wenn selbst wirklich noch Verwandte des Erblassers

vorhanden waren, die aber schon dem Schutze der Gemeinde entwachsen, diese kein Recht mehr auf die Erbschaft; die Erben konnten in diesem Falle die Erbschaft nur bittweise erlangen und mußten deshalb an die Gemeinde den Sterbefall entrichten d. h. einen Theil von der Erbschaft.

Kindlinger Gesch. der teutschen Hörigkeit.

§. 34. nota c.

Waren aber Erben (Kinder oder in Ermangelung derselben die nächsten Verwandten) vorhanden, welche Glieder der Hofgemeinde des Abgelebten waren, so folgten diese in die Nachlassenschaft, mußten jedoch der Hofgemeinde eine Art Sterbefall, der dann mehr eine Erkenntlichkeit darstellte, entrichten.

Urkunde bei Kindlinger N. 181. Art. 8.

Oik wanner de hoffhorynge Lüde eyn stervet, so nemet de Voget das beste Perd eder andere Kley-node dat Beste: in dat andex Nalaet volget de Erve, des he hoffhorych sy. Is dar neyn Lyfferve, so nemet de Voget dat Guet.

Urkunde eod. N. 192. Art. 8. 9. p. 634.

— — dat wanner der hoffhoryge Lüde eyn verstervet, so nympt de Erffvoget dat beste Pert eder Koe, eder andere Cleynode dat Beste; ind dat beste Kleyt de Abt; ind leth de dode Man off Vrouw eyne hoffhorygen Lyfferven nae, de sall volgen synen Olderen in der Hoeve ind nagelatenem Gude.

Der Sohn, welcher dem Vater im Hofgute folgte, mußte dessen Tod anzeigen und mit Vorzeigung des

Kleides, welches sein Vater bei den Fest und Freudentagen der Hofgemeinde zu tragen pflegte, dessen Tod bewahrheiten.

Urkunde bei Kindlinger eod. N. 181. Art. 5. p. 605.

Ok wanner de hoffhoryngen Lüde eyn stervet, so soll syn neeste Lyfferbe des Doden overste Kleit brengen.

Nach Einführung der christlichen Religion war es besonders das Kleid, in welchem der Hausmann die Kirche besuchte oder die Märkte, die besonders bei Kirchenfesten gehalten wurden oder das Bierhaus, das wegen des Zulaufes auf Markttagen etc. daselbst entstanden war.

Urkunde bei Kindlinger N. 2. p. 221. Art. 4.

Si quis Censualis — obierit — omnis cultus vestimenti, quo vel ad opera vel ad ecclesiam procedere solebat, fratribus praesentabitur. — —

Urkunde eod. p. 349.

— — welkere sterbende syn sunder Erven, dey beste Cledere, dar sey mede plegen to gaen to der Kerken, to Markede, ind och wanner sey gengen in dat Beyrhuys, sol hebben de Provestynne der Kerken to Essende. —

Von diesem Kleide, welches symbolisch für das Hofgut genommen zu seyn scheint, wird angenommen, es sey der Gemeinde zugefallen. Diese aber liefs es von den neuen Hofwirth auslösen und der dafür entrichtete Preis machte die Erkenntlichkeit aus, welche die Gemeinde für die Einsetzung des jungen Hofwirths erhielt.

Kindlinger Gesch. der Hörigkeit. §. 32. nota c. bemerkt, daß bei den Oberhöfen Kastrup und Fro- linden, so wie an mehreren andern Höfen diese Ge- wohnheit noch bestehe und daß immer für die dabei zu entrichtenden Dokumente der Richter und Hofs- frone noch besonders bezahlt werden.

Später bestand der Sterbefall in der besten Habe oder dem besten Haupte (Besthaupt), wel- ches die Gemeinde meistens selbst wählte. (Kurmed von kühren d. h. wählen) Zählte man unter der nach- gelassenen Haabe auch Vieh, so war es das beste Stück der Gattung nach; wo nicht, so war es das beste Kleid.

Urkunde bei Kindlinger p. 223. N. 3. a.

— — Censum autem ultimum — — jus videlicet capitale, a viris decedentibus optimum equum, aut si equo carent, optimum caput pecoris — —

Urkunde eod. N. 6. p. 229.

Urkunde eod. N. 158. Art. 8. p. 547.

Item woer eyn Husherr eder eyn Hausfrouwe ver- stervet, dar solen de Heren eder er Amptlūde ne- men to Erve dat neeste Hovet dem alliebsten an Perden eder Koigen: en is dar nen levendlich Deer der vorgeskreven, so sal men vor dat Erve nemen dat beste Kleed.

Dieser Sterbefall ward aber nur von denjenigen Kindern verlangt, welche nach dem Tode ihres Vaters Erben waren. So lange sie einen Theil ihres väterli- chen Hauses ausmachten, wurde kein Sterbefall bezo-

gen, auch nicht einmal, wenn sie verheirathet waren und bei ihren Eltern gewohnt hatten.

Urkunde eod. N. 20. a. b. art. 10. p. 258. 261.

Item homo ecclesie si filios aut filias secum conjugatos habet, et si ipsorum aliquem, quamdiu cum patre vel matre commanserit, mori contigerit, Ecclesia de ipsis Curmedam non habebit.

Spätere Habsucht bezog auch von erwachsenen und manubaren Kindern den Sterbefall; ja selbst auf die Frauen der gesessenen Hofleute wurde es ausgedehnt.

Urkunde eod. Nro. 116 p. 460.

— — de femina defuncta vestis sua melior, de viro autem defuncto melius mobile, quod in morte reliquerit, nobis dabitur.

Urkunde eod. Nro. 150. p. 521.

Filii etiam puberes solvunt certum quid, si moriuntur.

Der Sterbefall hatte, seinem Ursprunge nach, wohl nur bei den gesessenen Hof- oder Gemeindegliedern Statt, d. h. bei denen, welche Grunderbe vom Wehre in der Gemeinde besaßen. Er wurde aber auch auf die nicht gesessenen Hofhörigen Leute ausgedehnt, wenn diese aus dem väterlichen Hause traten, auch in keiner andern Haushörigkeit mehr standen und so aus der Vormundschaft ihres Vaters oder ihres Hausherrn in die der Hofgemeinde getreten waren. Solche nicht gesessene Leute waren anfangs ledige Leute, d. h. solche, welche außerhalb dem väterlichen Hause lebten und deswegen Losungen, *emancipati, non conjugati* hießen.

Urkunde bei Kindlinger eod. Nro. 42. p. 313.

— — et hominibus, qui vulgariter Losjungere
sew Enlouckelode vocantur — —

Urkunde eod. Nro. 56. p. 345.

— — hominum singularium, qui nulla adhuc ma-
trimonia contraxerunt. —

Später rechnete man auch solche dahin, welche
verheirathet waren und ihre eigene Wirthschaft trie-
ben, ohne Grunderbe zu besitzen. Man nannte sie
Einläufige, unwehrige Leute, homines singulares, so-
livagi etc.

Kindlinger Gesch. d. teutschen Hörigkeit. §. 17.

Der Sterbefall ward in natura bezogen; er konnte
aber auch gelöset werden. Jedoch stand die Löse
(redemptio) bei der Hofgemeinde, später beim Hof-
richter oder dem Hofherrn.

Urkunde bei Kindlinger c. l. N. 8. p. 234.

— — et post terminum hujus vitae pretiosissimam
vestem vel solidum denariorum.

eod. Nro. 20. p. 259.

Item homo ecclesie, si heredium dat villico, ser-
viet vel duobus solidis servitium redimetur.

eod. Nro. 181. art. 5.

eod. Nro. 195. p. 694. art. 16.

und will dan der Heer off Scholtifs, so mag sie
dat schetzen op ein glimplich redelich Geldt, und
dat Gelt dar vor nehmen mit Gnaden.

Bei den unwehrigen oder ungesessenen Leuten
scheint die Löse Regel gewesen zu seyn.

Urkunde eod. N. 195. p. 650. Art. 17.

— — wer

— — wer idt aber Sacke, dat sie gein Quick noch Vee en hedden, so sall und ist gefallen dem Herrn off Scholtifs von des Maafs wegen vier alde Guldenschild, von der Vrouwen drie alde Guldenschild mit Gnaden: ind einen iglichen Schild mag man afflegen mit anderhalven overlendischen rein-schen Churfürsten Gulden ind einen alden Engels, oft dat Werdt dair vur mit Gnaden.

eod. Art. 18.

Alles, was bisher vom Sterbefall gesagt wurde, betraf blos die hörigen Leute. Allein in der Folge der Zeit, wurde der Sterbefall auch von nicht hörigen Leuten entrichtet d. h. von solchen, welche freie Hände an den Hofgütern hatten. Es geschah nämlich schon im zwölften Jahrhundert, ja noch früher, daß Hofgüter, die der Urverfassung nach nur von Hörigen aus derselben Gemeinde besessen werden durften, in nicht hörige oder in freie, sowohl weltliche, als geistliche Hände kamen. Auch diese mußten nun den Sterbefall entrichten und der Vorsicht halber wurde oft ausdrücklich ausbedungen, daß die Erben aus des Verstorbenen Nachlaß das Besthaupt verabfolgen sollten. Dieser Sterbefall wurde theils in natura erhoben oder oft auch ein Stück Geldes dafür entrichtet.

Urkunde bei Kindlinger N. 62. p. 361.

in welcher die Tochter eines Bürgers in Dortmund, an dem bei Dorstfeld gelegenen und in dem Oberhofe Hukarde gehörigen Hofgute freie Hände erhalten.

— — Persona vero, que hiis secundis succedet in

dictis bonis — mancipium erit curtis dictae, et eundem mansum aquirat, cum quo et se ipsam per omnia tenebit secundum jus et consuetudinem curtis praedictae et mancipiorum ipsius.

eod. N. 63. p. 363.

— — In morte vero mea una marca monasteriensium denariorum, et in obitu uxoris mee una similiter marca — — — a meis heredibus persolvetur.

eod. N. 76. p. 385.

eod. N. 104. p. 447.

eod. N. 139. p. 501.

Und wanner ich dort byn, zo zalen myne Erven von mynen Gude geven — — eyne Mark Peenynghe also to Monstere genghe und geve zyn vor twe Erwe, wante ich na den Guden nicht huldych und horych en byn.

eod. N. 172. lita. p. 581.

eod. N. 184. b. p. 618.

— — und dann sollen auch syne Erben unfs — — geven nur eyne Erffdeylanghe eyne gude halve Mark essendisch, want hie nyet huldich, noch hoerich en ist. —

Unter der in diesen Beweisstellen vorkommenden Erffdeylangh (Erbtheilung) wird offenbar der Sterbfall verstanden.

Kindlinger Geschichte der Hörigkeit §. 37.

Eben so wie freie Hände den Sterbfall zu entrichten hatten, kam auch und nicht selten bei Dienstleuten ein mortuarium vor.

Eichhorn Rechtsgeschichte T. II. p. 588.

Bamberger Dienstrecht (aus dem 11. Seculo)
bei Eccard script. rer. Germ. Tom. II. p. 102. Pro-
ximus agnatus defuncti lorium suam vel equum,
quem meliorem habuerit, domino suo offerat et
beneficium cognati sui accipiat.

Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich haupt-
sächlich als Resultat, daß das Recht, den Sterbefall
zu ziehen, der Hofgemeinde oder dem Oberhofe zu-
stand. Es bleibt daher noch übrig, im allgemeinen
zu zeigen, wie dieß Recht nach und nach auf unsere
Gutsherrn überging. Zu diesem Behufe müssen wir
rekuriren auf eine Angabe, die schon oben aufgeführt
wurde, nämlich auf die, daß der Sterbefall auch bei
nicht gesessenen hofhörigen Leuten Statt fand, welche
besonders Losjungen oder Einläufige genannt wurden.
Dieser Begriff umfasste später alle diejenigen Leute,
welche in keinem Hofverbande mehr standen, gleich-
viel, ob sie einen Hof besaßen oder nicht und daher
Sonderleute genannt wurden.

(Ueber ihre Entstehung sihe §. 4.) Diese waren
nun theils gesessene, theils nicht gesessene.
Letzre waren Kinder der gesessenen Sonderleute oder
stammten doch davon ab, waren theils Knechte und
Mägde, theils verheirathete Leute, welche sich häus-
lich niedergelassen hatten und hinsichtlich ihrer Nie-
derlassung zu den Einwohnern der Städte und Dörfer
oder zu den Hüttnern gezählt wurden. Dieß Ver-
hältniß der Abhängigkeit bezeichnete man mit dem
Namen der Eigenhörigkeit d. h. der nicht gesessene

Sondermann gehörte bloß dem vereinzelt Sondergute und dessen Eigenthümer zu, statt daß er sonst dem Hofgute und mit diesem dem Oberhofe, wohin es dingpflichtig war und der Hofgemeinde zugehört hatte.

Urkunde bei Kindlinger N. 149. p. 519.

— — und ergeben mich yn immer und ewiglich, — — zu rechter Eygenschaft, daz ich ire recht eygen, angehörich arme Mann soll seyn.

Von diesen eigenhörigen bezog nun der Sonderherr den Sterbefall oder ein Besthaupt, Kurmed etc. bei seinem beerbten Sterbfalle d. h. wenn er Kinder nach sich ließ, wie es schon in dem Hofrechte enthalten war.

Kindlinger Gesch. der teutschen Hörigkeit.
p. 57. lit. d.

Aber auch von den gesessenen, selschaften oder begüterten Sonderleuten ward dieß Besthaupt bezogen. Beide wurden aber von Seite der Sonderherrn in der Folge der Zeit gleich behandelt und in drückende Verhältnisse gebracht. Auf diese Weise hatten sich aus diesen eigenhörigen, leibeigenhörigen, leibeigene gebildet, welche besonders in Westphalen am meisten vorgekommen und auch dort den grellsten und schroffsten Gegensatz bildeten. Bei diesen Leibeigenen fand nun nebst anderen Diensten und Lasten insbesondere auch der Sterbefall statt, als das Recht des Leihherrn eine pars quota aus dem Nachlasse des Verstorbenen zu wählen.

Eichhorn Priv. R. p. 206. N. IV.

Es gab auch hier verschiedene Namen: Kurmede, Besthaupt, Fallrecht, todte Hand, Baulebung, Besthaupt, Buttheil; auch Todtlaib, Todtlaid.

Monum. boica. II. N. 173. p. 29.

— — sein Zins zu rechter Dienstzeit fuderlichen einbringen mit aller der Gült, die von alter meinem egenannten Herrn und sein Gottshaus angehört, an umb die todlaib, da will ich nicht zu schaffen haben.

eod. IV. N. 55. p. 378.

— — sy sullen auch das benant halb Gut zu allen Zeiten stiftlich und pawlichen legen und halten, davon wir unser Todtlaidt haben sollen.

Oft ist auch in Urkunden Buttheil und Besthaupt getrennt.

Guden Cod. diplom. II. p. 46.

Si quis etiam ex eis, qui extra familias ecclesie nupserint, forte morietur, divisionem substantie, quod Buteil dicitur, et primogenitum, quod Besteheubt dicitur, Ecclesia recipiet. — —

Oft war es nur ein einzelnes Stück, welches der Leibherr empfing oder wählen durfte; bald auch ein quoter Theil, den der Leibherr mit den Ehegatten und Kindern zu theilen hat.

Osnabrückische Eigenthumsordng. VI. 1. 3.

Der Sterbefall ist der halbe Erbtheil der beweglichen Güter, so von denen im Eigenthum Verstorbenen nachgelassen, auch an die Gutsherrn dem Herbringen nach verfallen sind, und nach Belieben der Gutsherrn aufgezogen, oder auf

ein gewisses Geld verdungen wird. — Die andere Halbscheid solcher Mobilien verbleibet aber dem übergebliebenen Ehegatten so lang, bis er gleichfalls mit Tod abgeht, alsdann erbet der Gutsherr ferner.

Münstersche Eigenthumsordng. II. 8. 2.

Es verbleibet die andere Halbscheid — dem überlebenden Ehegatten; und wann — dieser ohne Hinterlassung von Leibserben mit Tode abgeht — ist das ganze Pekulium nach Abzug der Schulden dem Gutsherrn mit Ausschluss der nächsten Verwandten und Erben ab intestato verfallen.

Diese Abgabe, sofern sie aus der Leibeigenschaft stammt, lag also auf der Person des Verpflichteten. (Personallast) Der Grund lag in dem Rechte des Herrn an der Person. Nach aufgehobener Leibeigenschaft, wobei der Leibeigene doch das Gut behielt, haftete diese Last häufig als Reallast auf dem Gute.

Buri von Bauergütern p. 817.

Struben de mort. onere reali in dessen observ. jur. et hist. Germ. Nro. VIII.

Ja selbst bei persönlich freien Bauern kann diese Reallast vorkommen, weil, wie schon oben gezeigt wurde, auch von nicht hörigen d. h. freien Händen das Besthaupt entrichtet wurde. Ein gültiger Schluss von dieser Abgabe auf Unfreiheit ist daher keineswegs zu machen. In der neusten Zeit wurde in vielen Ländern das mortuarium als eine mit der Leibeigenschaft zusammenhängende Abgabe theils mit, theils ohne Entschädigung aufgehoben.

In Baiern: Gesetz v. 31. Aug. 1808.

im ehemaligen Westphalen: Ges. v. 12. Dezbr. 1808. u.

im Bergischen v. 9. Dzbr. 1811.

In Oestreich Aufhebung durch Kaiser Joseph. Ges.

v. 20. Dzbr. 1782.

Württemberg. Verf. Urkde. II. §. 35.

In Hessen Gesetz vom 25. Mai 1811. (bei Eigenbrod

hess. Vdg. III. p. 223.)

Preuss. Ges. v. 25. Septbr. 1820. §. 9.

§. 21.

b) Zins.

Zinsen sind alle Abgaben, die als Reallast auf einem Bauerngute haften, sofern sie nicht nach der heutigen Verfassung als Steuern betrachtet werden müssen.

Eichhorn Priv. Recht §. 252.

Schon in den ältesten Zeiten fehlte es nicht an Gründen, welche die Entrichtung eines Census, als eine auf Grund und Boden ruhende Last zur Pflicht machten. So übten in den römischen Provinzen die königlichen Beamten die Hoheitsrechte des fränkischen Königs aus und foderten diesem gemäß von den Römern die alte römische Grund und Personensteuer (census), welche freilich nicht so viel eingetragen haben mag, als der römische Kaiser zog, da die Franken das römische künstliche Finanzsystem fortzuführen nicht im Stande waren.

Dieser Census erhielt sich sehr lange bei den Gütern und Personen, bei welchen er hergebracht war.

Caroli M. Cap. II. a 805. Cap. 20. (Walter corp. jur. II. p. 207.)

Selbst einige Franken mußten diesen Census zahlen, der doch eigentlich nur den Römern gegolten hatte.

Caroli Calvi. Capit. T. 37. Cap. 8.

Eichhorn Rechtsgesch. I. p. 401. und nota I.

Es kam auch der Ausdruck Census von Leistungen vor, welche nicht nur an den König, sondern auch an den Grundherrschaften geschahen und also mehr eine privatrechtliche Bedeutung hatten.

Capit. a. 789. cap. 16. (Walter c. I. II. p. 107.)

Et hoc Christo propitio placuit, ut, undecunque census aliquid ad fiscum pervenerit etc.

Capit. III. a. 812. cap. 10. (Walter c. I. II. p. 254.)

Ut missi nostri census nostros — — perquirant etc.

Capitulare a. 864. T. 36. cap. 30. (Walter c. I. III. p. 131.)

— — et hac occasione sic destructae fiunt villae, ut non solum census debitus inde non possit exigi, sed etiam — —

Dieser an den Grundherrschaften zu entrichtende Zins bestand auch größtentheils in Naturalien: als Korn, Bier, Brod, Hühner, Schweine etc.

Capit. de villis. Cap. 43. (Walter Corp. jur. p. 137.)

Capit. de villis. Cap. 38. (eod. p. 136.)

Besonders häufig und in verschiedener Gestalt kam dieser Zins vor nach entstandener Leibeigenschaft,

aus welcher ein zahlreiches Geschlecht neuer Auflagen und Verbindlichkeiten entsprang; namentlich die in Geld und Naturalien zu leistenden Leibespflichten, deren unterscheidendes Kennzeichen darin besteht, daß sie ursprünglich nicht auf dem Gute, sondern auf der Person des Leibeigenen hafteten und später mit Aufhebung der Leibeigenschaft größtentheils auf die Güter gelegt wurden. Sie bestanden besonders in der Entrichtung eines Huhns, welches ein vorzügliches Zeichen der Leibeigenschaft ist und unter den mannichfaltigsten Namen: Bubenhühner, Fastnachtshuhn, Halshuhn, Haupthuhn, Leibhuhn vorkommt. Die Geldabgaben heißen Leibgeld — Leibbede — Leibschilling — Leibpfenning — Leibzins.

Eben so mußte der Schutz, den jemand genoß, durch das äußere Zeichen des Census anerkannt werden. Es mußten daher oft Eingesessene eines ganzen Bezirks (z. B. Einwohner einer Pfarrei) den Zins bezahlen.

Lang regesta. II. p. 118.

A. 1221.

Notitia de obligatione omnium hominum utriusque sexus intra Parochiam Staffelse, qui ad annos discretionis (quindecimum completum) pervenere singulis videlicet, annis in festo Michaelis ad altare ejusdem unum denarium, in testimonium libertatis, deferendi; — Datum Staffelse VIII. Id. (6) Aprilis.

So wurde auch von den Kirchen und Klöstern dem Pabste zum Zeichen eines besondern Schutzes, worin er sie genommen, ein Zins bezahlt.

Cap. 8. X. de privileg. (5, 33.)

— — quod annuatim apostolicae sedi census exsolvunt....

Oft auch dafür, daß sie der ordentlichen Jurisdiktion des Bischofs entzogen und der des Pabstes unterworfen wurden.

Cap. cit.

— Inspicienda sunt ergo ecclesiarum privilegia, ut, si fuerit deprehensum, quod ecclesia, quae census solvit, specialiter B. Petri juris existat, et ad indicium perceptae libertatis census annuus conferatur, non immerito poterit speciali praerogativa gaudere.

Ein Zins wurde auch den Bischöfen von denjenigen Kirchen entrichtet, welche durch die Gewalt der erstern dem weltlichen Arme entzogen und blos unter geistlichen Schutz gestellt wurden.

Cap. 9. X. de censibus (3, 39)

Unter die Kategorie dieses Schutzverhältnisses gehört auch derjenige Zins und die Abgiff, welche die Recommendati denjenigen, deren Schutz sie sich ergeben hatten, bezahlten.

Du Fresne sub vi commendati (Ranfredi ordo judic. Tit. de villaris).

Volo esse tuus recommendatus, ut habeamus tuam defensionem annis singulis, et serviam in Pascha vel in Natali duas gallinas, vel libram piperis vel aliquid aliud.

Nicht weniger findet man Entstehungsgründe von Census in der Gerichtsverbindung oder in alten Vogteiverhältnissen. Dahin gehören besonders

Zinse, welche wohl bei Leibeigenen vorkommen, aber mehr eine bildliche Bekenntniß der Befugniss desjenigen andeuten, dem sie entrichtet werden z. B. Gauhühner, welche dem Vogt oder Grafen zum Bekenntniß, daß man zu seinem Gau gehöre, geliefert werden; Heerdhühner, welche von jedem Haus oder Heerde zur Bekenntniß der Gerichtsherrschaft oder auch der Hörigkeit gegeben werden; Rauchhühner, die von jedem Rauchfang, das ist, Haus gelöst werden; Vergehhühner so viel als Bekenntnißshühner, von — vergehen — bekennen; Vogthühner zum Bekenntniß der Gerichts- oder Vogtherrschaft. Ein besonders häufig vorkommender Zins war derjenige, womit die Vogteirechte von denjenigen anerkannt werden mußten, über welche die Kirche das Schutzrecht hatte. Daher die Verpflichteten Wachszinsige (*cerocensuales*) hießen. Eben so häufig wurde denjenigen, die sich auf Grund und Boden eines Andern ansiedelten, ein Grundzins auferlegt. (*Census areae*).

Wersebe über die niederländischen Colonien. I.
p. 360.

Ludewig rel. M. S. Tom. V. pag. 3.

— — Et ligna revehantur ad quoslibet usus sine thelonei exactione, remittentes etiam censum arearum, qui dicitur Wuntpenninge in omnibus curiis eorum in platea sancti Nicolai positus etc.

und bei Verleihung von Rechten war es gewöhnlich, als ein Bekenngeld einen Zins aufzulegen. Besonders Holzhühnerzins für die Erlaubniß Leseholz zu sammeln, im Walde zu grasen; Laubhühnerzins für die

Erlaubnißs Laub und Streu zu sammeln; Weidehühnerzins für die Erlaubnißs der Weide; Bubenhühnerzins, als Zins für Kinder, die zum zweitenmale zum heiligen Abendmahle gehen, nach

Spießs Archivische Nebenarbeiten I. p. 53.

Vorzüglich wurde ein solcher Zins für Weide- und Holzrechte verabreicht.

Geöffnete Archive für Baiern. IIter Jahrgang
6tes Heft p. 176.

— — Census dandus de animalibus pascendis in foresta prenotata.

Nota quod Rustici in Klausperch pro eo, ut in foresta praedicta possint sua peccora alere et colligere arida ligna ad cremandum. Dant circa festum Johannis baptiste XXX. solidos hallensium.

So hat auch laut der Urkunde de A. 1210. apud Guichenon in Bibliothec. Seb. Cent. I. n. 6. p. 38. edit. Hoffmann ein Burgensis für vier Fleischbänke einen jährlichen Zins zahlen müssen:

Octo solidos censuales, in Abbatis villa annuatim accipiendos a Firmino de Sernapont, Burgense meo et ab heredibus ejus de quatuor stallis carnificum, quae praedictus Firminus de meo tenebat.

Auch behielten die sogenannten oblati et donati, welche sich und das Ihrige den Klöstern gewidmet hatten, ihre Güter noch in Händen und zahlten bis zum dereinsigen Heimfall bloß einen jährlichen Zins.

du Fresne sub v. oblati enthält eine Urkunde de A. 1209.

— — Praeterea — — — singulis annis ad festum Nativitatis Domini praefatae Domui Templi et fratribus 100 sol. Guill. pro recognitione hujus donationis dare promitto.

Bei Vertauschungen, um beider Antheile gleich zu machen, versprach bisweilen die eine Parthei der andern einen jährlichen Zins herauszugeben. In einer Urkunde de A. 1244 wegen eines Austausches in

Bibliothec. Seb. c. 1. N. 98. p. 179. steht zuletzt:

Quatuor si quidem libras annuae pensionis Gebennensis monetae dederunt adhuc Abbas — — et assignaverunt eas reddendas in perpetuum apud Arbosium.

Im Mittelalter war ferner ein Vertrag besonders gebräuchlich, wornach Einer dem Andern eine Summe Geldes vorschoss und sich dagegen auf dessen Gut einen jährlichen Zins verschreiben liefs. Man nannte einen solchen Vertrag: Rentenkauf, Gültenkauf. Das kanonische Recht hatte zwar jedes direkte Zinsversprechen verbothen.

Can. 1. C. 19. Quaest. 3.

Cap. 1. 4. 6. 8. 10. X. de usuris.

Allein auf diesen Vertrag bezog sich sein Verboth nicht und diefs mag auch seinem Gebrauche Eingang verschafft haben, ohne dafs man ihn für absichtlich ersonnen (*mutuum palliatum* um jene Verbothe zu umgehen) zu halten braucht. Seit dem 14. Jahrhundert näherte sich der Rentenkauf dem Darlehn mit hinzugefügten Zinsversprechen bis auf den einzigen

Punkt, daß nur der Schuldner kündigen konnte.
(census redimibilis)

Es konnte aber auch ausbedungen seyn, daß der Zins nicht sollte abgelöst werden (census irredimibilis). Ueberhaupt aber wird ein solcher Zins, weil ihn derjenige, dem er ausgezahlt wird, auf ein Gut setzen läßt, worüber ihm vorher kein Eigenthum zugestanden ein aufgelegter Zins (census constitutivus) genannt. Beispiele eines solchen Zinses liefert Urkunde de Anno 1483 ap S. F. Hahn Collect. Monument. I. p. 115.

Wy de Rad tho Eymbecke bekennet . . . dat wy . . . hebben verkoft, unde verkopen . . . vor zwey hundert . . . Rynische Gulden . . . festeyn Pund Penige . . . yerlicher Rente pflichtlich to gewende von unser Capellen unde Schotkamern . . . unde andern . . . reidesten Gütern . . . doch hatten wy uns, unde allen unsern Nachkommen sulle Macht hierin behalden, dat wy de vorgeschr. festeyn Pund yerlicker Renthe vor tweyhundert . . . Rynsche Gulden mogen wedder affkopen, tho allen wan wy willen, defs wy one dat erst verkundigen . . . eyn verdel Jares tavorn.

Urkunde de A. 1456 bei Senkenberg select. Jur.
et Histor. Tom. II. p. 704.

enthält mehrere solche ablösliche Zinsen.

Im Gegensatze dieses aufgelegten Zinses aber hat sich ein anderes Zinsverhältniß: der vorbehaltene Zins (census reservativus) gebildet. Dieser kömmt am

häufigsten bei den Bauergütern vor. Seine erste Veranlassung entspringt, wie sich schon aus dem bisherigen ergibt, aus der Hörigkeit und dem Schutzverhältnisse.

Eine bestimmte Grundlage aber erhielt er durch verträgliche Verhältnisse und besonders durch die Norm der seit dem 15. Jahrhundert eingeführten Grund- und Lagerbücher. Es ist also derjenige Zins, welchen bei Verkaufung oder Ueberlassung eines Guts der Eigenthümer, etwa zum Zeichen seiner ehemaligen Herrschaft oder aus andern Ursachen sich vorbehält.

Urkunde de A. 1252. bei S. F. Hahn Collect. Monument. T. I. p. 259.

Dei Gratia Comes in Danneberg — nos — civibus de Rorberge villam nostram jure hereditario vendidimus pro XXXVI marcis argenti — — ita videlicet, quod de duodecim mansis ejusdem villae duodecim cori silignis et duodecim solidi levis monetae nobis dabuntur annuatim.

Eine besonders häufig vorkommende Art dieses Zinses ist der Erbzins, obwohl aus dem letzten Worte nicht nothwendig ein Schluss auf Obereigenthum zu machen ist. Der erbliche Besitz in einem solchen Falle wird gewöhnlich in den Rechtsbüchern in Bezug auf den Besitzer so ausgedrückt: der zu dem Gute geboren ist d. h. der ein Erbzinsgut hat.

Sachsenspiegel II. 59.

Schwabenspiegel Cap. 339. 344.

Es gab aber auch ein anderes Verhältniß, wonach der Eigenthümer sein Gut auf Willkühr oder

unbestimmte Zeit an jemanden um einen jährlichen Zins (schlechtweg so genannt) verpachtete; ein solches Gut wird dann insbesondere Zinsgut und das Verhältniß Zeitpacht genannt. Bei diesen Verpachtungen hat der Besitzer kein eigentliches Erbrecht und es steht daher dem Herrn frei, ihm das Gut nach Belieben wieder zu nehmen. So lange aber der Herr das Gut nicht auf sagt, bleibt es bei dem Besitzer und seinen Erben.

Sächs. L. R. II. 89.

„Will ein Herre wiesen seinen Zinsmann von seine Gute, der zum Gut nicht geboren ist, daz sal her ime kündigen zu Lichtmessen. Dizzelbe sal der man thun, ob erz lant lazen will. Stirbt der Zinsmann des Herrn, sin Erbe tritt an die Stat und gilt als jene solde.“

Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich als Resultat, wie verschieden der Zins sowohl seinen Namen, als auch seinem Ursprunge nach ist; daher bei Beurtheilung des Zinsverhältnisses nebst den Gewohnheiten und dem Herkommen des Landes besonders auch die besondern Umstände des Guts, über dessen Eigenschaft gestritten wird, zu Rathe zu ziehen sind.

§. 22.

c) Zehnt.

Unter Zehnt versteht man diejenige Abgabe, welche in einem und zwar gewöhnlich im 10. Theile der Früchte bestehend, von einem Gutsbesitzer als reale Last an Andere geleistet wird.

Schon

Schon das römische Recht kennt ein Zehntrecht unter dem Namen *decumae*, welches durch eine *actio in personam* verfolgt wird.

Cic. in Verrem 3. Cap. 10 und 13.

Quantum oratorem *decumae* dare oportere.

Bei den Teutschen findet sich vor Carl dem Großen kein allgemeines Gesetz über die Zehnten. Erst die Römer brachten sie nach Teutschland durch das Erbzinsrecht. Bei den Römern nämlich galt die Sitte, die *agros vectigales* Anderen unter den Bedingungen zu überlassen, daß der 10te Theil der Früchte davon an den Staat bezahlt wurde. Dieß bezeugt Appianus de bello civili cap. I. pag. 353.

Romani nunchos, nuncillos Italiae populos superando aut subjiciendo partem agri illis auferebant. — — Agri igitur, quod cultum erat, colonis fere assignabant; quod incultum, ut multa per bellum, id aliis cupientibus elocabant, parte decima fructuum sibi retenta in agris sativis.

Diese *agri vectigales* sind aber dasselbe, was die Emphyteutikarischen Grundstücke sind wie aus dem Titl. Dig. si ager vectigalis, id est, emphyteuticarius petatur erhellet. Daß aber auch die Teutschen diesen Tribut eingeführt haben deutet schon Tacitus de mor. Germ. Cap. XXIX. in den Worten an: qui *decumates agros* exercent und daß er hier besonders das von den Römern auf teutschen Boden gekommene Institut meine, lehren die folgenden Worte: *sinus imperii et pars provinciae habentur*. Besonders aber haben die Franken am meisten römische Institute unter sich

aufkommen lassen und es ist daher auch höchst wahrscheinlich, daß sie in den eroberten gallischen Provinzen den Zehnt eingeführt haben. Nach Anleitung des künstlichen römischen Finanzsystems wurde nun dieser Zehnt theils als Steuer von den unterjochten Landeseingebornen an den König entrichtet oder durch die größern Gutsbesitzer von den Hintersassen erhoben und selbst die Könige zogen auf ihren Domänialgütern den Zehnt, der bei den damaligen geldarmen Zeiten den Canon emphyteuticus recht gut vertreten konnte. So war also schon in den ältesten Zeiten ein weltlicher Zehnt vorhanden und die Behauptung, daß Zehnten bloß geistlichen Ursprungs sind, ist daher falsch. Zwar hat die Kirche dieses Recht als auf göttlichem Gebothe beruhend mit Berufung auf die jüdischen Leviten allein und ausschließend geltend machen wollen. Allein ihre Versuche, wie sich aus dem folgenden ergeben wird, mißlangen und die Berufung auf die jüdischen Leviten ist unhaltbar, indem diese nicht Geistliche, sondern vielmehr Gelehrte aus allen Fakultäten waren, durch Geburt dazu bestimmt, sich den Wissenschaften zu widmen und daher so reichlich besoldet.

Michaelis Mos. Recht I. p. 220. *)

*) Es liegt in diesem Beispiele aus der ältesten Vorzeit eine schöne Hinweisung auf die hochwichtige Pflicht des Staates und besonders seines Regenten, Wissenschaften und Künste zu beschützen und vom heiligen Eifer fürs Wahre und Schöne beseelt ihren Flor zu vermehren.

Es gab daher niemals ausschliessend einen geistlichen Zehnt und immer bestand neben demselben der Weltliche. Aus diesem Grunde gebrauchen schon die Capitularien der fränkischen Könige die Ausdrücke *nonae et decimae* und verstehen unter ersteren die Grundabgaben an den Gutsherrn, unter letzteren die an die Kirche.

Capit. a. 794. cap. 23. (Walter c. j. II. p. 118.)

Capit. a. 829. cap. 5. (Walter c. j. II. p. 380.)

In solchen Fällen war das Grundstück meistens

Ein erhabenes und großmüthiges Beispiel giebt in neuester Zeit Baierns großgesinnter und erhabener König Ludwig, welcher selbst eingeweiht in den Geist der Wissenschaft zur Vervollkommnung und Erweiterung derselben alles aufbiethet.

Er ist der edle Stamm, unter dessen duftenden Schatten die Völker glücklich ruhen; unter seiner Regierung dämmert die Hoffnung einer goldnen Zukunft, steigt der Staat empor im verjüngten Flore und gleich herrlich und schön blühen die Wissenschaften und Künste, welche er mit königlicher Großmuth und liberalem Kostenaufwande in Schutz nimmt. Nur beschränkte, unempfindliche, für alles Schöne erstorbene Kreaturen, die in ihrer ängstlichen Befangenheit lieber für den Magen, als für den Geist sorgen, können über ein so wahrhaft königliches Benehmen, eine so weisse und doch liberale Oekonomie ihren niederen Aristarchentadel erheben, der ein eben so sprechendes Beispiel ihrer Unwissenheit, als das lebendigste Zeugniß ihres scheelen Neides ist.

einem doppelten Zehnten unterworfen, wovon der eine der Kirche, der andre dem Gutsherrn gehörte.

Capit. Ludov. Pii a. 829. cap. 10. (Walter c. j. II. p. 581.)

De illo qui agros dominicos propterea neglexit excolere, ut nonas et decimas exinde non persolvat, et alienas terras ad excolendum propter hoc accipit, volumus ut de tribus annis ipsam nonam et decimam cum sua lege persolvat.

Letzterer wurde als der neunte Theil (nona) der Früchte, die nach Abzug des erstern übrig blieben, berechnet, was dasselbe Resultat giebt, als ob man vom Ganzen zwei Zehntheile abzieht. Die Kirche selbst hatte Güter auf diese Weise ausgethan oder auch in ihrem Namen der König, jedoch so, daß die doppelte Abgabe an die Kirche selbst fiel.

Walter Kirchenrecht p. 432. nota i. k.

Capit. Pipin. a. 755. c. 4.

Ut illi homines qui res ecclesiasticas per verbum Domini Regis tenent, sic ordinatum est, ut illas Ecclesias unde sunt, vel illas domos episcopii vel monasterii cujus esse noscuntur, juxta quod de ipsis rebus tenent, emendare debeant, et illas census vel illas decimas ac nonas ibidem dare pleniter debeant.

Capit. Reg. Franc. L. 1. c. 157.

Ut qui Ecclesiarum beneficia habent, nonam et decimam ex eis, Ecclesiae cujus res sunt, donent.

Dieser kirchliche Zehnt, neben dem, wie dargethan, auch der weltliche vorkam, bestand ursprüng-

lich nur aus freiwilligen Beiträgen und Oblationen der Gläubiger, als Früchte, Aehren, Trauben, Oel, Weihrauch, welche von dem Diakonus im Vorhofe empfangen und auf den Altar gelegt wurden: ausserdem übergab man auch Wein, Brod und andere Lebensmittel dem Bischof in seiner Wohnung zur Vertheilung an die Geistlichen, besonders aber auch zur Verpflegung der christlichen Gefangenen. Es war also kein bestimmtes Maafs festgesetzt bei diesen Abgaben, sondern jeder gab soviel er konnte und wollte, wie auch Tertullian *apolegetic. Cap. XXXIX.* sagt:

Neque pretio ulla res Dei constat. Etiam si quod arcae genus est, non de oneraria summa quasi redemptae religionis congregatur. Modicum unusquisque stipem menstrua die vel cum velit et si modo velit, et si modo possit, apponit. Nam nemo compellitur, sed sponte confert. Haec quasi deposita pietatis sunt.

Der Name Zehnten wurde ihnen nur willkürlich beigelegt und gründete sich hauptsächlich auf Nachahmung der jüdischen Einrichtungen, wie aus der *Epist. I. Cyprian. (Edit. Oxon.)* erhellt:

Quae nunc ratio et forma in clero tenentur, ut qui in ecclesia domini ordinatione clerica promoventur, in nullo ab administratione avocentur, nec molestiis et negotiis secularibus alligentur, sed in honore sportulantium fratrum, tanquam decimas ex fructibus accipientes, ab altari et sacrificiis non recedant, sed die ac nocte coelestibus rebus et spiritualibus serviant.

Nach und nach durch Bemühung der Geistlichkeit ging dieser Zehnt in eine regelmässige Last über. Schon im Jahre 567 ermahnten auf der Kirchenversammlung zu Tours die frommen Väter die Gutsbesitzer, sie möchten doch dem Exempel des Abrahams folgen und den Zehnten von allen ihren Sachen in den Schoofs des Melchisedechs schütten.

Epist. Episcop. Prov. Turon. ad plebem missa bei
Labbe Concil. T. VI. p. 550.

Illud vero instantissime commonemus, ut Abrahae documenta sequentes, decimas ex omni facultate non pigeat Deo pro reliquis, quae possidetis, conservandis offerre: — — Ergo si quis in Abrahae conlocari vult gremio, ejusdem non repugnet exemplo: et solvat eleemosynae pretium, quisquis optat regnare cum Christo.

Auf der Kirchenversammlung zu Maçon a. 585 foderten sie schon in einer stärkern Sprache vermöge eines göttlichen Geboths.

Conc. Matiscon. II. a. 585. c. 5.

Leges itaque divinae — omni populo praeceperunt decimam fructuum suorum locis sacris praestare. Quas leges Christianorum congeries longis temporibus custodivit intemeratas. Unde statuimus ut mos antiquus a fidelibus reparetur, et decimas ecclesiasticis famulantibus ceremoniis populus omnis inferat, quas sacerdotes aut in pauperum usum, aut in captivorum redemptionem praerogantes, suis orationibus pacem populo et salutem impetrent.

Jedoch erst im Jahre 779 erschien durch Carl dem

Großen eine allgemeine Gesetzverordnung, welche auf göttliche Vorschrift gegründet für die Kirche höchst vortheilhaft war. Durch diese Verordnung wurde die Zehntpflicht, als allgemein erklärt.

Capit. Caroli. M. a. 779 C. 7. (Walter c. j. II. p. 59.)

De decimis, ut unusquisque suam decimam donet, atque per jussionem Pontificis dispensetur.

Capit. Francofurd. a. 794. c. 23.

— — Et omnis homo ex sua proprietate legitimam decimam ad ecclesiam conferat. Experimento enim didicimus in anno (sc. 779.) quo illa valida fames inrepsit, ebullire vacuas annonas a daemonibus devoratas, et voces exprobrationis auditas.

Dieser Zehntpflicht unterwarf Carl der Große nicht nur seine eigene Güter, sondern auch alle seine fiscalinischen Gefälle, wenigstens in den neuerobernten Sachsen.

Cap. de villis a. 799. c. 6. (Walter c. j. II. p. 132.)

Volumus ut Judices nostri decimam ex omni conlaboratu pleniter donent ad ecclesias, quae sunt in nostris Fiscis, et ad alterius ecclesiam nostra decima data non fiat, nisi ubi antiquitus institutum fuit.

Cap. de partibus Sax. a. 789. c. 16. (Walter c. j. II. p. 107.)

Et hoc Christo propitio placuit, ut undecunque census aliquid ad fiscum pervenerit, sive in frido sive in qualicunque banno, et in omni redibutione

ad Regem pertinente, decima pars Ecclesiis et sacerdotibus reddatur.

Diese Abgabe sollte auch nach der Intention der Kirche nicht blos auf den zehnten Theil aller eigentlichen Früchte des Laieneigenthums (Realzehnte), sondern auch auf den zehnten Theil alles Erwerbs (Personalzehnt) sich erstrecken.

Capit. de part. Saxon. c. 17. (Walter II. p. 107.)

Similiter secundum Dei mandatum praecipimus ut omnes decimam partem substantiae et laboris suis ecclesiis et sacerdotibus donent, tam nobiles, quam ingenui, similiter et liti, juxta quod Deus unicuique dederit Christiano, partem Deo reddant.

Vor der Hand mußte sich aber die Kirche mit dem Prädialzehnt begnügen und selbst dieser wurde ihr nicht allenthalben gegeben.

Capit. a. 829. Cap. 7. (Walter C. j. II. p. 380.)

Conc. Mogunt. a. 847. Can. 10.

Conc. Mogunt. a. 888. Can. 17.

Conc. Triburiense a. 805. Can. 13.

Nur hier und da mochte vielleicht der Blutzehnt entrichtet worden seyn.

Praecept. de instit. episcopat. per Saxoniam a. 789

bei Walter H. R. p. 431. nota e.

Saxones — pristinae libertati donatos, et omni nobis debito censu solutos, pro amore illius, qui nobis victoriam contulit, ipsi tributarios et subjugales devote addiximus: videlicet ut — victi jam, Deo gratias et armis et fide; Domino nostro — et sacerdotibus ejus omnium suorum jumentorum et

fructuum, totiusque culturae decimas ac nutriturae, divites ac pauperes legaliter constricti persolvant.

Cap. L. VI. Cap. 192. (Walter C. j. II. p. 623.)

Adnuntient Presbyteri plebi publice ut — — — decimas ex omnibus fructibus et pecoribus terrae annis singulis ad Ecclesias reddant. — —

Der Zehnt sollte an die Bischöfe, als Verwalter des sämmtlichen Kirchenguts ihrer Diözes entrichtet werden.

Capit. L. I. cap. 143. (Walter C. j. II. p. 432.)

— — ut decimae in potestate Episcopi sint, qualiter a Presbyteris dispensentur.

Die Verwendung derselben wurde aber der Willkühr des Bischofs entzogen und bestimmt, daß ein Viertel zwar der Bischof behalten, die drei übrigen aber der Clerus, die Armen und die fabrica ecclesiae empfangen und insbesondre der Zehnte jedes Kirchspiels der Regel nach auch zum Besten der Parochialkirche verwendet werden solle.

Capit. prim. a. 813. Cap. 19. (Walter c. j. II. p. 258.)

Ut ecclesiae antiquitus constitutae nec decima, nec alia ulla possessione priventur, ita ut novis tribuantur ecclesiis.

Capit. Add. III. cap. 82. (Walter c. j. II. p. 811.)

Ut decimae, quae singulis dantur ecclesiis per consulta Episcoporum a presbyteris ad usum Ecclesiae et pauperum summa diligentia dispensantur.

Auf diese Weise war also das Recht der Kirche, Zehnt zu fodern, gegründet; aber keineswegs besaß

sie dießs Recht in dem ausgedehnten Umfange, in welchem sie es gerne geltend zu machen bemüht war.

Plank Kirch. Gesch. Thl 3. p. 625 ff.

Besonders im ganzen Mittelalter beklagte man sich über die Nachlässigkeit bei Entrichtung der Zehnten und es sind daher sowohl von Seite der Könige, als der Kirche Gesetze darüber erlassen worden.

Capit. VI. Ludov. Pii. a. 819. c. 9. (Walter c. j. II. p. 347.)

De decimis, ut unusquisque suam decimam ad Ecclesiam offerat, sicut mos vel sacra consuetudo esse dinoscitur.

Ejusdem Capit. Wormat. a. 829. c. 7. (Walter c. j. II. p. 380.)

Conc. Mogunt. a. 813. (enthalten in Can. 2. caus. 16. quaest. 2.)

Admonemus atque praecipimus, ut decimas omnino dari Deo non negligatur, quas ipse Deus dari constituit etc.

Nicolaus II. in Conc. Rom. a. 1059. (enthalten in Can. 3. eod.)

Praecipimus ut decimae et primitiae seu oblationes vivorum et mortuorum ecclesiis Dei fideliter redantur a laicis et ut in dispositione episcoporum sint: quas qui retinuerunt a sanctae ecclesiae communione separentur.

Idem in C. 6. Dist. 32. in f.

Conc. Rathomagense a. 1189. (enthalten in Can. 5. Caus. 16. quaest. 7.)

— — — sed quia modo multi inveniuntur, deci-

mas dare nolentes, statuimus ut secundum Domini nostri praeceptum admoneantur semel et secundo et tertio. Qui si non emendaverint, anathematis vinculo feriantur, usque ad satisfactionem et emendationem congruam.

Die Vortheile aber, welche die Kirche aus dem gewünschten allgemeinen Zehntrechte hätte ziehen können, gingen jedoch besonders dadurch verloren, daß viele Zehnten von ihr in weltliche Hände übergingen. Schon die Merowingischen Hausmeier hatten die Kirchengüter häufig an ihre Kampfgefährten zur Belohnung der geleisteten Dienste verliehen. Am willkürlichsten verfuhr Karl Martell, wie uns beschreibt

(Chron. Virdun. (Bouquet rer. gall. et francic. script. T. III. p. 364.)

Tanta enim profusione thesaurum totius aerarii publici dilapidatus est, tanta dedit militibus, quos soldarios vocari mos obtinuit — ut non ei suffecerit thesaurus regni — non expoliatio ecclesiarum et monasteriorum, non tributa provinciarum. Ausus est ubi haec defecerunt terras ecclesiarum diripere et eas commilitonibus illis contradere. Postremo non est veritus ipsos episcopatus laicis dare — adeo ut Archiepiscopatus Trevirensenem et Remensem Milo quidam tonsura clericus, moribus habitu et actu irreligiosus laicus — obtinuerit etc.

Zwar wurde in der Folge der Zeit durch Gesetze der Willkühr eine Schranke gesetzt, wie erhellt aus:

Capit. L. 1. Cap. 77. (Walter c. j. II. p. 420.)

— — statuimus, ut neque nostris, neque filiorum

et Deo dispensante successorum nostrorum temporibus, qui nostram vel progenitorum nostrorum voluntatem vel exemplum imitari voluerint, nullam penitus divisionem aut jacturam patiantur.

Cap. primum a. 803. cap. 1. (Walter c. j. II. pag. 171.)

Cap. II. a. 814. c. 3. (Walter eod. p. 271.)

Cap. a. 816. c. 1. (Walter eod. p. 301.)

Allein demohngeachtet waren doch noch viele Laien mit Kirchen und Klöstern belehnt und besaßen daher auch die Zehnten und übrigen Einkünfte. (*decimae infeudatae*)

Capit. Carol. Calv. a. 877. T. 51. (Walter c. j. III. p. 206.)

De ecclesiis vero, quas comites et vasalli dominici habent etc.

Die Bischöfe selbst nahmen Belehnungen mit Zehnten vor, um sich unter den Laien Beschützer zu erwerben und sich gegen Gewaltthätigkeiten zu sichern.

Frideric. I. bei Arnold. Lubec. Chronic. L. III. c. 18.

Scimus (quidem) decimas et oblationes a Deo sacerdotibus et levitis primitus deputatas. Sed cum tempore Christianitatis ab adversariis infestarentur ecclesiae, easdem decimas praepotentes nobiles viri ab ecclesiis in beneficio stabili acceperunt, quae per se sua obtinere non valerent.

Diese Belehnungen geschahen so häufig, daß die Päbste sich genöthigt sahen, dieselben zu untersagen.

Can. 13. caus. 1. quaest. 3.

Can. 3. caus. 16. quaest. 7.

Besonders ein für die weltlichen Besitzer der Zehnten sehr günstiger Umstand war dem Vortheile der Geistlichkeit sehr nachtheilig. Die grossen Gutsbesitzer hatten meistens Privatbethhäuser; diese aber verwandelten sich nach und nach in Pfarrkirchen, wobei dann die Stifter, welche Laien waren, sich die Zehnten vorbehalten hatten. Die Kirchenverbothe dagegen hatten nichts ausgerichtet.

Conc. Confluent. a. 922. c. 5.

Si laici proprias capellas habuerint, a ratione et autoritate alienum habetur, ut ipsi decimas accipiant, et inde canes et geniciarias suas pascant.

Oefters gab es auch noch andre Gelegenheit, wodurch die Weltlichen, wie wohl nicht allzeit auf gleich gerechte Art, die Zehnten an sich brachten.

Concil. Troslej. de anno 909. c. 6. (bei Harduin

Tom. VI. p. 1. pag. 519 ff.

At contra quidam praesumunt distringere, et injuriare vel etiam expellere presbyteros de ecclesiis sibi commissis, vel exspoliare decimis aut possessionibus.

Auf diese Art waren also unzählige Laien im Besitze der Zehnten. Eine Reihe von Synodalschlüssen und Dekreten von Gregor VII. bis auf Alexander III. herab legte allen Christen nachdrücklichst die Pflicht auf, die Zehnten zurückzugeben.

Thomasini vet. et nov. eccles. discipl. Tom. 3.

L. I. Cap. 11. N. 3—5.

In can. 1. Caus. 16. quaest. 7. verordnet Gregorius: decimas, quas in usum pietatis concessas esse canonica autoritas demonstrat, a Laicis possidere apostolica autoritate prohibemus.

Ja diese ganze Quaestio enthält lauter Verbothe gegen den Besitz der Zehnten in weltlichen Händen.

Den wichtigsten und entscheidenden Schritt that die Kirche auf der dritten Lateranischen Synode v. J. 1179 unter Innocens III., in welcher sie den Laien die Herausgabe aller Zehnten geboth und ihnen jede weitere Veräußerung untersagte.

Conc. Lat. III. c. 14. (enthalten in c. 19. X. de decimis (3, 30.)

Prohibemus, ne laici, decimas cum animarum suarum periculo detinentes, in alios laicos possint aliquo modo transferre. Si quis vero receperit, et ecclesiae non reddiderit, Christiana sepultura privetur.

Allein so wie alle früheren Verordnungen hatte auch diese nicht den erwünschten Erfolg; nur wenig kam an Klöster und fromme Stiftungen und die meisten Laien weigerten die Herausgabe gänzlich, wie dieß der Reichstag von Gelnhausen a. 1186 beweist. Als hier Pabst Urban bei Kaiser Friedrich I. auf deren Herausgabe drang, so sagte der Kaiser selbst auf öffentlichem Reichstage, daß diese Gewohnheit zu tief eingewurzelt wäre, als daß sie wiederum sollte können gehoben werden.

Arnold Lubec. chron. Slav. Lib. III. cap. 18. p. 668 bei Leibnitz tom. II. script. Brunsv. schreibt Fol-

gendes: Exinde ergo Imperator curium generalem edixit in Geilenhausen, ubi convenit multitudo Episcoporum et Principum. Et procedens in Concionem, sic omnibus locutus est — — — — Dicit enim Dominus Papa, injustum esse aliquam laicam personam decimas possidere, quas manifeste Dominus his, qui altari deserviunt deputaverit — — Scimus autem decimas et oblationes a Deo Sacerdotibus et Levitis primitus deputatas. Sed cum tempore Christianitatis ab adversariis infestarentur ecclesiae, easdem decimas praepotentes et nobiles viri ab ecclesiis in beneficio stabili acceperunt, ut ipsi defensores ecclesiarum fierent, quae per se sua obtinere non valerent. Adfirmat etiam injustum esse, quod aliquis in praediis seu hominibus ecclesiarum advocatiam sibi usurpet — — Et quamvis haec pro Praelatis esse videantur, non tamen credo, quod ita facile mutari possint, quae ex longa antiquitate usus in consuetudinem vertit, imo ipsa consuetudo a progenie in progeniem descendens, quasi justa traditione roboravit.

Daher wurde jener Beschluss des Conciliums durch Interpretation dahin gemildert, daß die bereits bestehenden infeudirten Zehnten den Besitzern verbleiben und nur nicht an andre Laien veräussert, neue Zehnten aber niemals an Laien übertragen werden sollten.

Eichhorn R. Gesch. Tom. II. p. 433.

Auf diese Weise waren also die Besitzer der weltlichen Zehnten im Besitze ihres Rechts geblieben und gesichert und da, wie sich aus dem bisherigen er-

giebt, dieser Besitz eine weit grössere Anzahl umfasste, als der des geistlichen Zehnts, so erhält die Behauptung desto vollere Gewissheit, daß der weltliche Zehnt von dieser Zeit an der herrschende ist. Daher sprechen auch die Rechtsbücher bei den Verhältnissen der Gutsbesitzer von Zehnt, der ihnen entrichtet werden mußte.

Sachsenspiegel I. 2.

— — II. 48, 58.

Allein mit der die freie Disposition der Berechtigten einschränkenden Interpretation nahm man es in der Anwendung so genau nicht und überging dieselbe eher, als man sie befolgte. Die Laien übten daher freies Dispositionsrecht aus, sie gaben Zehnten zu Lehen, veräußerten Grundstücke, machten dieselben von jeder Zehntlast ganz frei, ja selbst an die Kirche geschahen solche Veräußerungen mit Befreiung der Zehntlast. Dieß beweisen unzählige Urkunden jener Zeit, von denen nur einige hier angeführt werden sollen.

So verkaufen die comites Halsatie dem Abte und dem Kloster der heiligen Maria 16 Hufen von jeder Zehntlast frei.

Urkunde v. 1262 bei Pfeffinger Braunschw. Lüneb.

Hist. T. II. p. 762.

Eine ähnliche Urkunde von 1257 enthält

Gruppen in antiq. Hanov. p. 133. eod. Urkunde

v. 1245 p. 131.

So verkauften Bürger in Hannover Zehnten nach

Urkunde 1330 bei Gruppen antiq. Hanov. p. 132.

Des-

Desgleichen verkaufte ein von Cluver in Vogt monumenta ined. p. 274. nach Urkunde v. 1329 den Zehnt :

Vendidimus decimam tam majorem, quam minutam — sicut hactenus possidemus — decima ibidem tum majori, quam minuta.

Aehnliche Urkunden eod. p. 100. 296. 534. 546. 547. 581.

Beispiele von Belehnungen, welche die Kirche selbst vornahm, liefert unter andern der Lehnbrief des Bischofs Johannes II. zu Würzburg vor Graf Johansen von Werthheim de a. 1431 bei

Lünig Corp. jur. feud. Germ. T. I. p. 1559.

„haben von besondern Gnaden ihn und sein Lehenbar Erben — — in diese hernach geschrieben unsere und unsers Stifftslehen gesetzet mit Namen den gemeinen Zehenden halb klein und groß, in Dorff und in Felde zu Dertingen, einen sechsten Theil des Win-Zehenden daselbst, einen Zehenden zu Bettigheim in dem Flure gein Werbach hinabe, den Weinzehenden, den Getraidt-Zehenden und den Zehenden von den Wiesen.

In einer Urkunde de a. 1457 bei Kuchenbeck Anal. Hassiac. Coll. V. p. 89. wird der Zehnt auch von Laien zu Lehn gegeben :

Wir Ludewig von Gottes Gnaden Lantgrave zu Hessen der elter bekennen — — als Herr Hermann Hund — — den Zeehnden zu Welheide mit syner zubehorunge zu widderkouffe verkoufft had — — und als solich vorgenannt Zehinde von uns und

unserm Fürstenthum zu lehin gehit. So han wir soliche Kouff also gewilligt etc. —

Bei diesen verschiedenen Umständen der Zehnten, war es daher auch begreiflich, daß im 16. Jahrhunderte und später sich noch keine feste Ansicht bildete. Im Bauernkriege ließen sich die Bauern die Verwendung des Kornzehnts zum Unterhalt des Pfarrers gefallen und nur der kleine Zehnt war ihnen verhaßt.

Eichhorn R. Gesch. IV. p. 57.

Art. 2. der Bauerschaft bei Sartorius Gesch. des Bauernkriegs p. 383.

„nichts destominder wollen wir den rechten Kornzehend zugeben; dem nach man soll ja Gott geben.“

Besonders durch die Reformation sind die Zehnten noch mehr in weltliche Hände gekommen und besonders diejenigen, welche sich in den Händen der Bischöfe und Domkapitel befanden gingen auf die Landesherrn über. Auch die seit dem 16. Jahrhunderte an häufig vorkommenden Zehntordnungen erkennen selten eine allgemeine Zehntpflicht und geben Vorschriften, die den Zehnten eben sowohl, als eine weltliche Gutsabgabe anerkennen.

Bamberger Zehntordnung v. 15. Juni 1593.

Die übrigen Zehntordnungen siehe bei

Mittermaier deutsch. Priv. R. p. 309. nota 5.

So befinden sich daher gegenwärtig nur wenige Zehnten in den Händen der Geistlichen und man beurtheilt dieselben immer nach Besitzstand und Herkommen. Die Zahl der in weltlichen Händen sich befindlichen Zehnten ist dagegen sehr groß. Alle

neuern Verordnungen darüber heben sie nirgends auf, sondern gestatten nur den Abkauf; aber auch, wo dieser Abkauf gestattet worden ist, ist er oft nach Beendigung der französischen Herrschaft wieder aufgehoben worden. (Hannover)

§. 19.

d) Leibzucht.

Zur Versorgung alter und leibesschwacher Wirthe, die dem Hofe nicht mehr vorstehen können ist ein Institut eingeführt, wornach solche Wirthe, welche wegen Alters, Ablauf der Regierungsjahre oder anderer Leibesschwachheiten den Hof einem ihrer Kinder, dem Ahnerben oder an andere mit Vorbehalt ihres Lebensunterhalts abtreten, sich auf den alten Theil setzen. Daher solche Wirthe Altentheiler, Auszugsleute, Altväter, Altmütter heißen. Alles, was der Altvater oder die Altmutter aus der Stelle zu ihrer Alimentation oder lebenslänglichen Versorgung erhalten, wird der Altentheil, Leibzucht, Auszug genannt. Die Leibzucht besteht gewöhnlich in der Benutzung einer besondern, zum Hofe gehörigen, Leibzuchtskote, in dem Genusse gewisser Ländereien, Gärten und Wiesentheile; oder in der Wohnung, freien Beköstigung, Ausfütterung einer Kuh etc. wenn die Altentheilsleute bei dem Hofsannehmer wohnen bleiben.

Der Ursprung des Instituts muß aus der altdeutschen Art der Erbverlassung überhaupt und der Erbfolge im Grundeigenthum insbesondere hergeleitet werden. Die künstliche Art der Testamente kannten die

Teutschen nicht und erhielten dieselbe erst von den Römern. Alle Erbfolge bei den alten Teutschen wurde durch das Gesetz oder durch Vertrag bestimmt.

Tacitus de mor. Germ. Cap. 20. in f.

Heredes tamen successoresque sui cuique liberi et nullum testamentum. Si liberi non sunt, proximus gradus in possessione fratres, patru, avunculi. Quanto plus propinquorum, quo major affinium numerus, tanto gratiosior senectus, nec ulla orbitatis pretia.

Durch die ältesten Erbverträge wurde aber nicht bloß bestimmt, wer nach dem Tode des Erblassers Erbe seyn sollte, sondern es fand eine wahre Uebertragung unter Lebendigen Statt. Diefs bezeugen die alten Volksgesetze:

Lex Salica. T. 49. (Walter c. j. I. p. 67.)

Lex Rip. T. 48. (Walter I. p. 178.)

Lex Burgund. T. 43. §. 1. (Walter I. p. 324.)

Lex Burgund. T. 60. §. 1. (eod. p. 334.)

In allen diesen Stellen werden die Ausdrücke: heredem aliquem appellare, heredi fortunam donare, hereditatem tradere, adoptare in hereditatem per traditionem — testamentum, donatio, traditio in gleicher Bedeutung genommen; sie erfordern sogar zur Gültigkeit und Unwiderruflichkeit des Erbvertrags eine symbolische Uebergabe der Erbschaft.

Lex Rip. cit.

Der Erblasser, welcher nun auf diese Weise schon bei Lebzeiten sein Erbe auf andre übertrug,

wollte aber natürlich für den Rest seines Lebens die Gefahr des Hungertodes von sich abwenden und mußte sich daher einen Vorbehalt ausbedingen. Dieser bestand oft in dem lebenslänglichen Genuß aller Güter oder nur eines Theils.

Urkde v. J. 796 bei Schannat Corp. Tradit. Fuldens. N. 113.

— — *Ea ratione trado omnia, ut per vestram precariam totum illud possideam ad vitam meam, et habeam unde hoc mortale nutriam corpus et meam vetulam suffulciam senectutem.*

Oft bedung er sich aber auch nur und dies besonders, wenn er alt und schwach war, die nöthigen Alimente — eine Leibzucht — aus. Ein Formular, welches unsern Leibzuchtsverträgen untergelegt werden kann, enthält

Marculfi form. L. II. cap. 13. (Walter III. p. 323.)

Im Mittelalter blieben diese Grundsätze über Güterabtretung unter Lebenden im Wesentlichen unverändert. So bezeugen die alten Rechtsbücher.

Kaiserrecht Pars II. Cap 36. (bei König Corp. j. Germ. ex Bibl. Senkenb. T. I. p. 38.)

Der eyne syme frunde wel gebin sin farnde gut,
Der mag ez wol thun met rechte, her sal ez ouck
ufs der hant gebin wel her daz her veste sieze.
Beheldet he ez in syner hant unn siezet dünne so
enhat he ez nymande gegeben wanne he hod eme
eyne scheinede gemacht un Ist sicherlick betrogen.
Blibet ez deme he ez gegeben hat so sal he ez eme
gebin Daz de deme ers geid med dem nemelichen

gude moge thun vnn lossin und sal eme ouck syn
gut loszin. Gebet he ez eme also so hat hers eme
feste gegeben vnn wy hers vme anders gebet so
Ist he betrogen an der Gift etc. *nach der beigefügten Uebersetzung.*

Qui amico suo dare vult bona sua mobilia vel im-
mobilia, potest hoc jure facere, ita tamen, ut ea
tradat, cum alias nulla alteri sit securitas. Si vero
possessionem retineat, nemini concessit, verum po-
tius ei verba tantum dedit, eumque circumvenit.
Potius si securus esse debeat is cui res datur, ita
concedenda est, ut possit de bonis disponere, eo-
rum redditus percipere. Quando hoc modo dat res
firmitatem habet, alio semper defraudatur etc.

Eines Falls erwähnt das Kaiserrecht, wo die Kin-
der zu Lebzeiten des Vaters auf Herausgabe der Erb-
schaft zu dringen berechtigt sind. Dieser Fall tritt
dann ein, wenn der Vater das Erbe durchbringen
will, wo dann die Kinder dasselbe herausfordern, aber
dem Vater eine Leibzucht zu geben schuldig sind.

Praefatio Senkenbergiana §.67. (cit. loco.)

Kaiserrecht P. II. Cap. 11. c. 1. p. 27.

— — Der Keyser hat den Vätern verboden, daz
se er Kint icht erbeloz machen. Daz meynt der
Keyser also, wo eyn vater ist, der Kint hat, vnn
en er erbe böflich wel vorthun noch unrechter
Gelust synes libes, Do mede dy Kint solden vor-
baz komen. Daz Gut mogen dy Kint nemen vnn-
der ere frunt vnn mogen dem vater syne notdurfft
geben ezu bescheydenheit met dez Keyzers rechte.

oder nach der beigefügten Uebersetzung:

— — Imperator parentibus non concessit, liberis sine causa hereditatem auferre. Ejus dicti hic sensus est. Si parens liberis beatus bona secundum omnem animi sui improbam sententiam deglutire velit, ut liberi sint exhaeredes, tunc liberi bona illa in potestatem suam cum auxilio proximorum redigere queunt, ea tamen lege, ut parenti tantum sufficientia honesta alimenta secundum jus Caesaris praebeant.

Im Schwäbischen L. R. äussert sich zwar schon der Einfluss des römischen Rechts, daher an manchen Stellen auf letzte Willensordnungen gedeutet wird. Aber deutlicher wird der Erbfolge aus einem den Nachfolger übergebenen Briefe erwähnt. Dieser erlangt zwar auch schon ohne Uebergabe ein Successionsrecht; aber sichrer ist es für ihn, wenn er in den wirklichen Besitz gesetzt ist. Denn

die Gabe ist die aller stättest, die mit Gewehr geschieht.

Und diese Gewehr der Erbschaft wird symbolisch dem Nachfolger durch Einräumung eines Zinses aus den Gütern übertragen.

Schwäbisch. L. R. Cap. 311. §. 1. 2. 8.

Will er im es stät machen, so secz im einem Zins darauf, damit hat er die Gewer daran, un mag das Gut mit recht nit verlieren.

So hat sich also schon in den ältesten Zeiten das Institut auf den Grund einer antizipirten Erbfolge gebildet. Ein zweiter Entstehungsgrund des Instituts

ist aber auch in der altteutschen Grundmaxime zu suchen, nach welcher sich der Besitz unbeweglicher Güter und die Erbfolge in dieselben richtete. Auf jedem Grund und Boden haftete die Verbindlichkeit zum Kriegsdienste; der Besitzer mußte daher immer eine wehrfähige Person seyn.

Moser Osnabr. Gesch. Abschn. 1. §. 20.

Wenn daher der Hausvater durch Krankheit oder Alter entkräftet und dadurch gehindert war, seinen Pflichten als Wehrmann nachzukommen, so konnte er wohl von der Vereinigung der Wehrgenossen (Mannie) genöthigt werden, sich in Ruhe zu setzen (auf den Altentheil) und das Gut seinem Nachfolger zu übertragen, der als wehrfähiger Mann die auf dem Gute ruhende Erblast der Landesvertheidigung zu übernehmen im Stande war. So vermuthet schon der scharfsinnige

Möser in patr. Phantas. Tom. IV. N. 52. p. 216, daß schon zu Anfange der teutschen Verfassung der Sachse, welcher auf seinem Hofe saß und weder Städte, noch Dörfer um sich duldete, bei jedem Hofe eine Leibzucht hatte.

Da auf jedem Grundstücke die Verbindlichkeit zum Kriegsdienste haftete, dieser aber nur von wehrfähigen Männern geleistet werden konnte, so war es eine natürliche Folge, daß die Töchter vom Grundeerbe ausgeschlossen blieben. Nur die Söhne konnten Nachfolger werden und diese auch nicht insgesamt, sondern immer nur Einer, (Ahnerbe) weil bei der damals noch beschränkten Lage der Höfe nie mehr

als eine Familie ihren Unterhalt finden konnte. Der Ahnerbe erhielt zugleich mit dem Hofe den beträchtlichsten Theil der fahrenden Habe, als nothwendiges Zubehör; er mußte aber auch die auf jedem Hofe lastende Verbindlichkeit übernehmen, nämlich die Vertheidigung und den Unterhalt der zum Hofe gehörigen Personen, der Brüder, bis sie wehr- und erwerbfähig wurden, der Schwestern, bis sie vom Hofe wegheiratheten. Die Geschwister mußten ebenfalls mit an der Wirthschaft theilnehmen und es blieb bis zu ihrer Entfernung vom Hofe die übrige Fahrniß, welche nicht zum Erbtheile des Ahnerben gehörte, im Hofe zur Vergütung für ihren Unterhalt zurück.

Heirathete die Tochter weg, so brachte sie ihren Theil dem Manne zu, trat mit ihm in nutznießliche Gütergemeinschaft und gehörte von nun an mit ihren Kräften und Vermögen ganz und auf immer dem Hofe des Mannes zu. Eigenthums- und Erbrechte konnten ihr jedoch nicht versichert werden; wohl aber genoß sie aus den Gütern des Mannes nach seinem Tode eine lebenslange Versorgung und Leibzucht, was eine natürliche Folge der Gütergemeinschaft war. Sie konnte auch zur zweiten Ehe schreiten, wenn der Grunderbe noch nicht das wehrfähige Alter hatte; dem neuen Ankömmlinge theilte sie ebenfalls gleiche Rechte der Gütergemeinschaft und der lebenslänglichen Versorgung — des Altentheils — mit und dem Hofe bestellte sie einen Interimswirthschafter.

Mit der veränderten öffentlichen Verfassung verloren auch diese altteutschen Grundsätze ihr Ansehen

und besonders unter dem Adel und den Bewohnern der Städte hatte sich das Institut ganz verloren. Am reinsten aber erhielt es sich unter dem Bauernstande.

Ein Theil dieses Standes befand sich zwar in der strengen Lage der Leibeigenschaft; aber auch ein nicht geringer Theil erfreute sich eines mildren Verhältnisses mit Erbrecht und nutznießlichem Eigenthume. Bei diesen nun geschah die Nachfolge im Hofe durch Uebergabe bei lebendigem Leibe und das fremdartige Institut der Testamente hatte durch die Wachsamkeit des Gutsherrn keinen Eingang finden können. Die Wehrfähigkeit war zwar nicht mehr mit dem Besitze des Gutes verbunden; aber an ihre Stelle war durch gutsherrliches Interesse die Arbeitsfähigkeit getreten. Der neue Ankömmling im Gute mußte daher selbst eine Probe seiner Gesundheit dadurch ablegen, daß er einen Umbgang verpflügte eines Morgenslang.

Heineccius elem. jur. germ. §. 163. nota.

Nach Art des Zwangs der ehemaligen Mannie konnte nun auch der Gutsherr seinen alten oder entkräfteten Colonus zur Altentheilsbeziehung nöthigen. Da nur bloß die Verbindlichkeit zur Cultur auf dem Gute haftete, so konnten auch Töchter zur Erbfolge gelangen und mit dem noch immer geltenden Grundsätze der Untheilbarkeit der Grundstücke wurde auch die nutznießliche Gütergemeinschaft und das Leibzuchtsrecht des aufheirathenden Ehegatten und des Interimswirthes beibehalten.

Urkundlich nachweisen läßt sich freilich die so

eben erzählte Entstehungsgeschichte des Instituts unter den Bauern nicht; aber auf sichere Spuren stoßen wir schon in den ältesten deutschen Gesetzen.

Edictum Pistense Cap. XXX. (Walter c. j. T. III. p. 151.)

Diese Stelle spricht von einer Zertheilung der Hufengüter, welche mit dem Institute der Leibzucht wenigstens eine entfernte Aehnlichkeit hat.

— — coloni suas hereditates, id est mansa quae tenent, non solum suis paribus, sed et clericis, canonicis ac villanis presbyteris et aliis quibuscunque hominibus vendant et tantummodo sellam retinent. Unter dieser Sella kann nun entweder eine eigne Leibzuchtskothe oder nur ein freier Sitz, freie Wohnung in dem mit dem Gute verkauften Hause verstanden und so, wenn gleich auf entfernte Weise, eine Aehnlichkeit mit unserem Institute hergestellt werden.

Mit Gewissheit kann aber angenommen werden, daß unser Institut in jener Zeit, als sich durch den Zusammenfluß verschiedener Umstände (siehe Einleitung) die Lage der deutschen Bauern gebessert hatte, allgemeinen Eingang gefunden hat. Zuerst wurde es durch Herkommen und Autonomie der Hausgenossen eingeführt und gebildet, wie schier alle Hofrollen des nördlichen Deutschlands aus dem 13. und 16. Jahrhundert bezeugen.

Merkwürdige Urkunden darüber enthält:

Runde von der Leibzucht p. 27. ff.

Nachdem der Bauernstand besonders durch Aus-

bildung der Landeshoheit und der Steuerverfassung auch in Beziehung auf den Staat von politischer Bedeutung wurde, wandte nun auch die gesetzgebende Gewalt des Staats ihr Augenmerk auf das Institut der Leibzucht und suchte durch verschiedene Normen das Interesse der Gutsherrn sowohl, als der Bauern an diesem Institute zu wahren und in gesetzliche Schranken einzuweisen. In Bayern findet sich die erste Spur des Instituts in der Sammlung von reformirten älteren Landesgesetzen, welche im Jahre 1616 unter Herzog Maximilian publizirt wurden, unter dem Titel:

Landrecht, Polizei-, Gerichts-, Malefiz- und andere Ordnungen der Fürstenthümer Ober- und Niederbaiern. München 1616. Fol.

Das Institut erscheint hier unter dem Namen:

Austrag, Austräge, Nahrungsausträge, Austrægae.

cf. Tit. XXI. Art. 22.

Tit. XXV. Art. 9. cit. 1.

§. 24.

e) Laudemium.

Laudemium (Lehnwaare) ist eine Abgabe, welche dem Verleiher eines Guts für dessen neue Verleihung gegeben wird.

Der Name wird von dem Worte laudare abgeleitet, was in der Sprache des Mittelalters soviel als einwilligen heißt.

Urkunde de anno 1125 bei Buri von Bauergütern p. 868.

Laudante simulque confirmante Stephano Comite

Bononiensi — — qui et hoc donum laudavit
atque confirmavit praesentibus multis.

So wird auch das Wort laus öfters für Einwilli-
gung gebraucht.

Urkunde de a. 1774 bei Du Fresne gloss. h. v.
Hanc vero permutationem Comes Willelmus dice-
bat non valere, quia facta erat sine sua laude
et voluntate.

Allein diese Ableitung von Einwilligen scheint
schon darum nicht gegründet, weil sich das Institut
nicht auf die Einwilligung selbst, sondern vielmehr
auf eine Abgiff von Bezahlung für die Einwilligung
seinem Wesen nach bezieht. Daher, wenn man von
laudare das Wort herleiten will, man besser die
andere Bedeutung annimmt, nach der es so viel heißt
als überliefern, übergeben.

Urkunde de a. 1150 bei Da Fresne sub v. laus.
— — Facta est haec laus sive concessio in clau-
stro sancti Marii.

Auf diese Weise würde laudemium ein gleichbe-
deutendes Wort mit investitura seyn.

Die richtige Meinung scheinen aber diejenigen zu
behaupten, welche das Wort von los, lat v. lod, das
sich dann in laus und laudemium verwandelt hat, her-
leiten und in den meisten Urkunden wird es auch in
dieser Bedeutung gefunden.

Urkunde von 1144 des Grafen Ildefons von Thou-
louse bei Du Fresne sub voc. Lause.

— — Carbonellus faber habeat de laboratoribus
suis censum, qui vulgo vocatur Lause.

Insbesondere wird durch Laus diejenige Abgiff, welche bei Verkauf des Guts der Käufer dem Herrn bezahlen muß, angezeigt.

Urkunde v. 1159 bei Du Fresne h. v.

Item si alii donent vel vendant, jam dictus Abbas vel successores ejus pro laude inde exigant.

Das Wort: looth, lot bedeutet nun einen Lohn oder Vergeltung.

Wachter gloss. Germ. T.I. p. 993. h. v.

und ist ein ursprünglich deutsches Wort, welches wahrscheinlich dieser Abgiff den Namen gegeben hat. Ihm gab das Mittelalter ein lateinisches Gewand und in diesem wurde es seinem eigenen Vaterlande in der Folge unkenntlich. Andere Völker haben dieß Wort noch in seiner ersten Gestalt und sie brauchen es auch in der Bedeutung des Laudemiums z. B. die Schweiz, Frankreich und England.

Stanians Etat de Suisse p. 193.

Il y a dans ce canton une autre charge en usage, que l'on nomme le Lod ou le Lot. Elle monte à la sixième partie de la valeur entière des biens de terre, qu'à chaque vente l'acheteur est obligé de payer au Souverain.

Hervé Théorie des matieres féod. I. p 197. 202.

Gerken's vermischte Abhandlgen Thl. 2. Abh. 4.

p. 91.

Das Wort: Lehnwaare betreffend, so wird Waare in dieser Zusammensetzung überhaupt für dasjenige, so für eine Sache bezahlt oder abgegeben wird, genommen und Lehnwaare ist also diejenige

Abgabe, welche für die Belehnung oder Einsetzung in das Gut gegeben wird. (Lehngeld, Handlohn).

Der Ursprung des Instituts ist weder im longobardischen, noch teutschen Lehnrechte zu suchen, noch auch im römischen Rechte, weil bei Veräusserung der Emphyteuse etwas vorkömmt, was genau genommen mit der teutschen Lehnwaare gar nichts gemein hat. Die Lehnwaare ist vielmehr eine ganz gewöhnliche Præstatio des teutschen Hofrechts. Es war eine alte teutsche Sitte, dem Gutsherrn bei der Bemeierung und für dieselbe seine Dankbarkeit durch ein Geschenck, welches man die Meierschenke nannte, an den Tag zu legen.

Struben de jure vill. c. 8. §. 15. Not. c. p. 254.

Diese Sitte reicht über das eilfte Jahrhundert hinaus und ist also älter, als die Einführung des römischen Rechts.

Schilter Comm. ad jus feud. pag. 652.

Auch in Flandern, Schottland und England herrschte diese Sitte im 12. Jahrhundert und um diese Zeit kommt die Abgabe auch unter dem Namen renovatio honorarum oder census honorarius, böser Pfenning nach Urkunden in St Gallen vor.

Mittermaier Priv. Recht §. 443. nota 1.

Auch in dem vetus autor de beneficiis dem Sächsischen und Schwäbischen Lehnrechte und dem Kaiserrechte findet man keine Spur von diesem Institute. Noch weniger ist der Ursprung im Longobardischen Lehnrechte (am Ende des 13ten und Anfange des 14ten Jahrhunderts) zu suchen, welches vielmehr gegen

die Laudemien ist und die Belehnung unentgeltlich zu ertheilen befiehlt.

1 feud. 27 pr.

— — Feudum enim non sub praetextu pecuniae, sed amore et honore domini acquirendum est.

Die Lehnwaare der Bauerngüter ist demnach keineswegs eine Nachahmung der Lehnslaudemien wie

Pufendorf obs. T. III. obs. 32. p. 121.

Buri von Bauergütern p. 867.

behaupten, sondern sein Ursprung ist in obigen Geschenken zu suchen. Diese Geschenke bestanden anfänglich in Gaben für die Tafeln des Gutsherrn, in Getränken und Früchten, selten im Gelde.

Lenep von der Leihe zu Landsiedelrecht. (Cod. prob. N. 38.)

— — der Landsiedel solle entrichten, was zu Küchen und Weinkauf bräuchlich sey.

Ueberhaupt hatten die meisten Gefälle jener Zeit ihren Bezug auf die Tafel des Gutsherrn, ja sein Dienst hieß sogar der Tafeldienst.

Hofrecht zu Twente von 1332 §. 1. in Lodtmanns

Actis Osnabr. Thl. 3. St. 1. p. 56.

„ende sollen die Guederen bewoeren anne den Herrn op den Guede te winnen en te werven, goet ende bloet, en den Herren Tafeldienst daar von te doen etc.

Dafs wirklich diese Geschenke der Ursprung des Instituts gewesen, dafür spricht auch der Umstand, dafs noch lange, nachdem das Institut als eine Pflicht erscheint,

erscheint, der Name des Geschenkes beibehalten worden ist. Ein Beispiel vom Jahre 1651 hat

Struben de jure vill. p. 354. nota c.

Auch deutet auf solche Geschenke die besonders in den Braunschweig-Lüneburgischen Ländern vorkommende Benennung: Weinkauf. Diesen Namen erzeugte die vorzüglich im nördlichen Teutschland herrschende Sitte, alle feierlichen Handlungen des bürgerlichen Lebens beim Becher zu vollziehen und so spielte auch der Becher keine unwichtige Rolle bei den Güterverleihungen.

Krüniz Enzyklopädie voc. Leister Th. 77. p. 63 ff.

Denn bei diesen Handlungen war es eingeführt, daß der Meier den Gutsherrn und die bei der Vermeierung gegenwärtige Zeugen und Skabinen (Weinkaufsleute oder Weinkaufskunden) mit Wein oder sonstigen Getränken und Speissen bewirthete und der Gutsherr selbst sich herabließ mit seinen Leibeigenen zu schmaussen. Diese althergebrachte Sitte fesselte den dankbaren Maier fester an den sich herablassenden Gutsherrn und stiftete alles das Gute, was sparsam gestattete Volksfeste wirken können. Viele Leihbriefe beweisen, daß Wein oder an dessen Statt auch baares Geld oder sonstige Speissen zum Weinkauf gegeben werden.

Dinghoff zu Niederhaufsbergen p. 601. (bei Buri von Bauergütern p. 976.)

„Wenn ein Gut, das in den Hof zinset verändert wird, so gibt der es empfalet den Meyerschatz, das ist den halben Zins und ein Viertel Weines

und gibt den Hubern ein Ohmen Weines, doch sollen die Huber gerade thun an Weine.

Dinghoff zu Wratzhoren p. 604. (bei Buri eod.)

„Und welcher Gut empfaet es syge nach doter oder lebendiger Hant, der git auch den Hubern von einer Huben, das ist 42 Aecker einen Sester Korns, sechs Virtel Wins.

Recht zu Eklozheim p. 608. (bei Buri eod.)

„Wenn ein Gut im Dinghof gehörig, es seye nach todter oder lebendiger Hand, verändert und fällig wird, dafs dann der oder die, an welche solch verändert Gut erblich oder in andere Weifs fällt — — — gemeinen Huobern und Stulgenossen, nicht mehr denn einmahl vier Massen Weins für den Erschatz und Huprecht zu geben schuldig seyn sollen.“

Dieses ursprünglich bei den Bauergütern sich findende Institut hatte sich aber auch dann auf das Lehnsinstitut ausgedehnt und von nun an wurde die Sitte dieser Abgabe immer häufiger. Spuren solcher Prästationen bei ritterlichen Dienstleuten kamen schon im 11. Jahrhunderte vor.

Bambergisches Dienstrecht (bei Eccard script.

Rer. Germ. Tom. II. pag. 102.)

„Proximus agnatus defuncti lorica[m] suam vel equum, quem meliorem habuerit, domino suo offerat et beneficium cognati sui accipiat.

Besonders aber wurde durch Einführung des römischen Rechts das ganze durch Volkssitte und Gewohnheit eingeführte Institut zur strengen Form des

Rechts erhoben. Die römische *Ἐμφυτευσις* (Feldbe-
saamung, Ackerbestellung) hatte einige Aehnlichkeit
mit dem deutschen bäuerlichen Verhältnisse. Daher
erklärten die Doktoren des römischen Rechts vor-
schnell den teutschen Bauern für einen Emphyteuten
und seine Geschenke für ein Laudemium.

Schilter c. l. §. 5.

Je mehr Teutschlands Fürsten geneigt waren, den
Bauern, wo nicht ein volles, doch wenigstens ein
Mindereigenthum an den Grundstücken, die er in Cul-
tur hatte, zu verschaffen, desto leichtren Eingang
fanden auch die römischen Begriffe. Dem Eigennutze
des Gutsherrn gefiel die Idee des Laudemius und sie
adoptirten sie gern, um wenigstens, wenn ihnen auch
der Versuch die Quinquagesima des römischen Rechts
einzuführen, mislänge, doch die bis dahin bekomme-
nen Geschenke, als eine Pflicht verlangen zu kön-
nen. So bildete sich die Parömie: Die Henne trägt
das Handlohn auf dem Schwanze und durch
diese Parömie und den Beistand des römischen Rechts
entstand aus dem bisherigen Geschenke das Recht des
Laudemiums. Um aber den Uebergang von einem
Geschenke an Wein oder sonstigen Speissen zur rö-
mischen Quinquagesima nicht zu grell zu machen, so
fand man es klüger, den Weinkauf von Fall zu Fall
allmählig zu erhöhen. Diese Erhöhungen wurden für
den Landmann endlich zu drückend und wie einst
Justinian die Laudemiensucht beschränkte, so wa-
ren auch die teutschen Landesherrn seit dem 16ten

Jahrhunderte genöthigt, der Weinkaufssucht der Guts-
herrschaft gesetzliche Schranken zu setzen.

§. 25.

f) Frohnen.

Frohnen, Schaarwerk, Robothen sind alle persönliche Dienstleistungen, welche mit dem Besitzer eines Bauerguts, als Reallast zum Vortheile eines Dritten verbunden sind.

Die Dienstpflicht der Gutsbesitzer zum Besten des Staats finden wir schon sehr frühe in der fränkischen Verfassung, als Unterthanenpflicht unter dem Namen: *angariae*, *parangariae*, als: Kriegsführen, Spanndienste zur Ausbesserung der Wege und Brücken, Transportirung königlicher Beamte. Diese Dienste hatten zwar anfänglich nur die Römer geleistet, aber in der Folge wurden sie, wie die *veredi* (Vorspann) gemeine Last.

Eichhorn Rechtsgesch. I. §. 88. und §. 171.
nota f.

Die Entstehung der jetzigen gutsherrlichen Frohnen ist ebenfalls in der fränkisch deutschen Verfassung zu suchen. Die Könige des freien Frankenvolks setzten ihren Hauptstolz in ein zahlreiches Gefolge von Männern edler Abkunft (die Getreuen, königlichen Leute). Dieser wird ausdrücklich schon unter Ludwig dem Ersten erwähnt.

Greg. Episc. Turon. Hist. Franc. L. II. c. 42.

— — haec dedit leudibus ejus, ut super eum invitaretur.

Gesta regg. Franc. cap. 15. (in **Corpus Francicae Historiae veteris et sinceræ**) p. 63.

— — **Et dixerunt sapientes Burgundiorum; Vivet rex, qui tales habet leodos.**

Noch häufiger unter den Söhnen und Enkeln desselben im 6ten Jahrhundert.

Gregorius eod. L. III. cap. 23.

— — **Sed ille muneribus placatis a leudibus suis defensatus est et in regno stabilitatus.**

Greg. eod. L. VIII. cap. 9.

— — **sed, ut credo, alicujus ex leudibus nostris sit filius.**

Fredegar Chronicum. cap. 1.

Versöhnungsurkunde Guntrams und Childberts bei Baluz Cap. Reg. Franc. T. I. p. 14. 15.

Decretio Childeberti regis circa annum DXCV. eod. p. 17.

Edictum Chlotarii II. Regis in Concilio Parisiensi V. datum anno DCXV. eod. p. 23. wo es in

Cap. XVII. heisst:

Et quæ unus de fidelibus ac leodibus suam fidem servando domino legitimo, interregno faciente visus est, perdidisse, generaliter absque aliquo incommodo de rebus sibi juste debitis præcepimus revestiri.

Dieses Gefolge begleitete die Könige auf allen ihren Eroberungszügen. An der Spitze dieser geübten, an Unterwürfigkeit gewöhnten Leute, eroberten Ludwig und seine ersten Nachfolger den gröfseren

Theil von Gallien und Teutschland, späterhin kamen auch noch folgende von den heutigen teutschen Provinzen, als erobertes Land unter fränkische Herrschaft; die Rheingegenden, Hessen, Thüringen, Franken, Baiern, Schwaben. Diese eroberten Länder betrachteten sie als ihr Eigenthum, bei weitem das meiste Land ließen sie den alten Eingebornen, unter welchen auch grössere Güterbesitzer, Dynasten und andere selbstständige Allodialherrschaften waren, die sich dem Sieger freiwillig unterwarfen oder unterwerfen mußten und an die neuen Landesherrschaften gewisse Abgaben entrichteten.

Caroli M. Cap. Tert. anni 812 cap. 10. (Walter II. p. 254.)

Lud. Pii Cap. quartum a. 819 c. 2. 4. (Walter eod. p. 340.)

Caroli Calvi Ed. Pistense a. 864 c. 28. (Walter III. p. 150.)

Ejusd. Cap. a. 865 cap. 8. (Walter III. p. 159.)

Ejusd. Cap. 869 apud Pistas. c. 13. (Walter III. p. 172.)

Andere ansehnliche Grundstücke überließen sie der Geistlichkeit, sowie überhaupt die Stiftung des Frankenstaats zugleich als die Gründung des Systems der abendländischen Hierarchie anzusehen ist; andere Grundstücke behielten sie für sich zur Erweiterung ihrer königlichen Billen. Mit den übrigen Ländereien fanden die Könige ihre Getreuen ab. Solche Militärgüter, in der Regel dem Besitzer auf Lebenszeit zugetheilt, doch unter der Bedingung der Zurücknahme

in Fällen der Untreue d. h. der Verweigerung der Kriegsfolge werden am gewöhnlichsten unter den Namen beneficia aufgeführt.

Versöhnungsurkunde v. J. 587 a. a. O. p. 16.

Dafs alle freien Gutsbesitzer mit dem Könige auf eigne Kosten zu Felde ziehen mußten, war der grofse Hebel des fränkisch-deutschen Reichs. Anfänglich traf diese Pflicht nur die Besitzer der königlichen Benefizien und die grössern Allodialherrn; später aber wurde diese Einrichtung auch auf die kleinen freien Gutsbesitzer und wenn sie auch nur eine Hufe Landes hatten, ausgedehnt.

Cap. Caroli M. J. a. 812 cap. 1.

„ut omnis liber homo qui quatuor mansos vestitos de proprio suo sive de alicujus beneficio habet ipse se praeparet, et ipse in hostem pergat sive cum seniore suo. Qui vero tres mansos de proprio habuerit, huic adjungatur unus qui unum mansum habeat et det illi adjutorium, ut ille pro ambobus ire possit. Qui autem duos mansos tantum de proprio habet jungatur ille alter qui similiter duos mansos habeat, et unus ex eis altero illi adjuvante pergat in hostem. Qui etiam unum tantum mansum de proprio habet adjungantur ei tres qui similiter habeant et dent ei adjutorium et ille tantum pergat, tres vero qui illi adjutorium dederunt domi remaneant.

Endlich wurden auch alle freien Landesbewohner oder Staatsbürger auf dieselbe Weise behandelt. Zuerst erging in der kriegerischen Periode Carls des

Großen, darauf wiederholt unter den nächsten Königen der allgemeine Befehl, daß jeder freie Unterthan, selbst auch die Geistlichen für ihre Leute, den Eid der Kriegsfolge d. h. vorzugsweise den Eid der Treue leisten sollten und daß Niemand, ohne ihn geleistet zu haben, Ländereien besitzen konnte. Es wurde sogar ein Formular für diesen Eid vorgeschrieben.

Caroli M. cap. 1. a. 802 cap. 2. (Walter II. p. 158.)

Caroli Calvi. Capp. T. 37. cap. 2. 4. (Walter III. p. 158.)

Caroli Calvi. Capp. T. 45. cap. 5. 6. (Walter III. p. 183.)

Caroli M. Cap. III. a. 789 cap. 2. (Walter II. p. 99.)

Caroli Calvi. Capp. T. 15. cap. 13. (Walter II. p. 56.)

Alle Freien waren nun kriegspflichtig; das ehemalige bloße Aufgeboth der Leute ist zum allgemeinen Landaufgebothe (Heerbann) geworden. Diese Kriegsfolge war nun lästig für die Großen, und drückend für die kleinen Güterbesitzer. Die Großen fanden zwar für ihren Kriegsdienst und den dazu erforderlichen Aufwand Ersatz an den Benefizien und ausserdem auch in dem Aufgebothe selbst das Mittel, ihre Güter und mit demselben ihre Macht und ihren Einfluß zu vergrößern. Für den kleinen Gutsbesitzer und für den gemeinen freien Mann aber wurden diese Kriegsdienste eine unerträgliche Last. Denn schon die Berechnung nach der Anzahl der Hufen

und der Grösse des Capitalbesitzes war beschwerlich für die Eigenthümer.

Cap. a. 807 cap. 2. (Walter II. p. 228.)

Später wurde das Minimum des Landbesitzes auf vier Hufen erhöht.

Cap. 1. a. 812 cap. 1. (Walter II. p. 248.)

Mit der Stellung und Ausrüstung des Contingents war überdiess die eigene Verpflegung desselben während der ersten drei Monathe verbunden.

Cap. II. a. 812. c. 8. (Walter II. p. 251.)

Die Geistlichen, obgleich sie ein Contingent stellen mußten, waren doch für ihre Person frei vom Kriegsdienste. Diese Freiheit wandten sie aber nicht nur auf diejenigen an, welche ein geistliches oder kirchliches Amt verrichteten, sondern überhaupt auf ihre zahlreiche Dienerschaft. So war schon eine grofse Menge von Exemten vorhanden. Die kleinern Gutsbesitzer suchten daher durch Verbindung mit der Kirche sich von dem unerträglichen Kriegsdiensten zu befreien. Sie ergaben sich daher der Kirche als Diener, mußten aber vorher der Kirche ihr Erbgut zum Geschenke machen. Beispiele finden sich in

Schannat Trad. Fuldenses
wovon hier nur eines angeführt werden soll sub Nro. IV.
d. a. 756.

Karta Traditionis Eggiolti de Uvormaciense.

— — dono — — ad monasterium sancti bonifacii,
— — haereditatem meam, quam mihi pater meus
moriens et fratres mei dereliquerunt, id est, domibus,
aedificiis, Ecclesies I. accolabus, mansis,

casis, terris araturiis, campis, vineis, pratis, pascuis, aquis, aquarumque decursibus, cultum seu incultum, mobilibus seu immobilibus — — totum et integrum a die presente ad predicto monasterio jam dictam rem habeatis, teneatis, possideatis vel quicquid exinde volueritis, liberam ac firmissimam in omnibus habeatis potestatem.

Von der Kirche empfing er es dann wieder zur Nutznießung auf Lebenszeit zurück. So waren zwar die Besitzer der bisherigen Güter nicht mehr die Eigenthümer derselben, aber doch durch Uebergabe an die Kirche von dem so lästigen Kriegsdienste befreit.

Diese Schenkungen an die Kirche und Wiederleihungen wurden immer häufiger und zeigen von eben so vieler Habsucht, als Herrschsucht der Kirche.

Marculfi form. II. 39. (Walter III. p. 336.)

Caroli M. Cap. L. VII. c. 142. (Walter II. p. 709.)

Caroli Calvi Capp. T. VII. c. 21. (Walter III. p. 24.)

Diese Art Güter, weil sie bittweise wieder von der Geistlichkeit zur Benutzung verliehen wurden, nannte man Bedegüter und den Contract Prekarei — Prästarei. Gewöhnlich wurden dabei folgende Urkunden errichtet: die Schenkung (*cessio ad ecclesiam*, *donatio ad causam Dei*); die Bittschrift, worin sich der Schenkgeber die abgetretene Länderei zur Benutzung zurückerbath (*litterae precariae*) und der Leihbrief (*litterae praestariae*).

Hüllmann über die Naturaldienste der Gutsunterthanen. Berlin 1803 p. 55.

Durch Schenkungen der Art vergrößerte sich das Gebieth der geistlichen Stifter und Aebte immer mehr und mehr und nichts wurde gespart, was zur Erreichung dieses Zwecks dienlich war. Verbreitung von Aberglauben und religiöse Schwärmerei bewog besonders die kleinen Gutsbesitzer, ihre im Bezirke eines geistlichen Stifts gelegenen Güter zu Bedegüter zu machen. So sassen sie nun als Pächter auf den Gütern, welche vorher ihr freies Eigenthum waren. Nach ihrem Tode fielen sie zwar dem Kloster anheim, das aber, weil es die Güter nicht wüste liegen lassen wollte, den Nachkommen des Verstorbenen gegen Dienste und Abgaben dasselbe wieder auf Lebenszeit zur Benutzung überliefs.

Weil aber die Geistlichen nicht geistliche und kirchliche Geschäfte genug hatten, um unter deren Vorwand ihre Leute vom Kriegsdienste zu befreien, so übertrugen sie in diesem Falle ihren Bedeleuten häusliche und wirthschaftliche Verrichtungen und behaupteten, das alle ihre Ministerialen vom Kriegsdienste ausgenommen werden und ihnen auf dem Felde dienen müßten.

Caroli M. Cap. III. a 811. c.4.

Episcopi, Abbates, Abbatissae, dimittunt eorum liberos homines ad casam, in nomine Ministerialium.

Schon Carl der Grosse fand sich veranlaßt das Maafs dieser Dienste zu beschränken.

Cap. Carl. M. et Lud. p. L. V. c.303. (Walter II. p. 562.)

Pro nimia reclamatione, quae ad nos venit de hominibus ecclesiasticis seu fiscalinis — visum est nobis — statuere ut quicumque de hominibus tam ecclesiasticis, quam fiscalinis quartam facti tenet cum suis animalibus seniori suo pleniter unum etiam diem cum suo aratro in campo dominico aret, et postea nullum servitium ei manuale in ipsa hebdomada a Seniore suo requiratur, et qui tanta animalia non habet ut uno die hoc explere valeat, perficiat praedictum opus in duobus diebus. Et qui solum modo ita invalida, ut per se non possit arare, quatuor animalia habet cum eis sociatis sibi aliis aret uno die in campo senioris et uno die postmodum in ipsa hebdomada opera manum faciat. Et qui nihil ex his facere potest, neque animalia habet per tres dies seniori suo a mane usque ad vesperam operetur et senior suus ei amplius non requirat, diversis namque modis haec agebantur. Ab quibusdam tota hebdomada operabatur, a quibusdam dimidia et a quibusdam duos dies. Idcirco haec statuimus ut ne familia se a praedictis operibus subtrahere possit neque a senioribus amplius eis requiratur. Et qui minus quartae optimae de terra habet secundum aestimationem suae telluris opera faciat.

In dieser merkwürdigen Stelle sieht man auf deutlichste den Ursprung aller gutsherrlichen Frohnen sowohl der Spann- als Handdienste. Dieß verführerische Beispiel der Kirche ahmten bald auch die Reichsbeamten und besonders die Grafen

nach. Was die Kirche durch kirchlichen Zwang erlangte, versuchten diese durch ihre Amtsgewalt. Die Gelegenheit Ländereien an sich zu ziehen, fand sich täglich bei der Gerichtsbarkeit, welche sie und ihre Beamten ausübten und noch mehr bei dem Kriegsaufgebothe oder dem Cantonwesen, das sie zu leiten hatten. Den bündigsten Beweis von diesen Bedrückungen liefert Carl der Grosse selbst in

Capit. Caroli M. III. a. 811 c. 3. (Walter II. p. 245.)

Dicunt etiam quod quicumque proprium suum Episcopo, Abbati, vel Comiti, aut Judici, vel centenario dare noluerit, occasiones quaerunt super illum pauperem quomodo eum condemnare possint, et illum semper in hostem faciant ire usque dum pauper factus volens nolens suum proprium tradat aut vendat; alii vero qui traditum habent, absque ullius inquietudine domi resideant.

Die Geistlichen als Vorgänger, wurden sie nur noch dreister; unter dem Vorwande der Anstellung bei ihren Amts- und Hausgeschäften beurlaubten sie eine beträchtliche Anzahl.

Cap. III. 811. cap. 4. (Walter II. p. 245.)

Quod Episcopi et Abbates, sive Comites, dimittunt eorum liberos homines ad casam in nomine ministerialium. Similiter et Abbatissae. Hi sunt falconarii, venatores, telonarii, Praepositi, Decani, et alii qui missos recipiunt et eorum sequentes.

Wer daher von einem Stifte oder Kloster zu weit entfernt, aber in der Nähe eines Grafenhofs ansässig

war, suchte zu den Leuten desselben zu gehören, unter seine Dienerschaft aufgenommen und dadurch vom Kriegsdienste frei zu werden. So entstanden daher auch bei ihnen, eben so wie bei der Geistlichkeit, Bedegüter, die immer häufiger und zahlreicher wurden.

Der Zuwachs an Besitzungen erweiterte die gräfliche Wirthschaft und vermehrte das Bedürfnis von Arbeitern und Lebensmitteln; es wurden Lieferungen zur Hofhaltung, Hülfleistungen bei den grossen Feldarbeiten, von einigen vielleicht aus eigennützigen Absichten angebothen, von andern zwar nur bittweise verlangt, aber niemand durfte sie eigentlich abschlagen. Denn im nächsten Jahre wurde die Bitte wiederholt und so stufenweise zur Foderung, zum Herkommen und endlich zum Rechte. Auch dies bezeugt Carl der Grosse selbst:

Capit. excerpta ex lege Langobard. cap. 66.

(Walter III. p. 649.)

Capit. V. a. 803 cap 17. (Walter II. p. 187)

Daher finden sich in spätern Urkunden häufige Beispiele, wo solche Bittdienste vorbehalten worden sind:

Urkde v. 1472 bei Kindlinger Gesch. der Hörigkeit N. 183. a. p. 611.

— — und gescheden off se der Abdissen und Convente, wan se des vom en begeret, des Yars eens off twyn gutwillichliken denen, des se nicht weygeren sollen.

Noch früher finden sich Beispiele, daß diese Bittdienste nicht verweigert werden dürfen.

Urkde v. 1209 bei Kindlinger c. I. N. 7. p. 232.
*et quicumque tam probus fuerit, ut Episcopo vel
 praeposito honeste servire possit, si pro beneficio
 ad aliquod ex istorum officiis poneretur, non con-
 tradicat.*

Ja Zwang und Gewalt wurde angewendet, wenn
 sie nicht gutwillig geleistet wurden.

Urkde v. 1332 bei Kindlinger etc. N. 81. a. p. 393.
 in welcher die Einkünfte des Stiftes Essen verzeichnet
 sind und bei den Weinfuhren bemerkt wird:

non sunt de antiquo jure, sed onera inconsueta.

Urkde v. 1255 bei Guden Cod. dipl. IV. 887.

wo R. R. Wilhelm verordnet:

*ut nullus — — milites et universitatem de Nerstein
 ad inconsueta urgarias et inconsueta servitia com-
 pellat.*

Auf diesem so eben ausführlich bezeichneten Wege
 geriethen also nicht wenige freie Grundeigenthümer
 in die Dienstbarkeit der Kirchen und Grafen. Ge-
 setze konnten nicht abhelfen. Vergebens verboth Carl
 der Grosse alle Schenkungen, um sich dem Kriegs-
 dienste zu entziehen; ja sein Sohn Ludwig liefs viel-
 mehr, aus mißverstandener Frömmigkeit es wieder zu,
 sein Eigenthum einem Stifte oder Kloster zu über-
 geben.

Cap. I. a. 819 c. I. (Walter II. p. 331.)

Als Carl der Kahle von neuem verboth, ein Erb-
 gut in ein Bedegut zu verwandeln, verkaufte man
 es zum Scheine an die Geistlichkeit und behielt sich
 blos die Wohnstelle vor.

Hüllmann c. 1. p. 68.

So war nun schon am Ende des 9. Jahrhunderts der alte freie gemeine Mann, als ein früherhin besonderer Stand unter dem Volke, ganz verschwunden. Dagegen hatten sich neue Stände der fränkischen Monarchie ausgebildet, die Geistlichkeit, die königl. Getreuen, Reichsbeamten und die Grafen, die sämtlich wieder ihre besondren Vasallen, Ministerialen und Dienstmänner hatten. Der ehemals freie gemeine Mann war nun diesen vorgedachten Grossen unterthan und eigenhörig geworden und von dem Erbe seines Vorfahren war ihm blos ein wenig übrig geblieben und dieß hatte er gegen Entrichtung von oft schweren Diensten und Abgaben an den Grundherrn, nur nutzniefslich inne.

Durch die auf diese Art geschehene Befreiung der ehemaligen freien Grundeigenthümer vom Kriegsdienste ging auch der Heerbann, als die älteste teutsche Kriegsmethode, gänzlich unter. Das allgemeine Aufgeboth hatte auf sie keinen Bezug mehr, ging allein die Grossen an, weil sie nun die einzigen Güterbesitzer geworden und alle Ländereien, auf welche die Kriegslast haftete, zu ihrem Eigenthume zählten. Sie waren es also, welche ihrer Güter wegen die gesetzmässige Mannschaft aufbringen mußten. Diese Contingente waren nun bei dem Zuwachse ihrer Besitzungen auch bedeutend groß; daher sie sich genöthigt sahen, ihre Getreuen zu vermehren. Sie schufen für diesen Zweck neue Dienst- und Lehn männer, welchen sie den größern Theil von ihren ohne-
hin

hin durch die angefallenen Bedegüter vergrößerten Ländereien, als Lehen verliehen. Diese neuen Besitzer (der nachherige niedere Adel) bekamen von dem Lehn Herrn sowohl die Nutzung des Landes, als die Herrschaft über die verarmten Leute, die aus Noth das Bedewesen fortgesetzt d. h. sich freiwillig in Dienstbarkeit begeben hatten, um dafür auf prekäre Weise die väterlichen Wohnstellen und ein kleines Grundstück zum Niefsbrauch zu behalten. Diesen auf solche Art eigenhörig gewordenen Leuten wurden nun in der Folge immer mehrere und härtere Dienste und grössere Abgaben aufgelegt, ja sie wurden öfters in eine, nahe an Leibeigenschaft gränzende Unterwürfigkeit hinabgedrückt. (Siehe Einleitung). Aus dieser drückenden und unerträglichen Lage suchte sich die gedrückte Klasse mit Gewalt zu befreien in dem allesverheerenden Bauernkriege. (Siehe Einleitung) Unter den 12 Artikeln der Bauern waren besonders einige, welche die Aufhebung der Unfreiheit, die Abstellung aller Dienste, die gegen das Herkommen und die Leihkontrakte eingeführt worden, foderten.

Art. 3. 6. 7. bei Sartorius Gesch. des Bauernkriegs p. 380.

Wenn die von den Bauern aufgeregte Revolution auch nicht zur gänzlichen Abhülfe ihres drückenden Elends beitrug, so war doch wenigstens Erleichterung desselben eine Folge dieses gewaltsamen Unternehmens.

Besonders drückend wurden die Frohnen auch durch die damals allgemein herrschende Vermuthung,

dafs sie unzertrennbar mit der Gerichtsbarkeit gehalten und gleichsam als Früchte derselben angesehen wurden, worüber

Struben de jure vill. Cap. V. §. 14.
einige merkwürdige Beispiele anführt.

Durch Entstehung der Frohnbücher und der Dienstregister wurden aber die Dienste, welche ursprünglich sehr unbestimmt und meist ungemessen seyn mochten, schon einigermaßen gemessene, weil sie sich nunmehr auf diese geschriebenen beschränkten, die auf das Herkommen gegründet waren.

Urken bei Hellersberg über die Schaarwerke in Baiern. Nürnberg, 1798. im Anhange.

Registrum Prumiense in Hontheim hist. Trev. I.
p. 669.

XIX. de Uulesheim.

— — Dies facit et duas XV. noctes sicut alii, jugera 2, corvados 2.

XXI. De Baldenshart et Denesbure.

In Baldenshart et Denesbure sunt Mansus 5, Dies 3 unaquaeque ebdomadas per totum annum et noctes XV. Una ebdomadas unam in Februario, aliam in Majo, jugerum 1.

Späterhin wirkten Landtagsrezesse und allgemeine Landesgesetze vortheilhaft ein auf diese Verhältnisse. In der neusten Zeit hat man zwar die Frohnen im eigentlichen Sinne nicht aufgehoben, sondern man hat, um jedoch den Fodrungeu der Zeit und den Fortschritten zum Bessern zu entsprechen, dieselben in eine Geldabgabe verwandelt und den übrigen

gutsherrlichen Abgaben gleichgestellt und selbst hierbei den Grundsatz der Ablösbarkeit ausgesprochen.

§. 26.

g) Bannrechte.

Bann heisst überhaupt so viel als Zwang, Befehl, Verboth. Bannrecht ist aber dasjenige Recht, vermöge dessen Jemand befugt ist, die Besitzer gewisser Güter oder die Einwohner eines Orts, einer Gegend zu gewissen Obliegenheiten zu zwingen, zu deren Befolgung und Leistung sie nach der natürlichen Freiheit nicht verbunden seyn würden.

Der Ursprung eines grossen Theils der Bannrechte ist in der ehemaligen Leibeigenschaft zu suchen. Denn bei der Gewalt, welche der Leibherr über seine Leibeigenen hatte, ist es sehr begreiflich, dass es dem Leibeigenen oblag, seine nothwendigen Bedürfnisse bloß bei dem Leibherrn zu hohlen; also sein Korn auf der herrschaftlichen Mühle mahlen, sein Brod in dem herrschaftlichen Ofen backen zu lassen etc. Daher man diese Rechte auch noch heut zu Tage vorzüglich in solchen Ländern, Gegenden und Ortschaften antrifft, wo ehemals strenge Leibeigenschaft eingeführt war oder wo sie sich am längsten erhalten hat, wie z. B. in den Wendischen Ländern.

Hageman Landwirthschaftsrecht p. 273. nota a.

Auch nach erlangter persönlicher Freiheit der Bauern, nachdem sich der vormalige Leibherr in einen Gutsherrn verwandelt hatte, suchte doch letzterer diese

Rechte des daraus besonders entspringenden Vortheils wegen, so viel als möglich zu erhalten. Viele Edelleute sind auch mit Mühlen, Brauereien, dem Branntweinschanke und sogar mit Backöfen beliehen worden.

Zepernik Abhandlungen aus dem Lehnrechte.

Thl. 3. N. 9. Thl. 4. N. 21.

Ausserdem ist auch häufig das Institut als eine Folge verschiedener Verabredungen und Verträge entstanden. So z. B. im Französischen Rechte.

Merlin repert. I. p. 606 — 614.

Eine solche vertragsweise Entstehung fand hauptsächlich bei Errichtung gewisser Gewerbe Statt.

Hund Metrop. Salisb. I. p. 160.

Privilegium Ratisponensibus civibus per Fridericum secundum Rom. Imp. contra Episcopum ibi ac Duces Bavariae datum Anno 1230.

— — Item statuimus; quod unicuique civi Ratisponensi liceat cerevisiam facere, quae familiae suae sufficiat, tali pacto, quod eam non vendat, sed ad necessitatem familiae suae tantummodo expendat, illorum contradictione, qui officium habent praxandi cerevisiam, non obstante.

Dasselbe galt bei Erbauung gewisser Anstalten z. B. der Mühlen. Ein solches Unternehmen war mit kostspieligen Auslagen verknüpft und es hatte daher zur Entschädigung der Erbauer der Mühle sich beim Baue ausdrücklich ausbedungen, daß die innerhalb eines gewissen Bezirkes wohnenden (Eingesessenen) nur bei ihm ihr Mehl mahlen lassen sollten, was von

diesen benachbarten Mahlgästen auch freiwillig zugestanden wurde.

Bekmann Gesch. der Erfindungen B. 2. p. 65.

Oefters war ein solches Bannrecht Gegenstand der Verleihung und der allmählig sich ausbildenden Landeshoheit. Schon in ältester Zeit findet sich ein solches Bannrecht in Baiern.

Mon. boica. VIII. p. 70.

Pro Molendino Schongaviensi ann. 1346.

Wir Ludewig von Gottes Gnaden etc. thuen kundt — datz all Bürger in den alten und neuen Stat zu Schongau Reich und Arme die ze malen habendt in den Mullen, die derselbst Probst und Convent desselben Closters in der alten und der newen Stat zu Schongau habent malen sollen.

Ein ähnliches Beispiel, die Stadt Oehringen und insonderheit das daselbst dem Haufse Hohenlohe zuständige Exercitium der Regalien betreffend findet sich bei

Hanselmann von der Landeshoheit, Urkde N. 43.

d. a. 1253 p. 412.

Swaz man brotes bedarf, daz get von den zweien Mulen, und die Mulen hant daz recht, daz alle die brotpecken von der Stat suln da maln.

Ein Vertrag der Schutzherrschaft mit den Eingesessenen war nicht weniger ein Entstehungsgrund dieses Instituts. So findet sich ein frühes Beispiel im

Eberheimer Hofrecht bei Schilter Comm. jur. feud. p. 584.

Eben so im Fischbacher Weisthum von 1506 in der Zeitschrift

Geöffnete Archive für Baiern I. 4. Heft p. 382.

Nicht minder finden sich in der alten Gemeindeverfassung und insbesondere im Verhältnisse der Höfigen gewisse Anlagen, welche zum Vorthelle der Eingessenen errichtet waren und daher auch ein Bannrecht zur Folge hatten.

Hontheim hist. Trev. I. p. 663.

In qualibet curia potest D. abbas cambam suam, sicut et molendinum habere. Cambam vulgariter appellamus Bachaus et Bruhaus. In illa Camba tenentur homines ibidem manentes panem fermentatum coquere et cerevisiam braxare. Praeterea si dominus abbas illuc est venturus, et, si mansionariis a majore, id est, villico sive a nuntio abbatis praecipitur, tenentur frumentum decuria dominica ad molendinum deducere et molere, et ad cambam dominicam reportare, et panem facere et coquere: opera dominica unde acceptura est panem et cerevisiam. Illum panem et cerevisiam ipsa familia in suo ordine tenetur coquere et braxare. Ipsa enim camba ecclesiae reddet non minima emolumenta, sicut faciunt etiam et molendina.

Nachdem sich besonders das städtische Wesen ausgebildet hatte und besonders durch mancherlei von Kaiser und Landesherrn erworbene Privilegien die Gewerbe in ihren Mauern mehr und mehr in Flor kamen und mit ihnen die Innungsverfassung sich erhob, so war auch damit das Privilegium verwandt, daß binnen einem gewissen Umkreise um die Stadt solche Gewerbe, welche in der Stadt innungsmäßig

betrieben wurden, gar nicht getrieben werden sollen. Gewöhnlich war der Umkreis auf eine Meile bestimmt, daher kam der Ausdruck: Bannmeile, banleuca, bannilega. Schon Friedrich der IIte erwähnt in seiner *Constitutio de juribus Principum secularium* a. 1332 dieses Meilenbanns und verspricht, ihn in den von ihm neuangelegten Städten abzuschaffen.

— — In civitatibus nostris novis bannum milliare deponatur.

Eichhorn R. Gesch. T. II. p. 130.

So wird in einer Urkunde von 1290 einer schlesischen Stadt das Privilegium ertheilt:

ut nullae camerae mercatorum, nulli crani, nulli pistorum, nulli sutores, nulli carnifices, nullae tabernae sint, nulli mechanici — infra unius miliaris spatium.

Hüllmann Gesch. des Ursprungs der Stände. T. 3. p. 116 ff.

Auch in den Rechtsbüchern findet sich dies Vorrecht der Städte.

Sachsenspiegel III. 66.

„Man mag keinen Markt bauen dem Andern auf ein Meil zu nahe.

Besonders sind gewisse Arten dieser Rechte als Ausflüsse der Hoheitsrechte anzusehen, wohin besonders der Mühlenzwang gerechnet wird.

Eichhorn Priv. R. §. 187.

Möser Patr. Phantas. B. II. p. 276.

Nach der Verschiedenheit der Bedürfnisse, welche den Gegenstand des Instituts ausmachen, haben sich

auch verschiedene Arten desselben gestaltet. Die vorzüglichsten sind:

Der Brau- und Bierzwang. Dieser besteht in dem einer Stadt oder adlichem Gute zuständigen Rechte, die Einwohner oder Krüger und Schenkwirthe eines gewissen Bezirks zu zwingen, ihr Bier aus der Zwangsbrauerei zu kaufen. Das Recht Bier zu brauen war in Teutschland vor dem 11. Jahrhundert ein Recht der natürlichen Freiheit. Daher übten die freien Güter (adliche oder nichtadeliche) immer dießs Recht aus theils für sich, theils für andere. (Wie es bei den Gütern der Unfreien gewesen, siehe am Anfange dieses §.)

Nach dem Aufkommen der Städte suchten aber die Bewohner derselben, durch den Gebrauch des Hopfens und durch eine bessere Coktur, ihr Bier zu veredeln und diesem Getränke einen solchen Absatz zu verschaffen, daß selbst der Adel und die Landbewohner es aus den benachbarten Städten nahmen und genossen. Die Bürger benutzten diesen Umstand und nahmen allmählig die Bierbrauerei, als einen ausschließlichen bürgerlichen Nahrungszweig in Anspruch und brachten es in vielen Gegenden sogar dahin, daß die Dorfsbewohner, ohne Unterschied, innerhalb eines gewissen Bezirks, ihr Getränke aus den Stadtbrauereien nehmen mußten.

Eisenhart Anleitung. zum Stadt- und Bürgerrechte. §. 219.

In der Folge ward den Städten durch landesherrliche Privilegien, Gesetze und Landesverträge häufig

der Besitz dieses Rechts gesichert. In neuern Zeiten hat man eingesehen, daß eine solche Zwangsanstalt dem wechselseitigen Verkehr äusserst nachtheilig ist. Daher kommt sie heut zu Tage gewöhnlich nur da noch vor, wo entweder das Braurecht auf unmittelbare landesherrliche Rechnung geführt oder doch von dem Landesherrn verpachtet wird. Am häufigsten ist es aber der Fall, daß die Brauerei an andere, gegen Bezahlung eines gewissen Conzessionsgeldes übertragen ist, wobei jedoch der Bierzwang ganz aufgehoben ist. In den meisten Provinzen Deutschlands ist auch noch jetzt die natürliche Freiheit der Rittergutsbesitzer Bier brauen zu dürfen, auf den nöthigen Tischtrunk und Hausbedarf eingeschränkt. (Kesselbier)

von der Freiheit des Tischtrunkbrauens in Pütters Rechtsfälle B. 4. N. 400.

Branntweinszwang ist das einer Stadt oder Gutsbrauerei zustehende Recht, die Einwohner eines gewissen Bezirks zu zwingen, aus derselben ihren Branntwein zu nehmen. Dieses Bannrecht ist seltener, weil überhaupt die Branntweinbrennerei eine neuere Erfindung ist.

Beckmann Gesch. der Erfindungen. B. 1. St. 1. N. 4. p. 33.

B. 2. St. 2. N. 10. p. 277 ff.

Das Recht dazu, als Recht der natürlichen Freiheit, hat sich auch in seiner unbeschränkten Reinheit am meisten erhalten. Das Branntweinbrennen scheint überhaupt mehr ein Zweig der Landwirthschaft, als der bürgerlichen Nahrung zu seyn; daher haben sich

auch die Städte dießs Recht nie angemafst. In den meisten Ländern ist ein jeder nach erhaltener Conzes- sion zur Treibung dieses Gewerbes, gegen Entrichtung des sogenannten Blasen- zinses und einer Akzise von dem verkauften Branntweine berechtigt. In an- dren Provinzen hingegen hat man das Branntwein- brennen, als einen Zweig der eigentlichen bürgerli- chen Nahrung betrachtet und hin und wieder den Städten ein Bannrecht eingeräumt. Z. B. in der Mark, in Schlesien.

Westphal deutsches Priv. Recht. Thl. 1. N. 22.

§. 11.

Da jedoch dieses äusserst berauschende Getränke für Gesundheit und Sitte höchst verderblich werden kann und auch die Zubereitung desselben mit Feuers- gefahr verbunden ist, da sie eine große Consumption von Getreide und Brennholz erfordert, so ist dießs Ge- werbe in allen Ländern der speziellen Leitung der landesherrlichen Polizeigewalt unterworfen.

v. Berg Polizeirecht. Th. 2. p. 132. 147. 235.

eodem Th. 3. p. 35. 168. 174.

Der Weinbann und Bannwein. Jener be- steht oftmals in dem Verbothe ohne herrschaftliche Bewilligung überhaupt keine Weine zu verkaufen; dieser aber in dem Rechte, den Leuten eines gewissen Bezirks zu gewissen Zeiten aus dem Bannkeller, mit Ausschluss der sonstigen Verleger, Wein auszu- schenken.

Siebenkees Beiträge zum deutschen Rechte. B. 2.

p. 113 ff.

Der Mühlenzwang besteht in dem Rechte, die Einwohner eines gewissen Bezirks zu zwingen, ihr Korn auf einer bestimmten Mühle mahlen zu lassen.

Die Anlegung der Mühlen war schon in den ältesten Zeiten ein Gegenstand der Polizeigesetzgebung.

Eichhorn Priv. Recht §. 161. nota k.

Die alten teutschen Rechtsbücher legen den Mühlen eine Unverletzlichkeit bei, um sie gegen Gewaltthätigkeiten zu sichern.

Sächs. L. R. II. 66.

Wie bei dem Verhältnisse des Leibeigenen zum Leiherrn ein Mühlenzwang sich gestaltet hat, wurde schon oben erörtert.

Häufig aber fand es sich in der ältesten Gemeindeverfassung, daß derjenige, welcher einem allgemein gefühlten und nothwendigen Bedürfnisse abhalf und die erste Mühle errichtete, zur Entschädigung für sein mühsames und kostspieliges Unternehmen das ausschließende Recht von der Gemeinde sich ausbedungen, keine neue Mühle ohne besondere Bewilligung der Gemeinde von einem Zweiten neben der Seinigen anlegen zu lassen. Auch hatte nur allein die Gemeinde das Recht, nach Beschaffenheit der Umstände Erweiterungen oder Einschränkungen, welche das Recht der Mühle betreffen, zu machen.

Möser patr. Phantas. T. 2. N. 62. p. 276.

Dieses Recht überließ die Gemeinde in der Folge ihrer Obrigkeit und so ging mit Ausbildung der Landeshoheit auch auf den Landesherrn billig das Recht über, Mühlen zu bewilligen und nicht zu be-

willigen, weil, nach Möser's Bemerkung, auf den Fall, da dieses nicht wäre, der erste Müller sich entweder durch einen ursprünglichen Vergleich, der aber selten vorhanden ist oder durch ein natürliches Bannrecht, was man jedoch nicht angenommen hat, gegen andere würde schützen müssen.

Möser patr. Phantas. B. 2. N. 63. p. 282.

Diese Grundsätze wurden in der Folge noch so weit ausgedehnt, daß man die Mühlengerechtigkeit an sich für ein ausschließliches Hoheitsrecht erklärte. Aus diesem Grunde und als Gegenstand der Staatspolizeigewalt, ist das Recht, Mühlen anzulegen nun theils durch ausdrückliche Landesgrundgesetze, theils durch ein allgemeines Landesherkommen, dessen Umfang jedoch nicht zu überschreiten ist, an die landesherrliche Erlaubniß und Einwilligung gebunden.

Eichhorn Priv. Recht §. 187. am Ende.

Zu den angeführten am häufigsten vorkommenden einzelnen Arten des Instituts gesellen sich noch andere weniger vorkommende, als Zwangkrüge oder Zwangschenken, vermöge welcher die Einwohner eines Orts gezwungen werden können, ihr Bier oder sonstiges Getränke von einem bestimmten Wirthe zu kaufen; Zwangbacköfen, wornach die Landleute ihr Brod in einem bestimmten Backofen der Gutsherrschaft oder der Gemeinde gegen einen gewissen Backzins backen lassen müssen; Zwangspielleute, Zwangköche etc. als Folge der Habsucht vormaliger Leib- und Gutsherrn; Zwangbleichen als Folge der Polizeigewalt, wenn die

Leinwandbleichen, als ein öffentliches Gewerbe betrieben werden.

Schlufsbemerkung.

Da ich am Schlufse des Ganzen stehe überblicke ich erst recht deutlich und lebendig die Unvollkommenheit der ganzen Abhandlung, bei deren Bearbeitung ich die Reichhaltigkeit und Schwierigkeit des Gegenstandes lebhaft fühlte und daher um alle jene Nachsicht bitte, welche dem ersten Geistesprodukte des jungen Schriftstellers der Sachverständige wohl nie versagen wird. Es wurden bei der ganzen Abhandlung und insbesondere bei der historischen Entwicklung der einzelnen Arten des Instituts nur jene Arten berührt, welche direkte Beziehung auf die bürgerlichen Verhältnisse haben, aber auch zum leichtern Verständniß manches angeführt, was nur entfernte Beziehung auf gutsherrliche Verhältnisse hatte. Das ganze Institut der Reallasten hat nun die neue Zeit als verwerflich und gehässig und besonders als Ueberbleibsel des so oft mißverstandenen und übelgedeuteten Lehnwesens auf einmal zerstören wollen, ohne daran gedacht zu haben, auf den Ruinen desselben etwas besseres neu aufzubauen. Besonders spielte der Einfluß der französischen Gesetzgebung auf die rheinischen Provinzen dabei eine wichtige Rolle in dem Bestreben, ohne alle Entschädigung des Gutsherrn diese Leistungen aufzuheben. Allein der auf ruhigem, sichrem und gerechtem Wege schreitenden deutschen und besonders der scharfsinnigen preussischen Gesetz-

gebung war es vorbehalten, die Rechte eines jeden Privaten im Staate zu schützen und so diesem übereilten Verfahren französischer Afterweisheit Einhalt zu thun. Man steckte sich daher bei der Auseinandersetzung und Ordnung der bäuerlichen Verhältnisse als Zweck vor: daß keiner, weder der Gutsherr, noch Bauer in seinen ökonomischen Verhältnissen zurückgebracht werden solle, damit jeder im Stande bleibe, die ihm obliegenden Staatsabgaben ferner zu entrichten und sich mit seiner Familie zu ernähren. Man sah wohl ein, daß nach dem Zeugnisse der alten germanischen Verfassung die wahre Nationalkraft auf Freiheit des Eigenthums beruhe; aber man fühlte auch zugleich, wie höchst unweise es sey, viele wohl-erworbene Rechte des Gutsherrn zu verletzen und so den Bauern auf Unkosten des Gutsherrn auf einmal zu erheben und ein von allen Lasten befreites Eigenthum herstellen zu wollen. In ganz Teutschland befand und befindet sich der Bauer noch nicht auf der Stufe der Kultur, daß eine solche Maafsregel dem Staatszwecke förderlich seyn konnte, noch kann. Das Beispiel des übereilten Verfahrens in gewaltiger Umstürzung aller sogenannten Feudalverhältnisse Frankreichs ist daher von dem unpartheiisch prüfenden Auge des teutschen Forschungsgeistes gehörig gewürdigt worden und hat die Veranlassung zu einer ruhigen Umgestaltung unsers Instituts gegeben. Denn hätte man dem Bauern seine Lasten ohne alle Entschädigung genommen, so würde sich manche unverdaute Idee bei diesem Stande festgesetzt und er sich

überhaupt für den Herrn gehalten und alle Abgaben an den Staat oder die Geistlichkeit aus ähnlichem Gesichtspunkte betrachtet haben. Es war daher die weise Absicht der Gesetzgebung, den Bauern allerdings auf einen bessern Standpunkt der Cultur zu bringen, aber nicht auf einmal durch den Zauberschlag der alles beherrschen wollenden sogenannten Aufklärung, sondern stufenweise. Diese Ausbildung wurde nicht Treibhausmässig behandelt, sondern der Staat nahm die eigene Kraft dieses Standes dadurch in Anspruch, daß er ihr eine zweckmässige Richtung gab. Die Gesetzgebung hatte daher dem Bauern nicht alle gutsherrlichen Lasten plötzlich ohne Entschädigung abgenommen, sondern ihm nur den Weg angedeutet, wie er ein ganz freies Eigenthum gewinnen könnte. Dieß geschah durch Einführung der Ablösung solcher Lasten. Nebstdem fand sich als Hauptmittel zur Vervollkommnung der bäuerlichen Verhältnisse die Wiederbelebung einer zweckmässigen Gemeindeverfassung, wodurch die Gemeinden der strengen Vormundschaft des Staats entwachsen, zu einer mit dem politischen Zustande der Staaten verträglichen Selbstständigkeit, erhoben wurden. Dadurch hatte man den Grund gefunden, auf welchem das Gebäude der landständischen Verfassung ruhen konnte. Ob und wie weit aber das Gemeinde- und politische Leben Deutschlands fortgeschritten, dieß zu untersuchen, liegt nicht im Bereiche dieser Abhandlung.

*Bei den Verlegern dieser Schrift ist
früher schon erschienen und um die
beigesetzten Preise durch alle Buch-
handlungen zu erhalten:*

Buchner, Andr., das öffentliche Gerichtsverfahren in bürgerlichen und peinlichen Rechtsvorfallenheiten nach altdeutscher vorzüglich altbayerischer Rechtspflege. Nebst einem Anhang über den vortheilhaften oder nachtheiligen Einfluss dieses Verfahrens auf Verminderung und Abkürzung der Streitigkeiten und auf die richtige Anwendung der Gesetze. Eine gekrönte Preisschrift. gr. 8. 1825. 2 Thlr. 4 gr. od. 3 fl. 15 kr.

Krehl, Dr. das Steuersystem nach den Grundsätzen des Staatsrechts und der Staatswirthschaft. gr. 8. 1816.

2 Thlr. 8 gr. oder 3 fl. 30 kr.

Lotz, Joh. Fr. Eus. (Regierungsrath) Handbuch der Staatswirthschaftslehre. Drei Bände. gr. 8. 1821 — 22.

7 Thlr. 18 gr. oder 11 fl. 48 kr.

Puchta, Dr. Wolfg. Heinr. der Geschäftsmann in Gegenständen der öffentlichen und Privatrechts-Praxis. gr. 8. 1818.

1 Thlr. 20 gr. oder 2 fl. 48 kr.

— — Handbuch des gerichtlichen Verfahrens in nichtstreitigen bürgerlichen Rechtssachen, namentlich bei den sogenannten Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, dann bei Vormundschafts- und Hypothekenwesen. Zwei Theile. gr. 8. 1821.

5 Thlr. 8 gr. oder 8 fl.

Rudhardt, Dr. Ign. über die Gewerbe, den Handel und die Staatsverfassung des Königreichs Bayern. Auch mit dem Titel: Ueber den Zustand des Königreichs Bayern nach amtlichen Quellen. Zweiter Band. Mit vielen Tabellen. gr. 8. 1827.

3 Thlr. 12 gr. oder 6 fl.

(Der dritte und letzte Band erscheint noch im Laufe des Jahres 1827.)

Rudhardt, Dr. Geo. Th., über den Unterschied zwischen Kelten und Germanen mit besonderer Rücksicht auf die bayer'sche Urgeschichte. 8.

10 gr. oder 40 kr.

Schlupper, J. N. über das Staats-Finanz-Rechnungswesen. Mit Rechnungs-Formularen. Nebst einem Anhang über Bewirthschaftung der Getreid-Magazine in ökonomischer finanzieller Hinsicht. gr. 8. 1817.

12 gr. oder 48 kr.

Sensburg, Ernst Phil. Freih. von (Staatsrath) pragmatische Untersuchung des Ursprungs und der Ausbildung alter Abgaben und neuer Steuern, zur Vorbereitung eines gleichheitlichen- und — repräsentativen Verfassungen angemessenen, Abgaben-Systems. gr. 8. 1823.

geh. 16 gr. oder 1 fl.

Strelin, Gottfr., Versuch einer Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. gr. 8. 1827.

f. in betref. aufträge in Müster's patr. Phantas.

Lucas
Doubtless

Schwarz, Ignaz Christian,

Das Institut der Reallasten auf deutschen Bauergütern, nach seinen
Hauptmomenten dargestellt ein germanistischer Versuch

Erlangen 1827

J.germ. 181 fti

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10552664-1